

Protokoll der 6. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Donnerstag, dem 29. Februar 1996; Beginn 17.00 Uhr; Bonn, Bundeshaus, Neues Hochhaus, Raum 1902; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Die Kaderpolitik der SED an Schulen und Hochschulen in der DDR und ihre Folgen

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 9

Vortrag

Das Nomenklatorsystem – Hauptinstrument der Kaderpolitik der SED
Matthias Wagner 10

Diskussion 21

Kurzvorträge

Folgen der Kaderpolitik der SED für die Universitäten in den neuen Bundesländern im Transformationsprozeß

Cornelius Weiss 30

Umsetzung kaderpolitischer Konzeptionen in der Lehrerbildung an DDR-Hochschulen

Siegfried Kiel 36

Diskussion 45

Vortrag

Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Kaderpolitik an den Hochschulen und Schulen in der DDR

Matthias Braun 64

Zeitzeuge

Detlef Tietz 71

Diskussion 79

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich danke den Menschen, die uns einen Teil ihrer Lebenszeit heute freundlicherweise zur Verfügung stellen und uns dabei behilflich sein wollen, am Ende dieser Veranstaltung hoffentlich ein bißchen schlauer zu sein, als wir das bisher sind. Dieses Dankeschön gilt den anwesenden Vertretern der Presse. Ich danke Ihnen deswegen dafür, weil Aufarbeitung dessen, was uns beschäftigt, nur gelingen kann, wenn das hier nicht nur unter uns bleibt, sondern etwas sein wird, was möglichst viele Deutsche mitbekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser öffentlichen Sitzung beginnt die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ ihre Arbeit im Themenfeld Bildung, Wissenschaft, Kultur. Die Enquete-Kommission baut auf der Tätigkeit ihrer Vorgängerin auf, die sich mit der Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland zu beschäftigen hatte. In einer Dokumentation, die Heinrich Ebert, der jetzt 80jährige Bürgerrechtler und erste Leiter des Stasi-Außenarchivs in Erfurt, vor kurzem vorgelegt hat, lese ich die Worte, und ich zitiere:

„Wer der Vergangenheit nachträumt, wundere sich nicht, wenn er darüber die Gegenwart versäumt. Doch wer im Heute bewußt auf das Morgen leben will, kann unbeschadet das Gestern nicht übergehen. Nicht einlullen – Wachhalten ist das Gebot der Stunde.“

Präziser läßt sich, so meine ich, der Spannungspunkt nicht beschreiben, in dem ich auch die Arbeit der neuen Enquete-Kommission sehe. Wir wollen einen Beitrag zur Gestaltung der Gegenwart und Zukunft leisten. Diese Gegenwart und Zukunft verwirklicht sich für uns Deutsche im Prozeß der deutschen Einheit. Hier haben wir schon eine ganze Menge geschafft, aber manchmal kann man dabei den Eindruck gewinnen, daß für ein gelöstes Problem zwei neue noch schwierigere auftauchen. Die meisten dieser Probleme sind Folgen der SED-Diktatur. Das darf meiner Meinung nach nicht verwischt werden. Wir dürfen uns noch lange nicht aus der deutschen Teilungsgeschichte entlassen. Gerade deshalb, weil wir sehr bewußt im Heute auf das Morgen leben wollen, können wir das Gestern nicht unbeschadet übergehen. Das sind wir den Opfern der SED-Diktatur schuldig, die heute und auch morgen noch an den Lasten und Erfahrungen ihrer Vergangenheit zu tragen haben.

Im Mittelpunkt der heutigen öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission steht die Frage nach der Kaderpolitik der SED an Schulen und Hochschulen in der DDR und ihren Folgen. Ich danke nochmals unseren Gästen aus Schule und Hochschule, die uns in die Probleme einführen und mit uns diskutieren wollen.

Die Schulen und Hochschulen der DDR waren Zentren der ideologischen Erziehung und der Kaderpolitik der SED. Das wirkte sich bis in den Herbst des Jahres 1989 aus, als es an den Hochschulen noch weithin ruhig blieb, während sich auf den Straßen und in den Kirchen bereits immer mehr Menschen zum

Protest zusammenfanden. In der Zeit nach dem Sturz der SED-Diktatur sind in den Schulen und Hochschulen viele Veränderungen durchgesetzt worden. Trotzdem irritieren immer wieder Meldungen, in denen vom Fortwirken alter Seilschaften berichtet wird. Sie, verehrte Gäste, werden sich also darauf einrichten müssen, daß wir viele Fragen haben werden. Die Schulen und Hochschulen spielen eine wichtige Rolle im Prozeß der deutschen Einheit, da wollen und müssen wir sehr genau nachfragen: Wie weit sind wir dort bei der Überwindung der Folgen der SED-Diktatur inzwischen gekommen? Wo gibt es Schwierigkeiten? Was läuft gut? Wo ist was zur Gestaltung der Gegenwart und Zukunft zu leisten? Diese Gegenwart und Zukunft verwirklicht sich im Prozeß der deutschen Einheit. Wo zeigt sich das Morgen im Heute? Wo dürfen wir das Gestern nicht übergehen, wenn wir im Heute unserer Schulen und Hochschulen bewußt das Morgen leben wollen? Ich möchte den ersten, Dr. Matthias Wagner aus dem Bundesarchiv in Potsdam, bitten, zu seinem Thema „Das Nomenklatursystem – Hauptinstrument der Kaderpolitik der SED“ das Wort zu nehmen.

Dr. Matthias Wagner: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Das Nomenklatursystem, über welches ich berichten möchte, ist Kaderpolitik im engsten Sinne. Es ist ein machttechnisches System, welches nahezu alle Bereiche der DDR umklammert hatte, so auch den Bereich der Schulen und Hochschulen. Zentralstaatliche Systeme sind nur vom Kopf her zu verstehen, das heißt, erst wenn man das Zentrum kennt, ist es möglich, zu Teilbereichen vorzudringen. Deswegen sehen Sie es mir jetzt bitte nach, wenn ich mich in meiner Darstellung auf dieses Zentrum beschränke, auch deshalb, weil erst dieses eigentlich richtig bekannt ist. Strukturen und Mechanismen, noch dazu, wenn sie gut durch Geheimhaltung und Aktenvernichtung geschützt wurden wie das Nomenklatursystem, müssen zunächst erst einmal erkannt und verstanden werden.

Das Nomenklatursystem ist im Prozeß der Jahre 1989/90 untergegangen, ohne daß es bemerkt worden wäre. Dies betrifft nicht nur die Kenntnis darüber, sondern auch große Teile der schriftlichen Überlieferung. Allerdings war die Bestätigung der Nomenklaturen Sache der höchsten Leitungsgremien, also auf der zentralen Ebene der des Politbüros des ZK der SED bzw. der des Präsidiums des Ministerrates, so daß mit dem Erhalt der Überlieferung dieser jeweiligen höchsten Ebenen in Form von Sitzungsprotokollen mit Vorlagen die bestätigten Nomenklaturen noch ermittelbar sind.

Unter Kenntnis dieses Sachverhaltes war es möglich, anhand von Dokumenten aus den Beständen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv und des Ministerrats in der Abteilung V des Bundesarchivs in Potsdam die zentrale Ebene des Nomenklatursystems einigermaßen zu rekonstruieren. Natürlich mußte dabei in Kauf genommen werden, noch nicht alle Fragen beantworten zu können. Dies war aber zu vernachlässigen, um eines der wesentlichsten Machtinstrumente der SED zu entziffern und zu verstehen.

Konkret stellt sich die Frage: Wie hat die SED die „führende Rolle“, die sie für sich beanspruchte, ausgeübt, wie hat sie ihren absoluten Machtanspruch in nahezu alle Bereiche der Gesellschaft ausgedehnt? Einen Teil der Antworten gibt die Kenntnis des Nomenklatorsystems. Zunächst ist also nach der Zielstellung des Nomenklatorsystems zu fragen bzw. auch, woher es kommt. Die Zielstellung besteht kurz und bündig darin, die Herrschaft der zentralen Parteibürokratie über die Gesellschaft dadurch zu sichern, daß alle entscheidenden Positionen der Gesellschaft in Abhängigkeit von der Zentrale mit diesen genehmen Menschen besetzt werden. Der „Nomenklatura-Trilogie“ von Michail Voslensky (also „Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion“ und noch zwei Folgen, die letzte: „Das Geheime wird offenbar“) ist zu entnehmen, daß das Prinzip der Kadernomenklatur eindeutig auf Josef Wissarionowitsch Stalin selbst zurückgeht und ursprünglich von ihm als Machtmittel im Kampf gegen seine Mitkonkurrenten eingesetzt wurde. Die machtechnische Funktionalität dieses Verfahrens ließ das Nomenklatorsystem zu einer der Grundkomponenten realer Machtausübung kommunistischer Staatsparteien werden. Offensichtlich wurde es dann als fester Bestandteil des sowjetischen, besser stalinistischen Modells auf alle osteuropäischen Staaten in Moskaus Einflußbereich übertragen.

Welches sind die Bestandteile des Nomenklatorsystems? Voslensky definierte diese so, ich zitiere:

- „1. Das Verzeichnis der leitenden Posten, deren Besetzung nicht der Ressortchef wahrnimmt, sondern eine höhere Stelle, und
2. das Verzeichnis der Personen, die diese Posten innehaben oder als Reserve dafür in Frage kommen.“

Ziehen wir daraus das Fazit und kehren das etwas um. Die Grundkomponenten sind also erstens die Menschen, zweitens die Positionen.

Der Schlüssel für erstens ist der Begriff der „Kaderpolitik“, in dem das Prinzip der Nomenklatur inbegriffen ist. „Kaderpolitik“ ordnet Menschen aus der Sicht der Staatspartei ein, bewertet sie, entscheidet über ihre Eignung aus deren Sicht. Die Prämissen der „Kaderpolitik“ verdeutlicht ein Zitat von Stalin auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU, ich zitiere:

„Nachdem eine richtige politische Linie ausgearbeitet und in der Praxis erprobt ist, sind die Parteikader die entscheidende Kraft der Partei- und Staatsführung.“

Folglich wäre die erste Grundkomponente – die Menschen – geklärt. Diese entstammen in erster Linie der kommunistischen Staatspartei. Die DDR war hier wegen der „Blockparteien“ ein Sonderfall. Über die Stufen einer freundschaftlichen Beteiligung, Abdrängung und Vereinnahmung sicherte die SED aber bis in die achtziger Jahre hinein ihre totale Herrschaft. Im ZK der SED führte die Abteilung Befreundete Parteien die Spitzenfunktionäre der Blockparteien in ihrem Teil der Kadernomenklatur des ZK der SED.

Nach der Klärung, welcher Personenkreis zur Ausübung von Macht befähigt ist, war in einem zweiten Schritt zu sichern, welche Positionen durch diese Kader besetzt werden sollten und welchen Stellenwert diese Positionen aus der Sicht der Partei hatten. Das dazu geschaffene Machtinstrument waren die Kadernomenklaturen. Grundprinzip der Kadernomenklatur ist, daß jede Besetzung von für wichtig gehaltenen Positionen von der nächsthöheren Ebene aus bestätigt wurde. Die nächsthöhere Ebene avancierte zum „Nomenklaturvorgesetzten“, der in der Regel auch die Personalakten führte.

Im Laufe der Jahre wurde so ein ganzes System mit mehreren hierarchischen Stufen entwickelt, welche sich ineinander verschachtelten. Den Kopf bildete die Kadernomenklatur des ZK der SED in ihrer Verflechtung mit der Nomenklatur des Ministerrates, auf die noch einzugehen ist. Drei Stränge des Nomenklatursystems mit Zwischenebenen, im einzelnen bisher nur sehr unvollkommen erforscht, sind aber, abgeleitet vom Verwaltungsaufbau der DDR, zu erkennen:

1. Nomenklaturen der SED mit den Hauptebenen
 - ZK der SED,
 - Bezirksleitungen der SED,
 - Kreisleitungen der SED.
2. Nomenklaturen Ministerrat hin zu den örtlichen Räten mit den Ebenen
 - Ministerrat,
 - Räte der Bezirke,
 - Räte der Kreise,
 - Räte der Städte und Gemeinden, in denen dann auch die Schulen erfaßt sind.
3. Nomenklaturen Ministerrat – zentrale Staatsorgane
 - Ministerrat,
 - Ministerien, Staatssekretariate, Ämter.

Die jeweils nachgeordneten Bereiche tauchen dann wiederum als nächste Ebenen auf, und dieses System wurde über die Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen sowie für Volksbildung auch in den Bereich der Universitäten und Hochschulen hineingetragen.

Ein weiterer Strang verband die SED über den Nationalen Verteidigungsrat mit dem Sicherheitsbereich, den die SED fest für sich reserviert hatte.

Die Querverbindungen zwischen diesen Strängen verliefen horizontal und vertikal. Die Position auf einer Ebene A führte selbst Positionen auf einer Ebene B. Positionenträger B hatte Positionenträger A zum Nomenklaturvorgesetzten,

konnte aber selbst Nomenklaturvorgesetzter für eine Ebene C sein. Jede dieser Ebenen stellte eine Kopie und Machterweiterung des Zentrums dar.

Vertikal verzahnten sich vor allem der Nomenklaturstrang der SED mit dem Nomenklaturstrang Ministerrat – örtliche Räte über sogenannte „Abstimmungsvorgaben“, wobei der Parteiapparat den aktiven und der Staatsapparat den passiven Teil übernahm. Das kann man in den Nomenklaturen deutlich sehen. Ein Rat des Bezirkes stand so im Abstimmungszwang mit der Bezirksleistung der SED, aber auch mit dem übergeordneten Ministerrat.

Kommt das Nomenklatorsystem in die Jahre, werden alle Ebenen zu Befehlsausführungsebenen der jeweils übergeordneten Ebene. Ein gewaltiger Sog von Verantwortung und Macht von unten nach oben durchmischt sich mit einem ebenso gewaltigen Sog von Disziplinierung von oben nach unten. Letztlich drängt sich die Macht in geradezu absolutistischer Weise in einem kleinen Personenkreis zusammen, in der Realität der DDR im Politbüro der SED.

Könnte es sein, daß dieses grandiose System zur Sicherung der Macht ein entscheidendes Systemdefizit war? Der Ausfall der obersten Kommandoebene der SED zog bekanntlich im Herbst 1989 die Bewegungsunfähigkeit aller Apparate nach sich.

Ohne ein Resümee ziehen zu wollen, seien hier noch zwei weitere Gedankengänge erlaubt:

Das Nomenklatorsystem ist schon von seiner Entstehung her Stalinismus im engeren Sinne. Dieses stalinistische Element hatte aber während der gesamten Dauer der DDR Bestand. Alle Reformansätze, einschließlich der in der Sowjetunion nach 1985, haben um die Kadernomenklaturen einen weiten Bogen gemacht und sind vielleicht auch deshalb gescheitert. Diese Einschätzung gilt so in der Gänze für die gesamte Kaderpolitik, in der das „Prinzip der Nomenklatur“ ja inbegriffen ist. Wenn aber – damit leite ich zum zweiten Gedanken über – die Kaderpolitik der SED definierte, wer zur Machtausübung befähigt war bzw. in dieses System integriert wurde, definierte sie auch, welche Menschen und Menschengruppen dies eben nicht waren, und schloß sie davon aus.

Ohne die Kenntnis seiner historischen Entwicklung ist das Nomenklatorsystem nicht verständlich. Dies betrifft speziell in den zentralen Nomenklaturen das Zwischenspiel zwischen der Kadernomenklatur des ZK der SED und der des Ministerrates. Historisch sind meines Erachtens in der DDR zwei Phasen zu erkennen. Das ist erstens die Phase der Bestätigungsnomenklaturen, zu datieren von 1949 bis 1960/61, und zweitens eine Phase, die ich die Phase der „ausgereiften“ Nomenklaturen nennen möchte, die 1960/61 erreicht wird und 1989/90 mit der Selbstaflösung der Nomenklaturen endet.

Zunächst mußte das Nomenklatorsystem aufgebaut werden, das heißt, es war vorher erforderlich, Verfahrensweisen zu regeln und Abstimmungen zu treffen, in welchen Bereichen Nomenklaturen aufgebaut, welche Positionen beansprucht wurden usw.. Diese Nomenklaturen sind Dokumente strategischer Pla-

nung, über die das Nomenklatursystem in nahezu alle Bereiche der Gesellschaft expandierte.

Der Aufbau des Nomenklatursystems erfolgte von 1949 bis 1960/61 von zwei Zentren aus. Im Zusammenhang mit der Bildung der DDR war die Parteiführung der SED zunächst bemüht, alle wichtigen zentralen Positionen im Staatsapparat, in den Medien und gesellschaftlichen Organisationen unter ihre Kontrolle zu bringen. Am 6. Oktober 1949 benannte sie ihre Optionen für den zu bildenden Staat. Im Januar 1950 wurden diese Vorstellungen in einer ersten, noch sehr provisorischen Nomenklatur im Umfang von 14 Seiten – im Vergleich dazu umfaßte die Kadernomenklatur des ZK der SED von 1986 186 Seiten – zusammengefaßt. Diese enthielt auch Direktoren und Dekane der damals dem Ministerium für Volksbildung unterstellten Universitäten und Hochschulen und verfügte eine Kontrolle über die Berufung der Professoren durch die Kaderabteilung des ZK der SED. Der Initialzündler für den Aufbau der Kadernomenklaturen zum System war aber erst die Auflösung der Länder und die Bildung der Bezirke 1952. Der Parteiapparat baute seine Nomenklaturen über die Bezirksleitungen und Kreisleitungen aus, während der Ministerrat das „Prinzip der Nomenklatur“ in den Ministerien, Ämtern und zentralen Staatsorganen einführt und vertieft, was somit auch den staatlich unterstellten Teil der Hochschulen betraf. Im Bereich des Ministerrates war das Ministerium des Innern für den Aufbau des Nomenklatursystems verantwortlich. Nach dem „Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht vom 17. Januar 1957“, welches das Verhältnis der örtlichen und regionalen Organe zu der zentralen und der Bezirksebene neu bestimmte, wurde das Nomenklatursystem in den örtlichen und regionalen Bereich hin erweitert, womit auch Positionen in der Volksbildung von Nomenklaturen erfaßt wurden. Der Bereich der Wirtschaft, also die Volkseigenen Betriebe, wurde mit den weiträumigen Änderungen in der Wirtschaftsorganisation, die mit dem „Gesetz über die Vereinfachung und Vervollkommnung der Arbeit des Staatsapparates vom 11. Februar 1958“ verbunden waren, angegangen.

Die krisenhafte Entwicklung der politischen Ereignisse an der Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren im Umfeld der sogenannten „Berlin-Krise“ nutzte der zentrale Parteiapparat offensichtlich dazu aus, die totale Kontrolle über den Ministerrat, also den Staatsapparat, anzustreben. Unter der neutralen Formel einer „weiteren Qualifizierung der Arbeit der Organe des Staatsapparates“ erging dazu ein Beschluß des Politbüros vom 12. Juli 1960, dem der Ministerrat am 14. Juli 1960 mit einem entsprechenden Beschluß folgte. Diese Beschlüsse setzten einen Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates ein, der für die Koordinierung und Kontrolle der Beschlüsse des Zentralkomitees und des Ministerrates, natürlich im Sinne der Partei, verantwortlich war. Diese Funktion übernahm Willi Stoph, der eigens dafür seine bisherige Funktion, nämlich die des Ministers für Nationale Verteidigung, abgab.

Der Abschluß dieses Prozesses wurde wohl nach dem Ableben von Wilhelm Pieck am 7. September 1960 durch die Wahl des Staatsrates vollzogen. Der

Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, als Erster Sekretär des ZK der SED zugleich seit Februar 1960 Vorsitzender des Verteidigungsrates, konnte damit eine Fülle von Machtpositionen in seiner Person vereinen. Unter seinem Vorsitz tagten im Staatsrat der Vorsitzende des Ministerrates, Otto Grotewohl, und der Präsident der Volkskammer, Johannes Dieckmann; vertreten wurde er von den Vorsitzenden der Blockparteien.

Unmittelbar nach der Bildung des Staatsrates, am 26. September 1960, bestätigte das Sekretariat des ZK der SED die Hauptnomenklatur des ZK der SED, der „Vorläufige Richtlinien für die Arbeit der Kadernomenklatur des Zentralkomitees der SED“ beigegeben waren. In diesen Richtlinien wurde zur Bedeutung der Kadernomenklatur ausgeführt: „Nur mittels der Nomenklatur ist es möglich, die gesamte Kaderarbeit auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus - trotz ihrer großen Differenziertheit - von einem Zentrum aus, dem Zentralkomitee, zu leiten, wo die wichtigsten Erfahrungen der Kaderauslese, der Qualifizierung der Kader und der Verteilung der Parteikräfte konzentriert sein müssen.“

Diese Hauptnomenklatur wurde bereits am 17. Januar 1961 durch eine korrigierte Fassung ersetzt. Im Vergleich zu der Hauptnomenklatur vom September 1960 umfaßte diese Nomenklatur 4.687 Positionen, die davor hatte 4.589 Positionen. Die wesentlichste Erweiterung war wohl in der ZK-Abteilung Staats- und Rechtsfragen zu finden, mit der durch die Aufnahme des Staatsrates mit 23 Nomenklaturpositionen auch das kollektive Staatsoberhaupt einer Abteilung des Parteiapparates zugewiesen wurde.

Der Ministerrat reagierte auf seiner 64. Sitzung mit dem Präsidiumsbeschluß „Ordnung für die Arbeit mit der Kadernomenklatur des Ministerrates vom 4. Mai 1961.“ Bereits im ersten Punkt wurde die Unterwerfungsgeste ausgesprochen: „Die Grundlage für die Nomenklatur des Ministerrates bilden die Richtlinien für die Kadernomenklatur des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.“

Zum Geltungsbereich der Nomenklatur des Ministerrates wurde folgende Aussage getroffen: „In der Nomenklatur des Ministerrates werden die Funktionäre erfaßt, die durch den Ministerrat oder dessen Präsidium vorgeschlagen, bestätigt oder abberufen werden.“ Da dieses Vorschlags-, Bestätigungs- oder Abberufungsverfahren aber bereits vorher im Politbüro des ZK der SED ablief, bestätigte der Ministerrat in dieser Frage eigentlich nur noch dessen Beschlüsse.

Innerhalb des Bereichs des Ministerrates wurde die Verantwortlichkeit für das Führen der Nomenklaturen des Ministerrates vom Ministerium des Innern auf den Ministerrat selbst übertragen. Der dafür im Ministerium des Innern existente Bereich unter Hans Jendretzky wurde schon Ende 1960 in den Ministerrat umgesetzt und als Sekretariat des Ministerrates Willi Stoph unterstellt.

Im Vergleich zu der Hauptnomenklatur beim ZK der SED war die Nomenklatur des Ministerrates nur noch ein begrenzter Auszug aus dieser. Alle Positionen der Nomenklatur des Ministerrates sind in den Ebenen Politbüro und Se-

kretariat der Hauptnomenklatur des ZK der SED erfaßt. Wichtige Positionen fehlen ganz, so z.B. die Ministerfunktionen, der Staatsrat, der Sicherheitsbereich – also Ministerien für Nationale Verteidigung, des Innern und für Staatsicherheit. Diese Positionen waren gänzlich ausgespart, lediglich die Position des Leiters der Abteilung Innere Angelegenheiten im MdI – das war ein ziviler Bereich – wurde aufgeführt. Insgesamt umfaßte die Nomenklatur des Ministerrates einen Auszug von 732 Positionen aus der Hauptnomenklatur des ZK der SED, die im Vergleich dazu im Staatsapparat 1.228 Positionen umfaßte. Somit kann festgestellt werden, daß die zwei zentralen Nomenklaturen, die des ZK der SED und die des Ministerrates, endgültig aufeinander abgestimmt und die Prioritäten des zentralen Parteiapparates gewahrt waren.

Die Begründung für eine weitere ausdrückliche Existenz der zentralen Nomenklatur des Ministerrates lag in zwei Punkten:

1. Der zentralen Nomenklatur des Ministerrates war ein eigenständiges System von Nomenklaturen nachgeordnet, nämlich das in dem Bereich der örtlichen Räte und das in den anderen zentralen Staatsorganen, welches die zentrale Nomenklatur des Ministerrates als Bezugsgröße voraussetzte.

2. Die Personalordnungen regelten durchgängig, daß die Personalakten beim „Nomenklaturvorgesetzten“ zu führen waren. Der Ministerrat blieb so „Nomenklaturvorgesetzter“ und konnte damit seine eigenen Personalakten führen.

Nachdem das Nomenklatorsystem vom Zentrum aus aufgebaut war, nahm es mit dieser abschließenden Gestaltung des Zentrums selbst seine vollständigen Konturen an, die es bis zum Ende der DDR beibehalten sollte.

Ab 1963 ist ein zunehmend an die Parteitage der SED angelehnter Rhythmus nachweisbar, der auf der zentralen Ebene immer nach dem gleichen Muster verläuft:

1. Das ZK der SED bestätigt die Nomenklatur, in Verbindung damit werden eventuell entsprechende Richtlinien und Ordnungen erlassen.

2. Der Ministerrat bestätigt seine Nomenklatur; das heißt, er muß auf seinen Auszug aus der Hauptnomenklatur des ZK der SED warten, ehe er aktiv werden kann.

Neue zentrale Nomenklaturen – also immer in diesem Rhythmus – können nachgewiesen werden für den Zeitraum 1963/64, für den Zeitraum von 1968 bis 1970 – das steht im Zusammenhang mit der Hereinnahme der führenden Rolle der SED in die Verfassung –, 1972/73, 1977 und 1981/82 sowie abschließend, gültig bis zum Dezember 1989 bzw. bis zum Februar 1990, die

– Kadernomenklatur des ZK der SED vom 3. Dezember 1986 und die

– Kadernomenklatur des Ministerrates vom 23. April 1987.

Der revolutionäre Prozeß des Herbstes 1989, der dann 1990 in den Prozeß der Herbeiführung der deutschen Einheit mündete, zerbrach das Nomenklatorsy-

stem zunächst, danach wich es zurück und löste sich selbst auf. Zu nennen wären hier die Rücktrittswelle im Herbst 1989 und die Streichung der führenden Rolle der SED aus der Verfassung Anfang Dezember 1989, womit die Kadernomenklatur des ZK der SED bedeutungslos wurde.

Der Beschluß des Ministerrates vom 8. Februar 1990 über Grundsätze zur Besetzung ausgewählter Leitungsfunktionen in den Staatsorganen durch den Ministerrat setzte die Kadernomenklatur des Ministerrates vom 23. April 1987 außer Kraft, womit der Schlußstrich unter das Nomenklatursystem gesetzt wurde.

Der körperliche Rückzug des Nomenklatursystems, also der Akten, erfolgte in den Amtsstuben in aller Stille. Eine letzte, aber wichtige Hilfestellung kam hier vom Ministerrat durch den Beschluß zur Verordnung über die Arbeit mit Personalunterlagen vom 22. Februar 1990. Der Beschluß schließt mit der Festlegung: „4. Der Beschluß des Ministerrates vom 22. August 1977 über die Kadernomenklatur des Ministerrates, über die Ordnung für die Arbeit mit der Kadernomenklatur des Ministerrates und die Ordnung zur Führung von Personalakten (02 – 39/I.5/77) wird außer Kraft gesetzt.“ Diese Festlegung ist freilich etwas unexakt, da Teile dieses Beschlusses ja bereits außer Kraft gesetzt waren. Die Kadernomenklatur des Ministerrates von 1977 war bereits 1982 ersetzt worden. Die Ordnung für die Arbeit mit der Kadernomenklatur des Ministerrates war wenige Tage zuvor, am 8. Februar 1990, durch den bereits von mir zitierten Beschluß über Grundsätze zur Besetzung ausgewählter Leitungsfunktionen in den Staatsorganen durch den Ministerrat aufgehoben worden. Eigentlich war nur noch die Ordnung zur Führung von Personalakten in Kraft.

Die Bewältigung der Zukunft stand dann wohl auch mehr im Vordergrund, vor allen Dingen in § 4 (1), der festlegte: „Die Leiter der Organe und Betriebe veranlassen, daß schrittweise, spätestens beim Ausscheiden aus dem Betrieb, gemeinsam mit dem Werktätigen die vorhandenen Personalakten aufgelöst und alle nicht mehr benötigten Schriftstücke dem Werktätigen zur persönlichen Verfügung ausgehändigt werden.“ In § 3 waren die Dokumente aufgeführt, welche nunmehr in den Personalunterlagen zu führen waren. Alle anderen Dokumente waren demzufolge „nicht mehr benötigt.“ Dabei handelte es sich – ein Vergleich zu der Ordnung von 1977, die ja vorliegt, zeigt dies schnell – vorrangig um den dortigen „chronologischen Teil“ der Personalakten. Eine Personalakte hatte einen aktuellen Teil und einen chronologischen Teil – im aktuellen Teil waren die unbedingt notwendigen Daten, die also dem Februarbeschluß von 1990 entsprachen, enthalten, der chronologische Teil enthielt die sogenannten personalpolitischen wichtigen Dokumente, und der konnte weg.

Im folgenden Teil möchte ich einige Sätze zu dem gültigen Stand der Nomenklaturen auf zentraler Ebene in der Endphase der Honecker-Administration sagen. Die 1986/87 bestätigten Kadernomenklaturen des ZK der SED und des Ministerrates geben diesen wieder. Der Nomenklatur des ZK der SED sind vier Kategorien von Nomenklaturkadern vorangestellt:

1. Gewählt vom Parteitag: die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und der Zentralen Revisionskommission;
2. gewählt vom Zentralkomitee: der Generalsekretär des ZK, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, die Sekretäre des Zentralkomitees;
3. berufen vom Zentralkomitee: der Vorsitzende, die Mitglieder und Kandidaten der Zentralen Parteikontrollkommission;
4. bestätigt vom Zentralkomitee: die Vorsitzenden des Staatsrates, des Ministerrates, der Präsident der Volkskammer, die Abteilungsleiter des Apparates des Zentralkomitees und die Abgeordneten und Nachfolgekandidaten der Volkskammer.

Im Anschluß daran folgt die eigentliche Nomenklatur, geordnet nach den Abteilungen des ZK der SED. Innerhalb der Abteilungen werden in vier Ebenen die Nomenklaturpositionen aufgeführt. Diese Ebenen sind Politbüro, Sekretariat des ZK, Kaderkommission – das ist eine parteiinterne Ebene – und Kontrollnomenklatur. In diesen Ebenen werden die Positionen nach Partei, Staatsapparat, gesellschaftlichen Organisationen, wirtschaftlichen Einrichtungen usw. geordnet. Breite und Vielfalt der aufgeführten Positionen lassen keinen Zweifel daran, daß wir hier eine Art zentralen Geschäftsverteilungsplan der DDR vor uns haben. Bis auf die Kirchen ist kein Bereich der Gesellschaft ausgelassen; die Kirchen waren nicht drin.

Die unterschiedlichen Zahlenangaben ergeben ca. 9.500 Nomenklaturfunktionen. Allerdings gehört ca. die Hälfte der Positionen der „Kontrollnomenklatur“ an, das heißt, diese werden eigentlich in tieferen und auch verschiedenen Nomenklaturen geführt, unterliegen aber zusätzlich noch der Kontrolle der Abteilungen des ZK. Die Souveränität des Parteiapparates im Umgang mit dem Staatsapparat wird deutlich, wenn man sieht, welche seiner Teile auf die Abteilungen des ZK zuständigkeitshalber aufgeteilt sind. Das sind:

- die Volkskammerfraktionen, das heißt also, die der FDJ wurde bei der Abteilung Jugend geführt, die des VdgB (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) bei der Abteilung Land und Forst, die des Demokratischen Frauenbundes (DFD) bei der Abteilung Frauen und die des Kulturbundes bei der Abteilung Kultur,
- der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, der aufgeteilt worden ist,
- der auswärtige Dienst – also die Botschafter wurden bei der Abteilung Internationale Verbindungen, aber die Zuständigen für Wissenschaft und Technikfragen bei der Abteilung Forschung und technische Entwicklung des ZK geführt,
- die Arbeiter-und-Bauern-Inspektion.

Im Vergleich dazu stellt die Nomenklatur des Ministerrates nur einen begrenzten Auszug aus den Ebenen Politbüro und Sekretariat des ZK der SED dar; allerdings gibt es eine Erweiterung um 216 Positionen im regionalen Be-

reich. Der Vergleich der Positionen des Staatsapparates ergibt, daß 1.314 Positionen in der Nomenklatur des Ministerrates 1.641 Positionen in der Kadernomenklatur des ZK der SED gegenüberstehen. Somit ergibt sich eine tatsächliche Differenz von 327 Positionen, die das ZK der SED für sich reserviert hatte, also Staatsrat, die eigentlichen Minister, Sicherheit usw..

Interessant ist die Relation von Nomenklaturkadern zu Nomenklaturfunktionen, wobei die Kontrollnomenklatur hier außer acht gelassen werden muß, da sie in den Zahlen nicht enthalten ist. In einer „Information über die Zusammensetzung der Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED“ wird die Zahl von 4.429 Kadern angegeben, die 5.068 Nomenklaturfunktionen besetzte. Dies heißt, daß maximal 639 Kader eine Doppelfunktion hatten bzw. eine dann geringer werdende Anzahl von Kadern zwei oder auch mehrere Positionen besetzte. Mit diesen 4.429 Nomenklaturkadern haben wir offensichtlich den internen Kreis der Macht vor uns, das heißt Menschen, die reale Macht ausübten, aber die auch in ein Machtsystem eingefügt waren.

Natürlich erhebt sich die Frage, welche Kriterien diesen Personenkreis auszeichnen, welche Anforderungen sie erfüllen mußten. Die „Information“ gibt darauf auch Antworten: „Hervorzuheben ist, daß sie sich in ihrer Tätigkeit auf eine langjährige Parteierfahrung stützen können. 80,4 Prozent der Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED, die Mitglieder der SED sind, gehören über 20 Jahre unserem marxistisch-leninistischen Kampfbund an.“ Wichtig im Arbeiter-und-Bauern-Staat ist die klassenmäßige Herkunft, wobei allerdings die befreundete Klasse der Bauern bald auf der Strecke bleibt; ich zitiere: „Die klassenmäßige Zusammensetzung der Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED weist eine stabile Entwicklung aus. 70 Prozent der 4.429 Kader kommen aus Arbeiterfamilien, und 54,4 Prozent begannen ihre berufliche Tätigkeit als Arbeiter in der materiellen Produktion.“

Besonders hoch war der Stellenwert der „marxistisch-leninistischen und fachlichen Kenntnisse.“ 87,4 Prozent der Nomenklaturkader verfügten über eine gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung ab ein Jahr Dauer und 83,1 Prozent über einen staatlichen Hoch- oder Fachschulabschluß. Tatsächlich lag aber der Stellenwert der parteiinternen Ausbildung weit über dem des Erwerbs eines „normalen“ Hoch- oder Fachschulabschlusses. In der Information werden dafür einige Beispiele genannt, auch mit Tendenzen. Von den Generaldirektoren der Kombinate hatten 1986 82,9 Prozent ein Jahr Parteischule hinter sich. Parteihochschule war ähnlich gleichwertig.

Hervorgehoben wurde, daß ein gesunder Wechsel von Leitungskadern aus Staats- und Wirtschaftsfunktionen in den Parteiapparat und umgekehrt herrsche. So waren 45,5 Prozent der Minister und 26 Prozent der Botschafter vorher hauptamtliche Parteifunktionäre.

Besonders förderungswürdig waren die „bewährten Kader aus dem Jugendverband“, die bevorzugt in Nomenklaturfunktionen des ZK der SED gelenkt wurden. Favorisiertes Wirkungsfeld war dafür offensichtlich der hauptamtliche

Parteiapparat selbst. Die Information hebt hervor, daß 47,5 Prozent der 1. und 2. Sekretäre der Kreisleitungen der SED ehemalige Funktionäre der FDJ waren. Mäßig fiel mit 528 (11,9 Prozent) der Frauenanteil aus. Über allen hing die Zuchtrute der Abberufung aus dem erlesenen Kreis. In dem Zeitraum von 1981 bis 1986 hatte es 166 Nomenklaturkader ereilt, 43 wegen „unparteilichen Verhaltens“, 123 „wurden den Anforderungen in der Leitungstätigkeit nicht gerecht.“

Eine weitere Frage, zu der ich mich noch abschließend äußern möchte, ist die nach den Ergänzungsquellen des Nomenklatursystems: Wie kam man da hinein, wie wurde man Nomenklaturkader? Die Antwort darauf ist in sogenannten Kaderprogrammen zu finden, die angepaßt an den Planungsrhythmus der Volkswirtschaft nach Fünfjahrplänen und Jahresplänen aufgebaut waren. Diese Planwirtschaft mit Menschen überließ nichts dem Zufall, auch hier gab es feste, unumstößliche Regeln.

Exemplarisch eingesehene Kaderprogramme zeigen, daß diese vorrangig die Entwicklung von vier Kategorien von Kadern regelten:

1. Nomenklaturkader,
2. Reservekader,
3. Nachwuchskader,
4. Kader für den Auslandseinsatz.

Die Eignungskriterien, die für besonders wichtig gehalten wurden, sind bereits bekannt:

1. Nach Möglichkeit Mitgliedschaft in der SED;
2. Entstammen aus in „erster beruflicher Tätigkeit“ der Arbeiterklasse;
3. Besuch von Parteibildungseinrichtungen, in Verbindung mit „fachlicher Qualifikation mit Hochschulabschluß und mit Fachschulabschluß“;
4. Altersstruktur und Frauenanteil.

„Kader für den Auslandseinsatz“ oder „Reisekader“ sind ein durch die Mauer bedingter Sonderfall, der natürlich in der Kaderpolitik berücksichtigt werden mußte, zum Nomenklatursystem aber in keiner direkten Beziehung stand. Natürlich konnte man als Nomenklaturkader „Reisekader“ werden, ein „Reisekader“ mußte aber nicht Nomenklaturkader sein.

Die unterste Stufe der Ergänzung des Nomenklatursystems waren die „Nachwuchskader“, die über eine „langfristige und sorgfältige Auswahl und planmäßige Entwicklung“ herangezogen wurden. In einem Kaderprogramm werden Anforderungen definiert: Sie sollten sich „in gesellschaftlichen Funktionen, besonders in der FDJ“, bewährt haben, Mitglied der SED sein bzw. werden, zu 60 Prozent in zuerst ausgeübter Tätigkeit Arbeiter, zu 40 Prozent junge Frauen und Mädchen, zu 50 Prozent unter 25 Jahre alt sein.

Das Sprungbrett zum Nomenklaturkader war aber das Stadium des „Reservekaders“, in welches man sich aus den Reihen der „Nachwuchskader“ hineinbringen konnte. Der Sinn der Kaderreserve wurde folgendermaßen beschrieben: „Die Kaderreserve umfaßt Kader, die zielgerichtet ausgewählt, planmäßig auf die Übernahme einer höheren Funktion vorbereitet werden und entsprechend dem Bedarf eingesetzt werden.“ Der Initialzündler war offensichtlich der sich ergebende Bedarf beim Ersatz von Nomenklaturkadern, die in Rente gingen, wobei das Erreichen des 60. Lebensjahres das Signal für die Aufstellung eines Reservekaders war. Die Anforderungen an Reservekader entsprachen denen für Nomenklaturkader, das heißt Arbeiterklasse, Parteischulbesuch ab ein Jahr, Hochschulqualifikation usw..

Ich möchte abschließend ein Fazit ziehen:

Das Nomenklatursystem, wie auch die darauf aufgebaute Kaderpolitik, war eines der entscheidenden Machtmittel der Staatspartei SED. In seiner Enge und Starrheit war es aber auch ein Systemdefizit. Der Strom des Lebens hat den Damm des Unveränderlichen schließlich weggerissen. Die erstarrten Strukturen waren nicht mehr integrations- und auch nicht mehr lernfähig. Aus dem System der Nomenklaturen konnten daher schließlich keine erneuernden Impulse mehr kommen, da sie auch Mittel zur Ausgrenzung von großen Teilen der Bevölkerung von den führenden Positionen der Gesellschaft waren. Die Gründe dafür waren vielfältig. Nicht nur Opposition zum System, auch einfach der Sachverhalt, Verwandte in der Bundesrepublik zu haben, schlossen aus. Die dem folgende Verkrustung zog Stagnation und Bewegungsunfähigkeit nach sich, an der das Nomenklatursystem schließlich zugrunde ging.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Wagner, wir danken Ihnen für Ihr einführendes Referat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt sind wir eingestimmt, jetzt wissen wir es, jetzt dürfen wir fragen. Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Wagner, ich habe nur eine Frage zur Rolle des Parteischulsystems. Es ist ja auffällig - vor allen Dingen, wenn man sich die Gründungsgeneration ansieht -, daß die mehr oder weniger die Kominternschule besucht hat, und anschließend waren Besuche von Parteischulen der KPdSU Pflicht. Also die Frage – welche Rolle diese Parteischulungen in der Sowjetunion für die Übernahme von höchsten Nomenklaturfunktionen in diesem System gespielt haben und natürlich genauso für Sicherheit und für die NVA.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Karl Wilhelm Fricke.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Herr Wagner, wenn ich richtig zugehört habe, haben Sie in Ihren Ausführungen das Ministerium für Staatssicherheit nur einmal ganz kurz erwähnt. Ich würde das gern vertiefen wollen und fragen, welche Rolle das Ministerium für Staatssicherheit in der Kaderarbeit gespielt hat. Gab es Kaderentscheidungen für Positionen in der Staatssicherheit, die dem Nomenklatursystem der SED unterlagen und die ja dann bedeuteten, daß im gewissen Sinne die Strukturen des Ministeriums für Staatssicherheit offengelegt

werden mußten im Nomenklatursystem? Und umgekehrt – welche Rolle spielte die Staatssicherheit bei der Auswahl der Kader? Und in welchem Stadium des Entscheidungsprozesses sind inoffizielle Mitarbeiter oder Erkenntnisse aus der inoffiziellen Arbeit zum Beispiel bei Kaderentscheidungen einbezogen worden?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Stephan Hilsberg bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Herr Wagner, Sie führen aus, daß gewissermaßen der Schöpfer, also derjenige, der beanspruchen kann, dieses System geschaffen zu haben, Stalin gewesen sei. Nun ist mir aber bekannt, daß bereits Lenin sich eine Art „Partei neuen Typus“ geschaffen hatte, die auch dadurch gekennzeichnet war, daß sie auf großem Gehorsam und Disziplin aufgebaut war, sozusagen eine schlagkräftige Truppe, mit der er die Revolution hat durchführen können. Kann man nicht sagen, daß da zumindest vom Wesen, von der Macht her Zusammenhänge bestehen? Haben Sie diese Frage mal untersucht, ist Ihnen etwas dazu bekannt? Der nächste Punkt: Sie führen auch aus, ziemlich eindrücklich, anschaulich, daß das Nomenklatursystem an sich selbst kaputtgegangen sei. Ich frage mich aber, ob die Ursache für das Scheitern nicht ein Stück vorher zu suchen ist, nämlich in dem Anspruch, eine gesamte Gesellschaft wie die DDR oder ein kommunistisches System von oben herab komplex zu führen. Das würde bedeuten, daß der Machtsog nicht von dem Nomenklatursystem an sich ausging, sondern von dem Versuch, hier eine Planwirtschaft, eine strukturierte Gesellschaft von oben herab zu bestimmen, was automatisch dazu führte, daß man die unteren Ebenen einbinden mußte und somit ihrer kreativen Fähigkeiten beraubte. Woran ist es letztlich kaputtgegangen? Und der dritte Punkt: In Ihrer Arbeit, die ich vorher gelesen hatte, sagen Sie auch, daß das Nomenklatursystem in die Blockparteien hineingereicht habe. Es wären also die Vorsitzenden und Generalsekretäre bestimmt worden. Nun haben Sie ja in erster Linie das Nomenklatursystem auf der Spitzezebene, sozusagen bei den Top-Leuten, dargestellt. Kann man davon ausgehen, daß sich diese Dinge auf den Bezirks- und Kreisebenen in analoger Weise abspielten?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Martin Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Einen Teil hat schon Stephan Hilsberg vorweggenommen. Nochmal zu den Blockparteien: Wie sind denn hier diese Bestätigungsverfahren gelaufen? Das wäre von Interesse, und zwar auf welchen Ebenen z.B. die Erstellung der Listen für die Volkskammerwahlen erfolgte. Das mußten wahrscheinlich vorher bestätigte Kader sein, und zwar Mitglieder aus anderen Parteien.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dr. Elm bitte.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Dr. Wagner, wie sind Ihnen in den Unterlagen Fragen der fachlichen und beruflichen Qualifikation begegnet? Also ich flankiere das mit der Bemerkung, daß ich aus eigener Erfahrung bestätige, daß vom Parteiapparat in den siebziger und achtziger Jahren durchaus z.B. der Be-

such von Parteischulen schon formell als Kriterium, als Ausweis höher bewertet wurde als Abschlüsse an Fachschulen und Hochschulen, daß z.B. auch Absolventen sozialwissenschaftlicher Studienrichtungen und einschlägiger Lehrgebiete nochmal veranlaßt wurden, solche Parteischulen auf verschiedenen Ebenen zu absolvieren. Aber ergänzend dazu trotzdem: Gibt es auch bei den Kriterien, gibt es bei der Veranlassung für Weiterbildung und zur Vorbereitung auf bestimmte Aufgaben erkennbar dann auch Auflagen, die die spezielle berufliche Qualifizierung zum Ziel haben?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Braune bitte.

Abg. Tilo Braune (SPD): Eine Frage zu den Kaderakten, Herr Wagner: Sie führten aus, daß im Frühjahr 1990 eine Übergabe der nicht benötigten Teile der Kaderakten an die betreffenden Bürger erfolgt ist. Nun weiß ich aus vielen Gesprächen und auch aus eigener Erfahrung, daß da in der Regel den Leuten ein sehr jämmerliches Restchen von Blättchen übergeben wurde. Ist Ihnen bekannt, ob diese Kaderakten damals 1990 systematisch entleert worden sind, oder waren das nach Ihren Erkenntnissen Einzelaktionen einzelner Kaderleiter?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Kollege Braune, ich kann da nahtlos anschließen. Das ist mir nämlich auch sehr stark aufgefallen, nachdem diese Verordnung des Ministerrates zum Führen von Personalakten am 22.2.1990 außer Kraft und eine neue in Kraft trat. Da haben wir dann die Möglichkeit gehabt, als allererstes mal die Kaderakte einzusehen. Ich gehe zurück in drei Ebenen runter auf einen ganz normalen Tausend-Mann-Betrieb, Kaderabteilung. Diese jämmerlichen fünf Blättchen waren dann da drin, aber der Schnellhefter, in dem gesammelt worden ist, der war ausgebeult, als wenn da 100 Seiten drin gewesen wären. Dazu meine Frage: Stand in der Verordnung explizit ausgeführt, wer Einsicht in die Kaderakte haben durfte? Ist es nachweisbar, daß es um die Schlapphüte - sprich das Ministerium für Staatssicherheit - ging, die zweimal die Woche in der Kaderabteilung ein- und ausgingen? Das sind Tatsachen -, da haben sie gesagt, heute sind sie wieder da, na mal sehen, ob sie vielleicht deine Akte mal durchgucken. Wurden da systematisch auch diese chronologischen kaderpolitischen Daten gesammelt, die dann für das MfS auswertbares Material waren?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Professor Mocek bitte.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Mich interessiert das Vorschlagsrecht oder der Vorschlagsweg, wie diese Kandidaten für Nomenklaturkader ins Gespräch kamen. Gab es ein Verweigerungsrecht und eine Aussprachemöglichkeit, die solche Nomenklaturqualifikationen oder Wege dahin dann vorbereiteten?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Spiller.

Abg. Jörg-Otto Spiller (SPD): Wenn in einer Gesellschaft Funktionen so streng abgeschirmt sind, gibt es bei längerer Dauer häufig die Neigung, daß ein

Ancien Regime versucht, solche elitären Funktionen auf die nächste Generation familienintern zu übertragen. Gibt es Ansätze von Erblichkeit bei dieser Nomenklatur?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Professor Maser bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte nochmal grundsätzlich fragen – es ist bereits mehrfach zumindest in die Richtung nachgefragt worden –, wo kommt es eigentlich her? Lenin oder Stalin haben sich das ja nicht irgendwann an einem schönen Nachmittag ausgedacht: „So organisiere ich das.“ Könnten Sie dem Gedanken weiter nachgehen, daß möglicherweise das Hierarchiesystem der orthodoxen Kirche die perfekte Vorlage für ein solches System der gegenseitigen Kontrolle, auf allen Ebenen konzentriert auf höchste Effektivität der Handlung usw., abgegeben hat? Bei Stalin würde es sich als ehemaligem Priesterschüler noch besser erklären lassen, wenn man mal versucht, das weiter auszubauen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Wagner, können Sie sich vorstellen, daß noch vier Menschen Ihnen Fragen stellen dürfen?

Dr. Matthias Wagner: Ja.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Dann wäre der nächste Professor Huber.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Sie haben im Zusammenhang mit dem Staatsrat die stellvertretenden Vorsitzenden der Volkskammer angesprochen. Mich würde interessieren, wie weit waren die Blockparteien und ihre Funktionsträger in dieses System mit integriert?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Gerd Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage nochmal zu dem Ministerratsbeschluß vom 22.2.1990 als Beteiligter, wie auch der Vorsitzende. Diejenigen, die dort für den Runden Tisch zeitweise in der Regierung saßen, haben sich sehr bald über den Tisch gezogen gefühlt mit dieser Entscheidung, deren Brisanz in dem Moment aber nicht erkannt. Jetzt frage ich: Gibt es tatsächlich Belege dafür, daß es hier überhaupt nicht um diese normalen Kaderakten, die tatsächlich in den meisten Fällen äußerst ärmlich und dürftig waren, sondern daß es eindeutig um die Absicherung der Nomenklaturkader selbst mit dieser Entscheidung ging?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Professor Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst eine historische Frage: Gibt es, bezogen auf die fünfziger Jahre, denn so etwas wie Konflikte zwischen den beiden Kaderapparaten? Kann man so etwas zwischen den Ministerratskadern und den Kadern des ZK mit Hilfe der Akten nachweisen? Zweitens: Wie sieht das Verhältnis von funktionaler Differenzierung auf der Ebene und politischer Vereinheitlichung aus? Das ist hier eben schon einmal mehr als Fangfrage zur fachlichen Qualifikation gefragt worden, oder man kann das ja auch von den

Positionen her mal denken. Gibt es so etwas wie bestimmte Kriterien, daß es bestimmte Kader gibt, die nur in bestimmten Funktionen, auch in der Spitze, eingesetzt werden können? Und schließlich die dritte Frage: Inwieweit gibt es eine generelle Privilegierung, und auf welche Bereiche bezog sie sich? Kann man das generell formulieren, und entspricht dieser Privilegierung ein generelles elitäres Bewußtsein?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Letzter Frager: Professor Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Sie haben, gestützt auf die Dokumente, richtig hingewiesen auf das Verhältnis von politischer Zuverlässigkeit als Priorität und Qualifizierung der Kader. Meine Frage ist jetzt: Würden Sie meiner Vermutung zustimmen, daß das auf den unterschiedlichen Ebenen bis zur Basis herunter unter Umständen eine andere Relation geworden ist, daß da sich möglicherweise die Priorität verändert hat? Ich vermute das, weil inzwischen einige Untersuchungen vorliegen – etwa von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften über die naturwissenschaftlichen Akademieinstitute, in denen zumindest die Befragten ausgewiesen wurden –, daß da in erster Linie die wissenschaftliche Qualifikation eine Rolle gespielt hat; also eine Abstufung auf den verschiedenen Ebenen. Eine zweite Frage: Könnten Sie noch etwas Ergänzendes sagen – in Ihrem Papier ist es nicht angeführt – über die personenbezogenen Kaderentwicklungspläne?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Wagner, ich möchte Sie bitten, zu antworten.

Dr. Matthias Wagner: Ich versuche es. Zunächst einmal der Fragenkomplex, den man so zusammenfassen kann – die Fragen der Qualität bzw. deren Relation zur politischen Zuverlässigkeit. Also generell kann man sagen, je weiter die Position nach oben geht, desto mehr steigt der Wert der politischen Zuverlässigkeit, da wird dann auch mal das Fachliche vernachlässigt. Es gibt in den achtziger Jahren das Bild des sogenannten politischen Leiters. Und wenn der sich geniert hat, weil er fachlich nicht viel konnte, wurde er dann von seinen Kollegen oder von der übergeordneten Leitung damit getröstet, daß ja seine politisch-ideologische Anleitungsbearbeitung erst die Kollegen zur guten Arbeit befähige. Es gibt aber auch, und das ist nachweisbar, Bemühungen vor allen Dingen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, den Parteiapparat qualitativ anzuheben. Ein ganz wichtiges Instrument waren hier die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten, die regelrecht angewiesen wurden, über diese sind die Studenten auf die Schwerpunktfakultäten zu delegieren, also bevorzugt Absolventen von Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten. Im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 kommt eine ganze Reihe von Beschlüssen, da wird dann auch das für Weiterbildung, Qualifizierungssysteme usw. zuständige Staatsorgan geschaffen. Es gab auch immer die Bemühungen, die politisch zuverlässigen Kader entsprechend zu qualifizieren, um sukzessive – vor allen Dingen in den fünfziger Jahren – die zuerst politisch Zuverlässigen, die schnell in die Apparate hereingefloßt wurden und dann doch fachlich nicht geeignet waren, durch bessere, jüngere Leute zu ersetzen; wie Ulbricht immer so sagte: „Der goldene

Fonds unserer Intelligenz, wenn der erst mal erzogen ist in unserem Sinne, dann haben wir viele Probleme nicht mehr.“

Zur Frage „MfS und Kaderarbeit“: Es war so, daß der Parteiapparat das Ministerium für Staatssicherheit in dieser Frage beherrscht hat. Wir haben auch die Nomenklatur der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, und dort sind sie drin, das heißt, da wird auch der Minister für Staatssicherheit an dritter Stelle aufgeführt in seiner Position hinter den Ministern für Nationale Verteidigung und des Innern. Es gibt dann eine umfängliche Kontrollnomenklatur, in der wird gar nicht unterschieden zwischen diesen drei Bereichen, sondern die werden pauschal – 95 Leiter von Hauptverwaltungen – aufgeführt. Sie haben hier aber auch die Kaderakten geführt, und der Prozeß der Berufung eines MfS-Generals begann tatsächlich mit seiner Vorstellung bei der Abteilung für Sicherheitsfragen.

Zur Frage „Stalin, Lenin, Kaderpartei“, was ist überhaupt der Anteil von Stalin: Natürlich sind die Bolschewiki sozusagen aus der konspirativen Arbeit gekommen. Sie haben nach bestimmten Regeln gearbeitet und gekämpft, und der Gedanke an sich war der, über eine Elite, eine kleine elitäre Partei, eine große Krise auszunutzen und selbst zur Macht zu kommen. Vor 1914 saßen nicht bloß die Bolschewiki, sondern auch andere kleinere Gruppen in Europa da und warteten, daß nun endlich die Krise kommt, die hatte ja Engels vorausgesagt. Ob sie dann schon so etwas wie eine interne Nomenklatur hatten, das weiß ich jetzt nicht, das kann ich nicht beantworten. Aber Nomenklatur ist meines Erachtens auch an den Zeitpunkt gebunden, wo die Partei aus ihrer Enge zur Macht heraustreten muß, wo sie beteiligen muß, sie kann ja das Land nicht allein regieren. Dieser Punkt wird eigentlich erst unter Stalin erreicht. Da stellt sich die Frage, wie geht es denn nun weiter? Die anderen Länder Europas sind nicht nachgefolgt mit Revolutionen, man ist allein, entwickelt die Planwirtschaft und die Kadernomenklaturen. Das sind feste Essentials, das ist, wenn man so will, Stalinismus. Das ist die Antwort auch darauf, daß man allein geblieben ist. Daß bei Stalin bei dem Einfall, die Nomenklaturen aufzubauen, die Tatsache, daß er Priesterschüler war, nicht ganz unbeteiligt gewesen sein mag, das möchte ich nicht in Abrede stellen. Aber man kann das auch nachlesen bei Voslensky. Das Buch ist vielleicht ein bißchen in Vergessenheit geraten: „Nomenklatura – Die herrschende Klasse der Sowjetunion.“ Da beschreibt er diesen Zeitpunkt. Stalin hat zunächst erst einmal den internen Apparat, dem er vorstand, aufgebaut und gegen die alten Bolschewiki eingesetzt. Die hatten nicht so viele ruhmreiche Traditionen wie die alten Bolschewiki, sie wollten aber auch was werden, und die sind ihm gefolgt.

Dann die Frage zu den Blockparteien: Das kann ich im einzelnen nicht beantworten. Ich habe sogar schon gehört, die Blockparteien sollen selbst Nomenklaturen geführt haben, aber das weiß ich jetzt nicht, ich kenne da keine Akten. Es ist ja ein interessanter Gedanke, der hinter dem Nomenklatursystem steht, daß eigentlich vorwiegend Berufungs- und Wahlfunktionen anderer Parteien und Organisationen durch die SED bestimmt werden. Die DDR weist außer-

lich viele demokratische Elemente auf, wenn ich in die Verfassung schaue. Sie hat gewählte Gemeindevertretungen, sie hat Räte der Kreise, sie hat Räte der Bezirke, sie hat eine Volkskammer – es ist alles da, aber im Prinzip funktioniert es so, wie es Ulbricht immer gesagt hat – es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles unter Kontrolle haben. Dieses alles unter Kontrolle zu haben, das haben eben die Nomenklaturen gewährleistet, die man natürlich erst mal aufbauen mußte. Bei einer Veranstaltung – ich führe das jetzt hier an, weil es ein schönes Beispiel ist – habe ich auch in Berlin über dieses Problem gesprochen, und da hat sich dann jemand aus dem FDGB-Apparat gemeldet und hat gesagt: „Naja, in dieser Wendephase, die hatten große Schwierigkeiten, da sagten alle, wir müssen den Harry Tisch abwählen. Und der Vorstand hat das abgelehnt, das ginge nicht, Harry Tisch kann man nicht abwählen, er ist Nomenklaturkader des ZK der SED.“

Zur Frage nach den Bestätigungsverfahren: Das kann ich nicht vollständig beantworten, das kann man nur an einem Beispiel vielleicht nachvollziehen, also wie etwa ein Minister bestätigt wird. Der Vorsitzende des Ministerrates macht den Vorschlag, legt die Personalakte bei, und dieses ganze Paket geht ins ZK in 35 Ausfertigungen, so daß jeder Bereich dort reinsehen kann. Das wird dann je nach den Gremien unterschiedlich gewesen sein, das heißt, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes hat seinen Kandidaten dann auch zur Vorlage beim 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED eingereicht.

Zur Frage „Kaderaktenvernichtung“: Ich will jetzt keine Schleichwerbung machen, ich habe einen kleinen Artikel veröffentlicht im Heft 1/1996 der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, und dort habe ich über VS-Archive, also Verschlusssachenarchive in der DDR, geschrieben. Das ist der Tunnel, durch den man zu den Nomenklaturen kommt. Hier stellt sich dann auch das Problem der Vernichtung von Akten. Es ist so, daß die Archivierungsbestimmungen für Staats- und Dienstgeheimnisse – ab 1986 gibt es nur noch Staatsgeheimnisse, es gibt kein Dienstgeheimnis mehr – so ausgelegt sind, daß die VS-Stelle, also die Verschlusssachenstelle, eine Globalgenehmigung zur Kassation von Unterlagen hat. Das heißt auch, das Netz der „normalen“ Archive ist ausgeklammert, die bekommen die sogenannten „offenen“ Archive. Es gibt dieses große umfängliche Netz von Verschlusssachenarchiven, und in das gehen dann auch diese Kaderakten ein, und die VS-Archive haben natürlich dann die globale Berechtigung zur Vernichtung. Wir können konkret – das sind Zufallsfunde, wenn wir das finden – Anweisungen finden an VS-Stellen oder an Kaderabteilungen – sofort, umgehend sind die und die Akten zu vernichten. Ich habe so ein Dokument dabei, falls es jemanden interessiert. Da werden sogar die Listen der Parteibeiträge zur Vernichtung angewiesen. Aber im großen systematischen Maßstab ist das leider nicht nachweisbar. Wir haben zwar Unmengen von Akten übernommen, aber uns fehlt erstens immer noch ein bißchen der Überblick, weil es nicht so viele Archivare gibt, und es ist auch ein Geldproblem usw.. Es ist außerdem so, daß wir durch die vielen Anfragen, die wir tagtäglich bekommen, wiederum keine Zeit haben, systematisch heranzugehen, und daß zudem große Aktenberge abgegeben worden sind. Ein ganzer

Staat, ein großer Staatsapparat ist zusammengebrochen 1989/90. Die archivalische Überlieferung wurde binnen weniger Monate ins Bundesarchiv, für den Staatsapparat jedenfalls, gebracht.

Es gibt diese letzte gültige Kaderaktenanordnung von 1977, die dann außer Kraft gesetzt wurde, die habe ich genannt. Ich habe sie auch in Kopie dabei. Da steht dann drin, was sich in einer solchen Kaderakte zu befinden hat. Und es ist tatsächlich so – wenn man das vergleicht mit dem, was dem Werktätigen 1990 vorgelegt wurde bzw. was übrig ist, dann fehlen Teile. Es gab grob zwei Teile einer Kaderakte, den aktuellen und den chronologischen. Der chronologische Teil war der weitaus größere, da waren Einschätzungen drin usw.. Bei Nomenklaturkadern bestand generell die Möglichkeit – und die wurde auch genutzt – zum Führen einer Charakteristik – so der Ausdruck in den fünfziger Jahren –, später wurde dann das Wort „Dossier“ daraus, zu Nomenklaturkadern wurden die geführt. Und da ist wahrscheinlich – heute spricht ja noch jemand darüber, hoffe ich – der Anteil des Ministeriums für Staatssicherheit auch zu verifizieren.

Nachfrage **Abg. Tilo Braune (SPD)**: Gab es eine systematische Säuberung der normalen Kaderakten von „Otto Normalverbraucher“?

Dr. Matthias Wagner: Man müßte den Beschlußtext dazu vorlesen, den habe ich jetzt aber nicht dabei. Die Bestimmung war etwa, daß der Werktätige gemeinsam mit dem Kaderleiter, der ihm das vorlegt, die Akte sichten und Teile entnehmen konnte, die ihm dann zur persönlichen Verfügung zu übergeben waren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Aus der bis dahin unberührten Akte?

Dr. Matthias Wagner: Ja.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ausstehend noch Antworten zu russischen Akten und zur Erbllichkeit.

Nachfrage **Sv. Karl Wilhelm Fricke**: Der zweite Teil meiner Frage war, inwieweit Erkenntnisse aus der sogenannten inoffiziellen Arbeit des MfS in den Entscheidungsprozeß der Kaderpolitik einfließen?

Dr. Matthias Wagner: Sicher, das ist auf jeden Fall anzunehmen. Es gab zwischen dem MfS und der SED keine Schwierigkeiten. Wenn der SED etwas unklar war, dann nahm der Funktionär den Hörer und verband sich mit dem MfS und sagte: „Besorg mir mal über den ein paar Informationen.“ Da gab es sicher keine Schwierigkeiten.

Eine weitere Frage war: Konnte man sich dem Nomenklatursystem verweigern? Wer zum Nomenklaturkader vorgeschlagen wurde, war ja kein Unbekannter, der war schon einen langen zielstrebigem Weg gegangen. Er war Nachwuchskader, war Reservekader. Die Situation des Nomenklaturkaders ist eine sehr passive. Das kann man in der „Insider“-Literatur oft genug lesen. Also da schreibt jemand: „Ich wurde in das Zimmer zum Genossen sowieso geru-

fen, und der sagte dann zu mir: 'Du übernimmst ab morgen das Institut für sowieso.', Dann zierte er sich ein bißchen und sagt: „Ach naja, bin ich da nicht noch zu jung und zu unqualifiziert dafür?“ – Und dann sagt dieser erfahrene alte Genosse zu ihm: „Ich habe zu dir Vertrauen, die Partei auch.“ Das heißt, man wurde nicht Nomenklaturkader, weil man sich darum bewarb, sondern man wurde Nomenklaturkader, weil man angesprochen wurde. In den Vorlagen, soweit wir noch welche nachweisen können (wir haben ein paar Vorlagen zu ausgeschiedenen Nomenklaturkadern, das heißt, sie sind vor 1989 gestorben, dort können wir das ein bißchen nachvollziehen), steht zum Schluß manchmal – nicht immer – der Satz: „Der Sowieso ist mit dem Vorschlag einverstanden.“ Also, es waren keine Unbekannten, man kannte sie, und ich würde sagen, auch die Bearbeitung unmittelbar durch das MfS, dessen kritische Begutachtung, hatte er im Prinzip beim Übergang zum Reservekader wahrscheinlich hinter sich. Dann war er bewährt, dann war er erprobt, dann war er treu. Und wenn ich z.B. die erwähnte Analyse mir anschau, dann steht am Anfang ein geradezu pittoresker Satz – schade, ich habe jetzt mein Manuskript nicht hier –, die Nomenklaturkader haben Vertrauen zum Zentralkomitee – ich versuche jetzt zu zitieren – „und genießen das Vertrauen ihres Generalsekretärs, Erich Honecker.“

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Könnten Sie nochmal etwas zu der Frage russischer Akten sagen und zu der Erbfolge?

Dr. Matthias Wagner: Also, wie das rübertransportiert worden ist, kann ich nicht beurteilen, das muß wahrscheinlich schon in der Emigration gewesen sein. Ich nehme an, daß man bereits im Zweiten Weltkrieg solche Ansätze und Schulungen usw. gemacht hat. Ich kann zum Ausbildungsprogramm dort nichts sagen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Also für Komintern und Kriegszeit ist das alles halbwegs belegt. Aber das Problem ist ja, nachdem die DDR konstituiert ist, hält sich die SED bis 1987 dran, daß ihre führenden Kader im Partei-, im Militär- und im Sicherheitsbereich alle, bevor sie in der DDR Kommandos übernehmen, sowjetische höchste Ausbildungsstätten durchlaufen. Die Frage, die dahinter steht, ist, welche Bedeutung gerade diese sowjetische Ausbildung für den letzten Sprung in der Karriere eines Nomenklaturkadern hat. Und nur als Fußnote zu dem, was Sie zu Pieck und anderen schon gesagt haben: 1945 sagte Pieck in Moskau in der Schulung, daß man, wenn sie an der Macht sind, eine besondere Form von Schulen einrichten muß, um Kader auszubilden, und er nannte als Vorbild, um so etwas zu machen, die Nachwuchseinrichtung, die die Nazipartei hatte. So etwas, dachte er, kann man für die KP übernehmen.

Dr. Matthias Wagner: Die Ausbildungsinhalte, die es dort in der Sowjetunion gegeben hat, können wir mit unseren Akten nicht nachvollziehen. Wir haben uns in erster Linie darum bemüht, das Nomenklatursystem überhaupt erst einmal sichtbar werden zu lassen. Eines ist allerdings in den Nomenklaturen

enthalten: Die Studenten, die von der Partei in die Sowjetunion geschickt wurden, sind Nomenklaturkader.

Die Frage mit der Erbfolge ist ein bißchen schwierig zu beantworten. Ich nehme an, daß der natürliche Vaterstolz sicher auch dem Kind eine angemessene Perspektive sichern wollte, und die konnte sehr unterschiedlich sein. Man konnte es zum MfS schicken, es gibt ja bekannte Fälle. Voslensky schreibt in seinem Buch, die Nomenklatura wird erblich. Vielleicht ist dafür die DDR nicht alt genug geworden, um das beantworten zu können, denn die Herren und die wenigen Damen sind ja nun alle weit übers Rentenalter hinaus im Amt geblieben. Sie haben für ihre Kinder gesorgt, das ist nachweisbar, die sind in gute Positionen gekommen, die wurden bevorzugt in die Sowjetunion geschickt zum Studium usw., also vor allen Dingen Kinder von höheren Parteifunktionären wurden bevorzugt beim Studium in der Sowjetunion.

Zur Frage nach den Privilegien: Ich glaube, das Hauptprivileg war es, Nomenklaturkader zu sein, man gehörte einer ausgewählten Elite an. Besonderen Stellenwert bei dem, was man so als Privilegien bezeichnen könnte, hatten erfahrungsgemäß die Altersversorgung und die Gesundheitsfürsorge, da sehr viele Ältere darunter waren. Quantitativ am stärksten besetzt mit Nomenklaturkadern war z.B. das Regierungskrankenhaus. In den Akten finden wir oft andere Privilegien, also die Urlaubsmöglichkeiten waren besser, die medizinische Betreuung war besser, die Bezahlung war besser –, das ist ja klar, wenn man die höheren Positionen hat, aber ich meine, in jedem Land geht es wahrscheinlich den oberen Zehntausend so schlecht nicht. Wir haben in den Akten leider auch wenig Nachweise über Privilegien. Ein einziges Schriftstück ist mir bisher aufgefallen, wo dieses Wort, aber nicht im Zusammenhang damit, fällt, und zwar ist das eine Analyse aus dem Bereich Ordnung und Sicherheit beim Ministerrat. Dort wird ein Diebstahl im „Nomenklaturverkauf“ gemeldet. Also zwei Flaschen Chateau und eine Flasche Mainzer Domherr waren entwendet worden aus dem Nomenklaturverkauf, und das wurde natürlich mit allen Schikanen untersucht, welcher – wahrscheinlich – Haushandwerker der Missetäter war.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Wagner. (Beifall) Wir bitten als nächsten um seinen Vortrag Herrn Professor Weiss, den Rektor der Universität in Leipzig.

Prof. Dr. Cornelius Weiss: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Bericht wird sehr viel weniger wissenschaftlich sein, als es der meines Vorredners gewesen ist. Es ist der subjektive Bericht eines Menschen, der an seiner Familie und sich selbst die Kehrseiten der Kaderpolitik erlebt hat. Zwei Vorbemerkungen: Zunächst einmal bin ich der Überzeugung, daß die sozialistische Kaderpolitik eine der Ursachen für den wirtschaftlichen und moralischen Niedergang der DDR war, denn sie war, das möchte ich vorwegnehmen, zumindest partiell eine negative Auslese. Die zweite Vorbemerkung sind einige Zitate. Ich habe in Vorbereitung auf diesen Abend in alten DDR-Wörterbüchern gestöbert. Dort wird als Kader definiert: „Ein planmäßig

herangebildeter Stamm von Personen, die an Vorbereitung, Formulierung, Ausführung und Kontrolle von Entscheidungen (*zu ergänzen ist – der SED*) maßgeblichen Anteil haben. Kader sollten sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen: Ergebenheit und Treue zur Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der SED, Bereitschaft, die Parteilinie durchzusetzen, Wachsamkeit gegenüber dem Klassenfeind und Unduldsamkeit, hervorragendes (*an fünfter Stelle*) politisches und fachliches Wissen (*das fachliche also an sechster*), ständiges Streben nach Vervollkommnung ihrer marxistisch-leninistischen Kenntnisse.“ Als Kaderpolitik wurde in diesem Lexikon definiert „die Gesamtheit der Prinzipien für die Auswahl, Erziehung, Verteilung und Kontrolle dieser Kader.“ Und ich stimme meinem Vorredner, Herrn Dr. Wagner, zu, diese Kaderpolitik erstreckte sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens in der DDR, also auf die SED selbst, selbstverständlich auf den Staatsapparat, auf die Wirtschaft, auf die Bildungs- und Forschungseinrichtungen, somit auch auf die Universitäten, auf die bewaffneten Organe. Sie erstreckte sich auf alle Massenorganisationen vom FDGB über FDJ, DTSB, DSF bis zum Kulturbund. Sie erstreckte sich auf die Wahlgremien, nicht nur auf die Volkskammer, sondern auch auf die Räte der Bezirke und Kreise und selbst auf die Elternbeiräte und Elternaktive in den Schulen, und sie erstreckte sich natürlich auch auf die Blockparteien.

Die Kaderarbeit ging nach meiner subjektiven Überzeugung von der zynischen Voraussetzung aus, daß durch genügend lange und intensive ideologische Gehirnwäsche jeder Mensch verbogen, nach dem SED-Jargon zur „allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit“ erzogen werden kann. Sie setzte daher schon im zartesten Kindesalter an. So gehörten in den staatlichen Kindergärten, die übrigens unter der Obhut des Ministeriums für Volksbildung standen, Themen zum Programm wie: „Wir lieben unser sozialistisches Vaterland, die DDR“, „Wir verehren die führenden Genossen der Partei“, das heißt natürlich der SED, oder „Wir bewundern die Soldaten der NVA, die auf Friedenswacht stehen“, das war vor allem um die Weihnachtszeit. All dies gehörte zum Erziehungsprogramm der Kindergärten. Inwieweit es realisiert wurde, weiß ich nicht, denn meine eigenen Kinder besuchten glücklicherweise einen kirchlichen Kindergarten. Auf jeden Fall erhielten die Kinder, wenn sie den Kindergarten verließen, eine Abschlußbeurteilung, die bei der Einschulung vorgelegt wurde. Genau mit der Einschulung begann dann auch der erste Teil der Kaderarbeit in folgenden Komponenten: Erstens wurde schon die Klassenzusammensetzung aufs feinste ausgetüfelt, bevor überhaupt der erste Schultag war, auf der Grundlage der eben von mir erwähnten Beurteilungen, auf der Grundlage der sozialen Herkunft und der SED-Mitgliedschaft der Eltern. Soziale Herkunft und SED-Mitgliedschaft der Eltern vermischten sich übrigens insofern, als ja längst Funktionsträger aus NVA, Volkspolizei, ABI und Partei zur sogenannten Arbeiterklasse gehörten. Zweiter Punkt der Kaderarbeit in den Schulen: Die Eltern, die der SED angehörten, wurden schon im Vorfeld aufgefordert, in das Klassenelternaktiv einzutreten. Andere, die sich bei der ersten Elternversammlung freiwillig meldeten, wurden bestenfalls geduldet, auf jeden

Fall hatten sie nicht den Vorsitz. Und es kamen erste Auswahlkriterien durchaus zur Anwendung: Das war der Eintritt in die Organisation der Jungpioniere in der zweiten Klasse, das war der Übergang – das allerdings weniger kritisch – zu den Thälmann-Pionieren. Ein weiteres Kriterium war, ob man Mitglied der FDJ wurde, und schließlich die Teilnahme an der Jugendweihe – ja oder nein – und/oder Konfirmation – ja oder nein.

Das war eine sehr schwierige Zeit für uns Eltern, denn wir waren zerrissen zwischen der Sorge einerseits, daß die Kinder der pausenlosen ideologischen Einwirkung erliegen würden oder, schlimmer noch, zwar nichts glauben, aber trotzdem so reden, also Opportunisten werden könnten, und andererseits der Angst, daß unsere Kinder durch zu lauten Widerspruch auf sich aufmerksam machen könnten, daß sie dadurch frühzeitig benachteiligt und möglicherweise isoliert werden. Ich habe sonst nie ins Kopfkissen geweint in der DDR, aber in der Zeit, als meine Kinder in der Schule waren, haben wir das gemacht, meine Frau und ich, denn wir fragten uns voller Verzweiflung, ob wir überhaupt das Recht hatten, unsere Kinder durch die Vermittlung bestimmter Ideale und Anhalten zu kritischem Denken in Widerspruch zur herrschenden Gesellschaftsordnung zu bringen.

Die erste Kaderentscheidung fiel in der achten Klasse, da ging es nämlich um die Delegation zur Erweiterten Oberschule (EOS) – das ist das Gymnasium in der DDR gewesen –, da hatten ideologische Kriterien schon Vorrang. Ich darf das an einem Beispiel aus meiner Familie erläutern. Meine Tochter war Klassenbeste – Notendurchschnitt 1,1. Sie kam nicht zur EOS, dafür aber sieben andere Knäblein und Mägdelein, die entweder Berufsoffiziere oder -offizierinnen der NVA werden sollten, oder, und vor allem, weil die Eltern Funktionäre in verschiedenen Staats- und Parteiorganisationen waren. Ich erinnere mich, da waren der Vorsitzende der Arbeiter-und-Bauern-Inspektion des Bezirkes Leipzig und noch so ein paar, deren Kinder kamen zur EOS – meine Tochter nicht. Was für verheerende Wirkungen das auf ein Kind in der Pubertät hatte, kann sich jeder ausmalen. Ich komme nachher noch darauf zurück, weil das auch gefragt wird, wie man dagegen einwirken konnte.

Es gab, das möchte ich bei dieser Gelegenheit erwähnen, spezielle Kaderschmieden schon in diesem Alter, das waren die Spezialschulen, zuerst die Kinder- und- Jugendsportschulen, später die R-Schulen, ab 1975 etwa auch Mathematik-, Chemie- und Physik-Sonderspezialschulen. Das Abitur war im Gegensatz zu dem, was viele glauben, keine Kaderentscheidung. Wer einmal auf der EOS war, machte auch, wenn er nicht allzu dumm war, das Abitur, und ihm war dann auch ein Studienplatz sicher, denn das war Teil der Planwirtschaft. Allerdings die Studienrichtung, die Fächerauswahl war durchaus eine Sache schon wieder der Kaderentwicklung, denn hier spielte die Schule mit, und wenn die Schule in die Beurteilung schrieb – „Der Junge ist nicht für ein Medizin- und Physikstudium geeignet.“ – dann wurde das so akzeptiert. Es gab auch das Strafstudium. Junge Leute, die in der Schule negativ aufgefallen waren, etwa durch ein vorlautes Mundwerk im ML-Unterricht – Staatsbürger-

kunde hieß das – oder bei anderer Gelegenheit, denen wurde nahegelegt, möglicherweise doch genau Marxismus-Leninismus zu studieren.

Hauptinstrument der Kaderarbeit unter den Studenten an der Universität waren die sogenannten Seminargruppen. Das waren Gruppen von 10 bis 20 Studenten, die gemeinsam studieren, möglichst auch ihre Freizeit zusammen verbringen sollten. Die Gruppen standen untereinander im „sozialistischen Wettbewerb.“ Wer nicht spurte, störte den „sozialistischen Wettbewerb“ und wurde dann möglicherweise von den anderen Mitgliedern der Gruppe diszipliniert. Die Zusammensetzung der Seminargruppen wurde – ähnlich wie die der Schulklassen – vorab festgelegt an der Universität, und zwar nach der Anzahl der SED-Genossen – das waren am Anfang meistens nur ein bis zwei pro Seminargruppe –, nach der sozialen Herkunft – wieder im oben beschriebenen Sinn –, nach der Beurteilung durch die Schule und, das muß ich nach meinen jetzigen Erkenntnissen vermuten, es sollte wohl immer ein IM der Staatssicherheit pro Seminargruppe möglichst dabei sein. Hier haben wir also so eine Verflechtung. Die Seminargruppe war identisch mit der FDJ-Gruppe. Als FDJ-Sekretär wurde meist ein Parteiloser von der Universität zur Wahl vorgeschlagen (der wurde dann auch meist gewählt, die kannten sich ja noch gar nicht), also ein Parteiloser, aber möglichst aus SED-Familie. Damit erreichte man zweierlei: Die ideologische Führung war gewährleistet, aber gut getarnt, und zweitens, wenn der junge Mensch, was nicht ausbleiben würde, irgendwann in die SED eintreten würde, wäre das ein gutes Beispiel für die anderen.

Die zweite Kaderentscheidung im Laufe eines jungen Lebens war nach Abschluß des Studiums die Frage, wird man Assistent an der Universität oder nicht. Dabei galten folgende Kriterien: *Conditio sine qua non* war, daß man sich bereit erklärt hatte, als Reserveoffiziersanwärter zu dienen, die sogenannte „ROA-Unterschrift.“ Mitglied der SED war günstig; die Studenten hatten das gemerkt, inzwischen hatte sich ihre Zahl auch meist von ein bis zwei auf zwei bis vier pro Seminargruppe verdoppelt. Gesellschaftliche Arbeit wurde gefragt, Beteiligung am FDJ-Studienjahr und selbstverständlich fachliche Leistungen. Hier sind erste Konsequenzen übrigens der sozialistischen Kaderpolitik erkennbar. Jedermann kennt den normalen Zensuredurchschnitt der Studenten einer Gruppierung, die man zunächst mal beliebig aussuchen könnte. Man hat eine Gauß'sche Glockenkurve mit einer 2,5 als Maximum. Nach höheren oder schlechteren Noten geht das langsam runter, die Minima liegen bei 1 und 5. Ganz anders war die Zensurenstatistik bei jungen Genossen, die ergab 2 Maxima, eines bei der Note 1 und eines bei der Note 3,5, dazwischen lag ein zusätzliches Minimum bei 2,3. Die Erklärung ist sehr einfach: In die SED strebten entweder junge Leute, die fachlich sehr gut und zugleich ehrgeizig waren und die merkten, daß man, wenn man etwas werden wollte, der SED angehören sollte, und in die SED strebten die fachlich zum unteren Drittel Gehörenden, die Luschen, die sich sagten, wenigsten den Bonbon am Revers tragen, wenn ich schon fachlich nichts bringe.

Je höher der Aufstieg in der wissenschaftlichen Hierarchie, desto wichtiger wurde die SED-Mitgliedschaft. Ende der siebziger Jahre war es die fast absolute Voraussetzung für eine Ordentliche Professur. Aus Alibigründen wurden meiner Kenntnis nach pro Jahr ein bis zwei Parteilose und drei bis vier Mitglieder von Blockparteien auf Ordentliche Professuren berufen. Beispiel Universität Leipzig 1989: Es wurden 20 Ordentliche Professoren berufen, sie waren alle Mitglieder der SED, es wurden drei Außerordentliche Professoren berufen, dazu gehörte auch ich, wir waren alle drei parteilos. Außerordentliche Professoren waren Titular-Professuren. Dies veranlaßte übrigens viele Wissenschaftler noch im reifen Alter von 50 Jahren, um Aufnahme in die SED regelrecht zu bitten. Vor diesen Konvertiten hatten wir, die Parteilosen, besondere Angst, denn sie waren ja wider besseres Wissen und mit genügend Lebenserfahrung in die SED eingetreten. Sie konnten es nur aus Karrieregründen getan haben, sie unterschieden sich also von denen, die wir gelegentlich als die „alten ehrlichen Genossen“ bezeichneten, vor denen man sich nicht fürchten mußte, ganz im Gegensatz zu diesen Konvertiten. Ergebnis der Kaderpolitik an der Universität Leipzig zum Oktober 1989: 90 Prozent aller Professoren waren Angehörige der SED, in den Geistes- und Sozialwissenschaften waren es deutlich über 90 Prozent. In den Wirtschaftswissenschaften, Geschichte, Philosophie, Recht und einigen anderen Fächern waren es praktisch 100 Prozent. Zum Leistungsprofil ist zu sagen, daß es analog dem war, wie ich es vorhin mit der Leistungskurve der Genossen beschrieb. Es waren einige fachlich Exzellente dabei, und es waren genauso viele dabei, die fachlich überhaupt nichts brachten. Den fachlich Exzellenten nützte es aber nichts, sie waren inzwischen korrumpiert und wurden Erfüllungsgehilfen der SED, sie wirkten bei allen Beschlüssen kritiklos mit, im Gegenteil, sie bemühten sich noch ganz besonders, vorbildlich zu sein, damit der Makel ihres späten Eintritts in die SED nicht gar zu auffällig würde. Die haben dabei mitgeholfen, die Wissenschaft in der DDR zu ruinieren, zum Beispiel bei der Abschaffung weitgehender Grundlagenforschung und ihrer Überführung hin zur Produktpflege. Sie haben mitgewirkt bei der Exmatrikulation junger Leute aus politischen Gründen, etwa aus der Studentengemeinde, sie haben freudig mitgewirkt, als es um die Sprengung der Universitätskirche in Leipzig ging. Die fachlich exzellenten oder fachlich guten Parteilosen – das war ziemlich egal – blieben in der Regel akademischer Mittelbau, das heißt, sie wurden bestenfalls Oberassistenten und Dozenten. Das hatte Nachteile für sie, sie bekamen keine Mitarbeiter, sie hatten keinen Einfluß, beispielsweise konnten sie nie in die Sektionsleitung aufrücken, bestenfalls als Stellvertreter für Forschung – das war ideologiefiern –, und sie wurden in der Regel auch nur unter sehr viel schwierigeren Umständen Reisekader und dann ganz gewiß – da gab es verschiedene Kategorien – der allerschlechtesten Kategorie. Mit anderen Worten, sie hatten eine geringere wissenschaftliche Entfaltungs- und Entwicklungschance.

Zur Zeit der Wende konnte man beobachten – nach dem bisher Gesagten völlig verständlich –, daß die Herren und Damen Professores schön zu Hause blieben während der Demonstrationen. Es waren einige wenige, die Zivilcou-

rage hatten. Die wesentlichen Impulse zur Demokratisierung und Erneuerung der Universität gingen, ebenso logisch, nicht von den Hochschullehrern aus, sondern vom akademischen Mittelbau. Nachdem die DDR sang- und klanglos abgetreten war, bemühten sich die etablierten Professoren sehr intensiv um demokratische Mäntelchen teils verbal, teils dadurch, daß sie sich durch nicht legitimierte Gremien das Vertrauen aussprechen ließen. Im übrigen nutzten sie ihre alten Kontakte aus Reisekaderzeiten, entfalteten eine rege Reisetätigkeit und versuchten mit Drittmittelwerbung und anderem, ihr Reich zu betonieren. Es war ganz klar, daß das so nicht bleiben konnte. Die Universitäten, die Hochschulen generell erstarrten. Es wurde die Notwendigkeit personeller Erneuerung immer klarer. Einen Impuls dazu gab der berühmte Abwicklungsbeschluß in allen östlichen Bundesländern etwa um die Jahreswende 1990/91, mit dem besonders ideologieverstrickte Fakultäten, Institute oder Sektionen – so hieß es bei uns – geschlossen wurden. Das bedeutet natürlich nicht, daß in den Naturwissenschaften, in der Medizin und in den Technikwissenschaften die Leute im Durchschnitt weniger verstrickt waren, aber dort war es nicht so offenkundig gewesen, diese Fächer sind eben etwas ideologiefreier. Es war deswegen notwendig, daß auf Grundlage entsprechender Gesetze, die in allen Ländern von den Landtagen auch verabschiedet wurden, eine gewisse personelle Erneuerung, ein Elitenwechsel stattfand. Wir haben stets gesagt, daß die Abwicklung nicht das beste Beispiel dafür ist, denn das war eine Rasenmähermethode. Wir sind ein Rechtsstaat, wir wollten das gerne auf rechtsstaatlicher Grundlage mit Einzelfallprüfung. Das erlaubte das Gesetz. Die dafür zuständigen Gremien hießen Personalkommission und Fachkommission, ich brauche das nicht auszuführen, das hat oft genug in den Zeitungen gestanden.

Im Ergebnis kann man feststellen, daß heute an den sächsischen Hochschulen etwa 30 Prozent des Hochschullehrerbestandes bereits Hochschullehrer zu DDR-Zeiten waren, also Professoren. 40 Prozent sind aus den alten Bundesländern berufen worden, und knapp 30 Prozent sind Leute aus dem akademischen Mittelbau, die durch die Neuausschreibung der Professuren eine späte Chance erhielten und in manchen Fällen nutzen konnten. Ich muß aber dazu sagen, daß diejenigen, die durch diese sozialistische Kaderpolitik Nachteile erlitten haben, die also trotz fachlicher Exzellenz nichts werden durften, nicht in jedem Fall volle Genugtuung erfahren konnten. Wir haben uns bemüht um die Rehabilitierung. Ich hatte dieser Sache mein Hauptaugenmerk gewidmet, wir haben über 100 ehemalige Studenten oder exmittierte Wissenschaftler finden können, die aus politischen Gründen politisches Unrecht hinnehmen mußten. Wir konnten sie im Grunde genommen nur moralisch rehabilitieren, in manchen Fällen durch eine Außerplanmäßige Professur, in manchen Fällen dadurch, daß wir sie ermutigten, sich bei den Ausschreibungen zu bewerben. Häufig war aber durch den Rausschmiß aus der Universität ein Karriereknick eingetreten, der irreparabel war. Sie waren eben nicht mehr in der Forschung, sie hatten den Literaturanschluß verloren und konnten mit den anderen Bewerbern, auch aus den alten Bundesländern, natürlich nicht konkurrieren. Dies ist so, und hier bleibt etwas, was nie wieder wird gutgemacht werden können. Es

setzt sich sogar – mein letzter Satz – ein wenig in die Gegenwart fort und in die Zukunft, denn diese Menschen werden auch in der Zukunft – ich denke jetzt an die Altersversorgung – Nachteile haben. Gestern ist beschlossen worden, daß bestimmte Kappungsgrenzen wohl wegfallen. Ich begrüße das für Ärzte, Ingenieure und andere Leute, die sich mit dem System in den DDR nicht allzusehr arrangiert hatten (die sogenannten I-Renten). Vollkommen vergessen worden sind die Menschen, die aus politischen Gründen an einer ostdeutschen Forschungsinstitution – Wissenschaftler also –, an einer Universität, einer Hochschule keine Karriere mehr machen konnten, erst nach der Wende berufen wurden, aber zu alt waren, um verbeamtet zu werden. Deren Rente berechnet sich nach ihrem Verdienst in DDR-Zeiten. Mein Gehalt war, als ich anfang, 495,- Mark (Ost), Tarif „Übrige Chemie“, meine Frau hatte 190,- Mark als Fotolaborantin. Sie können sich ausrechnen, daß genau diese Menschen eine deutlich geringere Rente erhalten werden nach den Regeln der BfA als die, die schon seit 20 Jahren, also etwa seit den siebziger Jahren, Professoren waren und das möglicherweise auch erkaufte hatten mit bestimmten Kompromissen, die aus meiner Sicht ein anständiger Mann nicht eingeht. Vielen Dank. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Weiss. – Wir bitten jetzt Herrn Professor Kiel.

Prof. Dr. Siegfried Kiel: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich bin gebeten worden, zu dem Thema „Umsetzung kaderpolitischer Konzeptionen in der Lehrerbildung an DDR-Hochschulen“ etwas zu sagen. Das Thema ist also etwas eingegrenzter. Ich bin von Haus aus Lehrer und Erziehungswissenschaftler, komme aus dieser Sicht zu diesem Thema, bin also nicht Spezialist auf dem Gebiet der Kaderpolitik. Ich versuche, mich aus meiner Sicht dem Thema zu nähern.

Wenn ich am Anfang etwas Historisches sage – ich bin kein Historiker –, dann hat das folgenden Grund: Ich bin bei meinen Recherchen, die alle recht kurzfristig zu machen waren, auf einen Beschluß gestoßen oder vielmehr auf einen Befehl. Am 6. Dezember 1945 brachte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland den Befehl Nr. 162 „über die Ausbildung von Lehrern“ heraus, und zwar, wie es hieß, zum „Zwecke der Demokratisierung der deutschen Schule in dem sowjetischen Besatzungsgebiet Deutschlands und zur Vorbereitung von Lehrern, die befähigt sind, die deutsche Jugend im Geiste der Demokratie zu erziehen.“¹ Dieser Befehl war gewissermaßen das Geburtsdokument für die Ausbildung Tausender Neulehrer im Osten Deutschlands. Zugelassen wurden zu dieser teils achtmonatigen, zum Teil kürzeren Ausbildung, wie es in einem Informationsblatt z.B. aus dem Kreis Güstrow, auf das ich gestoßen bin, vom 21. Dezember 1945 hieß: „Bewerber beiderlei Geschlechts im Alter von mindestens 18 Jahren aus den Schichten der antifaschistischen Be-

1 Aus dem Befehl Nr. 162 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Ausbildung von Lehrern, 6. Dezember 1945, in: Allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung. Dokumente und Materialien zur demokratischen Schulreform. Berlin 1981, S. 92.

völkerung mit Volks-, Mittel- und Oberschulbildung. Ehemalige Mitglieder der NSDAP, ehemalige Offiziere der Wehrmacht und Leiter von HJ-Organisationen werden nicht zugelassen.“²

Ich habe nicht die Absicht – auch schon aus Zeitgründen –, mich wertend mit dem Thema „Neulehrer“ zu beschäftigen. Ich will nur sagen, daß dieser Beschluß und dessen Umsetzung, die Ausbildung Tausender Neulehrer ab 1946, eine ganz entscheidende Zäsur war im Osten Deutschlands im Sinne einer Erneuerung der Lehrerbildung. Um einen zentralen Begriff der heutigen Veranstaltung aufzugreifen – es war sozusagen die erste grundlegende kaderpolitische Entscheidung im Bereich der Lehrerbildung im Osten Deutschlands, der dann bald andere folgten. Ich nenne jetzt einige Daten über die weitere Entwicklung in kurzen Zügen. Im Jahre 1946 kam es an den Universitäten zur Gründung der Pädagogischen Fakultäten. In Potsdam wurde im Jahre 1948 die Gründung der ersten Pädagogischen Hochschule vollzogen. Anfang der fünfziger Jahre kam es nach sowjetischem Vorbild zur Schaffung eines sogenannten „neuen Typs“ von Lehrerbildungsstätten, zum Aufbau der Pädagogischen Institute (der späteren Pädagogischen Hochschulen) sowie der Institute für Lehrerbildung.

Die im Jahre 1953 vollzogene Gründung der Pädagogischen Institute hatte, so mein Einblick in diesen Vorgang, im wesentlichen zwei Hintergründe. Zum ersten galt es, neue institutionelle Möglichkeiten für die Lehrerbildung zu schaffen. Der Bedarf an möglichst gut ausgebildeten Lehrern war groß und konnte offensichtlich von den Universitäten allein nicht gedeckt werden. Zweitens war aber die Absicht der SED unverkennbar, einen größeren und direkten Einfluß auf die Lehrerbildung und den Einsatz der in ihr wirkenden Kader zu gewinnen. Dieser Einfluß war an den Universitäten zum Teil eher nur vermittelt gegeben bzw. schwerer zu realisieren.

Systematisch gesehen, meine Damen und Herren – das sage ich jetzt auch nur in groben Zügen, vielleicht mit dem Jahr 1965 als Zäsur, als das Gesetz über das sogenannte einheitliche sozialistische Bildungssystem verabschiedet wurde –, war die Lehrerbildung wie folgt in der DDR organisiert:

1. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für die Unterstufe erfolgte an den Instituten für Lehrerbildung. Diese Institute waren auf der Fachschulebene angesiedelt. Voraussetzung für die Aufnahme war der Abschluß der zehnklassigen Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule, wie es hieß. Es gab aber – ich füge das kurz ergänzend hinzu – am Ende der DDR die Vorstellung, die Zahl der oft sehr kleinen Institute für Lehrerbildung zu konzentrieren und zu reduzieren, sie den Pädagogischen Hochschulen anzugliedern, um schrittweise den Übergang zur Hochschulausbildung auch der Unterstufenlehrer zu vollziehen. Das war Absicht, ist belegbar, aber dazu ist es aus den bekannten Gründen dann nicht mehr gekommen. Das war sozusagen angedacht, aber nur

2 Wer will Lehrer werden? Informationsblatt. Güstrow, den 21. Dezember 1945, in: Allen Kindern das gleiche Recht, S. 96.

erste Schritte sind eingeleitet worden, auch im Raum Halle, aber es ist nicht mehr voll wirksam geworden.

2. Die Ausbildung der sogenannten „Diplomlehrer der Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschulen“ erfolgte in einem vier-, später dann in einem fünfjährigen Studium (fünf Jahre ab Beginn der achtziger Jahre) an den Universitäten und an den Pädagogischen Hochschulen. Das Studium an einer Pädagogischen Hochschule – es gab neun in der DDR – war dem Lehrerstudium an einer Universität bzw. einer Hochschule gleichgestellt. Ich füge vollständigkeitshalber hinzu, daß die Ausbildung von Berufsschullehrern und von Lehrern für die Sonderschulen an einer Reihe von Universitäten und Hochschulen erfolgte, und ich füge weiter hinzu, daß auf zwei Profile der Lehrerbildung noch hinzuweisen ist, die nur an der Universität Leipzig existierten: nämlich die Ausbildung von Fremdsprachenlehrern für die Erwachsenenbildung und auf die Studienrichtung „Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus.“

Von daher, meine Damen und Herren, habe ich nun versucht, mich dem Zusammenhang „Kaderentwicklung und Lehrerbildung“ so zu nähern, daß ich mir sage, es gibt offensichtlich eine Schrittfolge, die man sich wie folgt vorstellen kann:

1. Kader werden vorbereitet und ausgewählt.
2. Kader werden qualifiziert, sie werden ausgebildet.
3. Kader werden nach dem Erwerb von Qualifikationen entsprechend dem verfolgten Zweck eingesetzt und gesellschaftlich wirksam.

Ich will die in der DDR dominierenden Begriffe dafür verwenden, also erstens Zulassung und was ihr vorausging, zweitens Ausbildung, also Lehrerbildung, und drittens Absolventenlenkung, Absolventeneinsatz.

Zur Zulassungspolitik: Hier muß meines Erachtens zuallererst die Aussage stehen, daß für die Zulassung zum Lehrerstudium genau die Prämissen galten, wie sie generell für die Aufnahme an eine Universität oder Hochschule zutreffend waren: erstens – so jedenfalls die offizielle Intention – der durch Planzahlen (Plan der Zulassungen) prognostizierte künftige Bedarf an Lehrern für die verschiedenen Fachkombinationen und die verschiedenen Bezirke. Das war die Theorie. So hatte man bestimmte Vorstellungen, was eine Planzahl aussagt. Zweitens die „Berücksichtigung“, wie es in einer entsprechenden Rechtsvorschrift hieß, der „sozialen Struktur der Bevölkerung“;³ man wollte verhindern, so die offizielle Intention, daß sich die Intelligenz sozusagen aus sich selbst reproduziert, weshalb die Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern einen beträchtlichen Stellenwert erhielt. Ich füge sofort in Klammern hinzu, daß diese Förderung in den letzten zwei Jahrzehnten der DDR infolge des sozial-demographischen Wandels immer problematischer wurde, sie also immer

3 Vgl. Anordnung über die Bewerbung, die Auswahl und Zulassung zum Direktstudium an Hoch- und Fachschulen, in: Hoch- und Fachschulbildung. Rechtsvorschriften für Studenten, hrsg. vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1987, S. 13.

mehr von Problemen behaftet gewesen ist. Wenn dazu Auskünfte gewünscht sind, gehe ich gern darauf ein. Und drittens sind das summarisch die leistungsmäßigen sowie die politisch-charakterlichen Voraussetzungen – Herr Weiss ist darauf eingegangen. Mit den Bewerbungsunterlagen war einzureichen, wie es offiziell hieß, eine „Einschätzung der Gesamtpersönlichkeit“, und diese Einschätzung war zu erarbeiten von der Schule in Zusammenarbeit mit der Freien Deutschen Jugend.⁴ Das war eine Rechtsvorschrift.

Für die Zulassung speziell zum Lehrerstudium läßt sich in zusammenfassender Form folgendes feststellen: Für die Mehrheit der künftigen Studenten war die Bewerbung, nach meiner Kenntnis und nach vielen Gesprächen, eine mehr oder weniger bewußte Entscheidung für den künftigen Beruf als Lehrer bzw. Fachlehrer. Man wollte Lehrer werden, jedenfalls in den meisten Fällen. Daß ein Teil der Studienanfänger – hier ist es schwer, Zahlen anzugeben – ursprünglich nicht Lehrer werden wollte, also „umgelenkt“ wurde, sei hier aber ebenso deutlich betont.

Das Hauptproblem bei der Zulassung von Lehrerstudenten bestand über viele Jahre hinweg darin, daß einerseits für bestimmte Fachkombinationen ein mehr oder weniger chronischer Bewerbermangel existierte – ich nenne vor allem die Fachkombinationen Mathematik/Physik und Polytechnik, zum Teil auch Russisch-Kombinationen –, während andererseits in bestimmten Fachkombinationen deutlich mehr Bewerber als Studienplätze vorhanden waren. Im Lehrerstudium besonders zu erwähnen sind hier als Beispiele die Kombinationen mit Biologie sowie Deutsch/Englisch.

Es wurden vor allen Dingen zwei Wege beschritten, um das genannte Zulassungsproblem zu lösen oder, sagen wir, zu entschärfen. Es wurden einerseits an Hochschulen bzw. an Außenstellen von ihnen sogenannte Vorkurse eingerichtet. So hatte etwa die Pädagogische Hochschule Halle einen solchen Vorkurs in der Stadt Dessau, um dort junge Leute in einem einjährigen speziellen Ausbildungsgang zur Hochschulreife zu führen, die dazu berechtigt hat – und nur dazu berechtigt hat –, in den Kombinationen Mathematik/Physik bzw. Polytechnik dann ein Lehrerstudium aufzunehmen. Und ich füge ergänzend hinzu, daß Vorkurse über Jahrzehnte hinweg in der DDR, vor allen Dingen im Hinblick auf die Vorbereitung von Abiturienten auf das Studium in technischen Fachrichtungen, einen beträchtlichen Stellenwert hatten.⁵ Andererseits gab es seitens der Universitäten, der Hochschulen Bemühungen, sogenannte Beauftragte einzusetzen, die sozusagen ausschwärmten ins Land an die Oberschulen, Werbungen durchführten, Gespräche führten mit den Schülern, um möglichst zu erreichen, daß letztlich die eingegangenen Studienbewerbungen und die Planziffern der Hochschulen mehr oder weniger übereinstimmen. Es gab dazu einen mehr oder weniger festen Personenkreis über Jahre hinweg,

4 Ebd., S. 14.

5 Vgl. Anordnung über die Durchführung von Vorkursen für junge Facharbeiter zum Erwerb der Hochschulreife an Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Januar 1982, in: Hoch- und Fachschulbildung. Rechtsvorschriften für Studenten, a. a. O., S. 24 ff.

zum Teil im eigenen Bezirk, aber auch über den eigenen Bezirk hinaus. „Tage der offenen Tür“ taten ein weiteres.

Auf diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, könnten vielleicht zwei Aussagen nicht mehr allzu überraschend sein:

1. Im Unterschied zu einigen anderen Studienrichtungen (etwa Medizin, Biologie, Pharmazie) war die Zahl der Ablehnungen von Studienbewerbern für das Lehrerstudium relativ gering. Wie mir ein langjähriger Direktor für Studienangelegenheiten an einer Pädagogischen Hochschule versicherte, habe diese Zahl – ich war selbst überrascht, ich habe sie ganz aktuell von ihm erfahren – unter 5 Prozent gelegen. Ich will ausdrücklich in Klammern hinzufügen, daß das aber an anderen Hochschulen anders gewesen sein mag.
2. Wer in der DDR willens war, Lehrerin bzw. Lehrer zu werden – und nun füge ich hinzu – und bereit war, die politisch-gesellschaftlichen und inhaltlichen Bedingungen eines Lehrerstudiums zu akzeptieren oder hinzunehmen, wurde in der Regel auch Lehrerstudientin bzw. Lehrerstudent, aber nicht immer in der gewünschten Fachkombination, nicht immer zum gewünschten Zeitpunkt. Eine solche generalisierende Aussage könnte ich für eine Reihe anderer Studienrichtungen (z.B. Medizin) absolut nicht treffen.

In Kenntnis des Themas der heutigen Veranstaltung und der uns übergebenen Fragen war ich nun bei meinen Recherchen und Gesprächen bemüht, der Frage nachzugehen, ob es im Zusammenhang mit Zulassungen zum Lehrerstudium besondere kaderpolitische Einwirkungen, z.B. durch die SED, gegeben hat.

Ich erkläre ohne Umschweife, daß ich – vor allem in Anbetracht der begrenzten Zeit, die mir für meine diesbezüglichen Recherchen zur Verfügung stand – diese Frage heute nicht mit letzter Sicherheit beantworten kann. Nach meinem derzeitigen Erkenntnisstand hat es bei der Zulassung in den meisten Fachkombinationen – ich komme gleich auf Ausnahmen – des Lehrerstudiums keine von der allgemein üblichen Praxis abweichenden Regulierungen oder speziellen Einwirkungen gegeben. Andererseits galt – und nun komme ich auf einen solchen Punkt – gerade der Zulassung künftiger Staatsbürgerkundelehrer, ihrer Ausbildung und dann ihrem späteren Wirken die besondere Aufmerksamkeit der SED und staatlicher Stellen. So nennt etwa auf einer „Zentralen Direktorenkonferenz“ im Jahre 1981 die damalige Ministerin für Volksbildung, Margot Honecker, einen vom Sekretariat des ZK der SED gefaßten Beschluß unter der Überschrift „Zur Erhöhung der Qualität des Staatsbürgerkundeunterrichts und der politischen Arbeit mit den Staatsbürgerkundelehrern nach dem X. Parteitag der SED.“⁶ Es hat solche Beschlüsse gegeben, ganz spezifisch auf das Fach und die Lehrer der Staatsbürgerkunde zugespielt. Zwei Fakten sind noch zu nennen: Für die Zulassung in der „Grundstudienrichtung Diplomaltehrer für Marxismus-Leninismus“ galten spezielle Voraussetzungen, und es gab für

6 Vgl. Margot Honecker: Referat auf der Zentralen Direktorenkonferenz in Karl-Marx-Stadt, 10. bis 12. Mai 1981, in: Hoch- und Fachschulbildung. Rechtsvorschriften für Studenten, a. a. O., S. 121 f.

ganz bestimmte Studienrichtungen, und zwar für, wie es in einer Rechtsvorschrift hieß, Studenten der „Fachrichtungsgruppe Oberschullehrer für Staatsbürgerkunde“ und „Grundstudienrichtung Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus“, die eine mindestens dreijährige praktische Tätigkeit nachweisen konnten, ein erhöhtes Grundstipendium, damit eine verbesserte finanzielle Ausstattung.⁷

Zur Ausbildung der Lehrer selbst nur zwei Bemerkungen. Die eine ist folgende: Das, was sich in einer kritischen Analyse der Hochschulbildung generell in der DDR zeigte (ich habe in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Das Hochschulwesen“ im Jahre 1991 dazu meine Sicht der Dinge entwickelt), die dort nachgewiesenen Gegebenheiten, auch Defizite, kann man genauso im Lehrstudium und in der Ausbildung selbst nachweisen. Also etwa dieser Zentralismus, begründet mit der „führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei“ sowie mit gesamtgesellschaftlicher Planung, zeigte sich ebenfalls bei der Konzipierung und Gestaltung akademischer Bildung und insbesondere in der Lehrerbildung in einer spezifischen Form. In dem bereits genannten Bildungsgesetz von 1965 hieß es klar und unmißverständlich: „Der Minister für Volksbildung bestimmt die Grundsätze für die Lehrer- und Erzieherausbildung und bestätigt die Studienpläne.“⁸ Obwohl es zwischen den Ministerien für Volksbildung sowie für Hoch- und Fachschulwesen sogenannte gemeinsame „Zentrale Fachkommissionen“ und andere gemeinsame Gremien gab, war es in der Praxis so, daß alle wesentlichen Fragen der Lehrerbildung durch das Ministerium für Volksbildung und nicht durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen entschieden wurden. Im Ministerium für Volksbildung existierte eine Hauptabteilung Lehrerbildung und wirkten ein für diesen Bereich zuständiger stellvertretender Minister sowie über zweieinhalb Jahrzehnte hinweg eine Ministerin, die auch für die Lehrerbildung stets die „Grundrichtung“ vorgegeben hat.

In diesem Zusammenhang soll auf die Tatsache verwiesen werden, daß dem Ministerium für Volksbildung ja alle Pädagogischen Hochschulen und – vermittelt über die Räte der Bezirke, Abteilung Volksbildung – die Institute für Lehrerbildung und die Pädagogischen Schulen für Kindergärtnerinnen unterstellt waren. Dies war selbstverständlich mit kaderpolitischen Konsequenzen verbunden, z.B. auch im Hinblick auf die Anleitungen, Schulungen sogenannter „leitender Kader“ im Volksbildungssystem.

Versucht man nun, die Ausbildung selbst mit wenigen Sätzen zu charakterisieren, würde ich sagen: Wenn man diese Lehrerbildung wie überhaupt die Hochschulbildung in der DDR sich vergegenwärtigt, dann gehörten eben die soge-

7 Vgl. Anweisung Nr. 17/1981 über die Stipendienzahung an Studenten der Grundstudienrichtung Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus und der Fachrichtungsgruppe Oberschullehrer für Staatsbürgerkunde vom 16. Juli 1981, in: Hoch- und Fachschulbildung, Rechtsvorschriften für Studenten, a. a. O., S. 121 f.

8 Vgl. Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965, hrsg. vom Ministerium für Volksbildung, Staatssekretariat für Berufsbildung und Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1973, S. 31.

nannte ideologische Erziehung und wissenschaftliche Bildung zusammen, die Herausbildung des, wie es so oft genannt wurde, „sozialistischen Berufsethos“ und von Fähigkeiten zum aktiven Umgang mit der Wissenschaft, mit Lehre und Studium der Fachwissenschaften, der Erziehungswissenschaften und der „Grundlagen des Marxismus-Leninismus.“ Das ganze wurde vollzogen in einem sogenannten – die Kollegen und Kolleginnen der alten Länder kennen diesen Begriff, in den neuen Ländern ist er noch nicht so bekannt – einphasigen Studiengang der Lehrerbildung. Damit ich nicht nur abstrakt darüber rede, habe ich zwei Folien mitgebracht, um an einem Beispiel zu zeigen, was Lehrerbildung in der DDR vom Inhalt her war (Zahlen siehe unten). Ich habe als Beispiel ausgewählt die Mathematik/Physik-Lehrer nach dem Studienplan von 1982⁹, habe in Prozenten ausgewiesen die Stundenanteile der einzelnen Ausbildungsbestandteile – nur die Lehrveranstaltungen, ohne die Praktika und ohne die Diplomarbeit. Dieser Punkt „wahlweise obligatorische Ausbildung“ – für diejenigen, die nicht so ganz Insider sind – bedeutete, das war das Fachgebiet, auf dem der Student seine Diplomarbeit geschrieben hat, das war eine vertiefende theoretische Ausbildung auf dem Gebiet seiner Diplomarbeit, das war in der Regel Mathematik oder Physik, also auch in der Fachausbildung. Jetzt habe ich in einer zweiten Folie, damit das noch ein bißchen komprimierter wird, das etwas weiter zusammengefaßt. Da sieht das Bild nicht ganz unproblematisch aus, bei Erziehungswissenschaften sowohl die Pädagogik, Psychologie als auch die Fachdidaktiken hier zusammenzufassen. Ich will auf das Problem nur hinweisen.

Ausbildung von Diplomlehrern Mathematik / Physik (Studienplan 1982):
Stundenanteile der einzelnen Ausbildungsbestandteile (nur Lehrveranstaltungen, ohne Praktika und Diplomarbeit) – Angaben in Prozent

Mathematik	28,6
Physik	26,7
Wahlweise-obligatorische Ausbildung	5,5
Methodik Physik und Methodik Mathematik (einschl. Physikalische Schulexperimente)	10,1
Marxismus-Leninismus	9,7
Pädagogik und Psychologie	7,4
Sport, Fremdsprachen, Kulturell-ästhetische Bildung u.a.	12,0
– davon Sport	7,4
In einer etwas komprimierten Form ergibt sich:	
Fachausbildung Mathematik und Physik	55,3
Wahlweise-obligatorische Ausbildung	5,5

⁹ Vgl. Studienplan für die Ausbildung von Diplomlehrern der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen in der Fachkombination Mathematik/Physik an Universitäten und Hochschulen der DDR, hrsg. vom Ministerium für Volksbildung und vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1982.

Erziehungswissenschaften	17,5
Sport, Fremdsprachen u.a.	12,0
Marxismus-Leninismus	9,7

Ich werde jetzt nichts zum Absolventeneinsatz sagen, aber zum Schluß noch auf zwei praktische Probleme eingehen als Beispiele, um das ein wenig abzurunden. Zum Stichwort „Nachwuchskaderentwicklung für die pädagogischen Disziplinen“, also für die pädagogischen Wissenschaften: Da ist man in den achtziger Jahren seitens des Ministeriums für Volksbildung auf den Standpunkt gekommen, daß das sonst für die Nachwuchsentwicklung geeignete Forschungsstudium für die Nachwuchskaderentwicklung im Bereich der Pädagogik und Erziehungswissenschaften nicht geeignet sei¹⁰, und hat einen Weg vorgeschlagen über die Assistenten und vor allem über die Aspirantur.¹¹ Das hat sachliche Hintergründe. Die jungen Leute sollten schon mal eigene schulpraktische Erfahrungen mitbringen für ihre wissenschaftliche Arbeit – insofern einsehbar –, es hat aber auch einen kaderpolitischen Akzent, nämlich die Auswahl und Delegation der Kader lag weitgehend fest in den Händen der Organe der Volksbildung. Es gab auf diesem Gebiet der Aspiranten- und Assistentengewinnung ebenfalls Planaufgaben im Bereich der Volksbildung und an den Hochschulen. Man überließ auch auf diesem Gebiet nichts dem Zufall. Auf einer in der DDR vielgenannten „Erfurter Konferenz“ zur Lehrerbildung im Jahre 1985¹² hat die Ministerin für Volksbildung das in die Worte gefaßt: „Wir verfügen über ein großes Potential hervorragender junger Lehrer und Schuldirektoren, die befähigt sind, ihre Erfahrungen aus der Schulpraxis in die wissenschaftliche Arbeit einzubringen. Haben wir hier nicht“, so fragte sie, „eine wichtige Kaderreserve (*da kommt auch der Ausdruck „Kaderreserve“*) vor allem für die Erziehungswissenschaften? Unsere Schulräte (*jetzt werden die Schulräte dort mit einbezogen*) tragen eine große Verantwortung dafür, mehr solche Kader zu einer Qualifizierung im Rahmen einer wissenschaftlichen Aspirantur zu delegieren.“¹³ Man muß also hier die sachliche Seite sehen, aber auch den Gedanken, was an Intentionen dahintersteht speziell seitens des Ministeriums für Volksbildung.

Meine Damen und Herren, ich war in meiner Tätigkeit an der Universität Leipzig unter anderem verantwortlich für die Pädagogikausbildung (Hoch- und Fachschulpädagogik) der künftigen Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus. Das Besondere dieser Ausbildung sind einmal inhaltlich gesehen die Studienfächer Philosophie, Geschichte der Arbeiterbewegung etc.. Aber ich will noch zwei Dinge nennen zur Information, einfach weil ich sie sehr genau kenne. Für

10 Vgl. G. Fuchs: Die weiteren Aufgaben bei der Entwicklung des theoretischen Niveaus und der Praxiswirksamkeit der pädagogischen Ausbildung der Diplomlehrerstudenten, in: Pädagogik, H. 9/1987, S. 681.

11 Ebd.

12 Auf der „Erfurter Konferenz“ (15./16. November 1985) hielt M. Honecker ein Referat zum Thema „Die Schulpolitik der SED und die wachsenden Anforderungen an den Lehrer und die Lehrerbildung“, in: Pädagogik, H. 1/1986, S. 2 ff.

13 Ebd., S. 36 f.

dieses Studium galten nämlich spezielle Voraussetzungen, die im Studienplan fixiert waren. Dazu gehörte „eine dreijährige praktische Tätigkeit vor Beginn des Studiums (Ausübung einer hauptamtlichen Funktion in der FDJ oder anderen gesellschaftlichen Organisationen oder Tätigkeit im erlernten Beruf in Verbindung mit aktiver gesellschaftlicher Tätigkeit)“ bzw. „eine mindestens dreijährige Dienstzeit...in der NVA bzw. in anderen bewaffneten Organen der DDR“, wie es hieß.¹⁴

Ganz offensichtlich auch auf dem Hintergrund der Tatsache, daß es Probleme gab, gerade in dieser Studienrichtung in bestimmten Disziplinen die Planzahlen zu erfüllen, ist man dann in den achtziger Jahren auf folgende Veränderungen gekommen: Man wollte Studenten aus anderen Fachrichtungen – Juristen, Soziologen, Ökonomen – gewinnen für einen Fachrichtungs- und Hochschulwechsel an die Universität Leipzig und dort zu dem Ziel führen „Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus.“ Und eine allerletzte Überlegung aus einem Studienplan von 1989 war die, Absolventen aus verschiedenen Gesellschaftswissenschaften, also diplomierte Hochschulabsolventen, nach einem individuellen Plan nachträglich zu qualifizieren, auch zum „Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus.“¹⁵

Alle diese Fragen, die Ausbildung dieser Studenten, ihre Zulassung und ihre spätere sogenannte Absolventenlenkung – all das befand sich in der Obhut und unter der Kontrolle der SED und der zuständigen staatlichen Leiter, und zwar vom Zentralkomitee der SED mit seiner Abteilung Wissenschaften bis hinunter zu den SED-Grundorganisationen und Parteigruppen, vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen bis hinunter zu den einzelnen Lehrgruppen. An der Universität Leipzig existierte für die genannten Fragen eine ständige Arbeitsgruppe beim Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, und auf der Ebene der SED wurden wiederholt spezielle sogenannte „Parteiaktivtagungen“ nur mit Wissenschaftlern und Studenten dieser Studienrichtung durchgeführt.

Meine Damen und Herren, so deutlich ich das sage, die Fakten in aller Kürze und Gedrängtheit, will ich nicht verschweigen und mich daran erinnern, daß ich nicht wenige Studenten gerade dieser Fachrichtung auch als kritische und engagierte Partner erlebt habe. Viele von ihnen hatten die Absicht, in ihrer künftigen beruflichen Tätigkeit, also in dem sogenannten marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium, mit künftigen Studenten über politische, philosophische, ethische, ökonomische, historische Fragen so zu debattieren und zu streiten, daß Interessen geweckt, geistige Aktivitäten herausgefordert und Alltagsprobleme und -sorgen nicht umgangen werden. Sie akzeptierten sicherlich ganz grundsätzlich das gesellschaftliche System der DDR, aber wollten ihren Beitrag dazu leisten, es zu verbessern. (Beifall)

14 Vgl. Studienplan für die Grundstudienrichtung Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus, hrsg. vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR. Berlin 1982, S. 10.

15 Vgl. Studienplan für die Grundstudienrichtung Diplomlehrer für Marxismus-Leninismus, hrsg. vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen. Berlin 1989, S. 18 (maschinenschriftliche Vervielfältigung), S. 19.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Kiel. Wir haben jetzt die Chance, an beide Referenten unsere Fragen zu richten. Ich würde Sie darum bitten, wenn das möglich ist, auch immer gleich zu sagen, an wen der beiden Herren die Frage geht. Es beginnt Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich habe zwei Fragen, jeweils eine an beide Redner: Die erste Frage an Herrn Professor Weiss: Sie haben sehr ausführlich die Kaderpolitik von der Krippe bis zur Hochschule beschrieben. Ich möchte nochmal für die Zeit nach 1990 nach den *Folgen* dieser Politik fragen. Wie schätzen Sie das ein? Denn das, was Sie beschrieben haben, zeigt ja, daß es sehr starke Prägungen gegeben hat durch die Ausbildung in der DDR. Wie bewerten Sie, wie Menschen, die dies alles erlebt, sich zu einem großen Prozentsatz dann auch eingefügt haben in dieses System, fähig und bereit sind, heute damit umzugehen, gerade in dem Feld, in dem Sie arbeiten, an der Universität?

Meine zweite Frage, die in diesen Zusammenhang gehört: Wie würden Sie bewerten – ich weiß nicht, ob Sie selbst an Evaluierungen beteiligt waren, insofern wäre es dann eine Selbstbeurteilung –, wie diese Evaluierungen gelaufen sind? Entspricht das Ergebnis Ihren Erwartungen? Kann man – wie oft geschehen – von einem Kahlschlag in der Wissenschaft sprechen? Wie schätzen Sie diese Entwicklung ein? Das dritte in diesem Zusammenhang an Sie: Sie sprachen auch von den Benachteiligten, von Erfahrungen, die nicht wieder aufzuholen sind. Meine Frage: An welchen Stellen, in welchen Bereichen sehen Sie heute noch eine Möglichkeit, etwas zu tun? Das wäre wichtig, denn die Enquete-Kommission hier hat sich vorgenommen, jetzt nicht nur historisch zu fragen, sondern auch politische Empfehlungen zu geben. Uns wäre deshalb sehr wichtig, wenn Sie uns dazu etwas sagen könnten.

An Herrn Professor Kiel habe ich die Frage: Sie haben – für mich sehr interessant – uns Aufklärung gegeben über die Lehrerausbildung. Meine persönliche Frage ist: Wie beurteilen Sie als Zeitzeuge heute selber Ihr damaliges Agieren, das ja sehr stark eingebunden war in das System, das Sie uns eben analytisch dargestellt haben? Haben Sie das aus Überzeugung getan? Wo fühlten Sie sich gelenkt, vielleicht vergewaltigt? Wie können Sie heute damit umgehen? Ich weiß nicht, ob Sie das beantworten wollen; ich würde auch akzeptieren, wenn Sie das nicht wollen, weil ich glaube, dieser Beitrag hat uns etwas gebracht. Aber wenn Sie dazu bereit sind, wäre das, wie ich denke, hilfreich, wenn Sie auch als Zeitzeuge und nicht nur als Sachverständiger reden würden. Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Jacobsen bitte.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ich habe zwei Fragen an Herrn Weiss, eine mehr als Informationsfrage, und die zweite bezieht sich auf die Folgen dessen, was Sie angedeutet haben.

Erstens: Wir werden uns ja im Rahmen der Enquete-Kommission in erhöhtem Umfange mit der Frage der Handlungsspielräume auseinandersetzen müssen

und mit Abhängigkeiten. Wir wissen, in welchem hohem Maße z.B. in der Akademie der Wissenschaften – ich spreche von den Geisteswissenschaften, Herr Weiss – hier die Abhängigkeiten gegeben waren. Das heißt, wenn ein Buch publiziert wurde, ist das immer in enger Absprache mit Moskau geschehen. Gibt es vergleichsweise so etwas an den Universitäten? Die Frage also nach dem Einfluß, dem Vorbild der Sowjetunion für politisches Handeln in den Universitäten ähnlich wie in der Akademie der Wissenschaften der DDR, das wäre die eine Informationsfrage.

Und das zweite, was mir aber noch viel wichtiger zu sein scheint: Die große Schwierigkeit, vor der wir stehen, liegt darin, daß wir gehalten sind – und ich halte das für sehr sinnvoll, Fragen der Nachwirkungen zu untersuchen, Herr Meckel hat schon darauf hingewiesen –, konkrete Empfehlungen zu formulieren vor dem Hintergrund von Erfahrungen und Lehren. Nun haben Sie zwar, und das ist alles überzeugend und wird auch durch die Wissenschaft belegt, die verschiedenen Probleme angedeutet im Hinblick auf Hochschullehrer – wie wird man Hochschullehrer, welche Rolle spielte die SED-Parteimitgliedschaft –, das ist alles heute weniger strittig. Aber das Problem besteht nun im folgenden, und da hätte ich gerne Ihre Auskunft: Nehmen wir das Ergebnis in Sachsen, von dem Sie ausgegangen sind. Wir haben 30 Prozent der Hochschullehrer, also der Professoren, alte Kader –, 40 Prozent aus der Bundesrepublik Deutschland, und 30 Prozent kommen aus dem akademischen Mittelbau, aber auch sie sind doch letzten Endes mit den alten Methoden ausgebildet worden, also bis hin zur Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus. Und nun kommt es zu der Frage, wie sieht es denn mit den Lehrinhalten heute aus, wenn Sie 30 Prozent alte Kader haben, 40 Prozent neue, die kommen aus dem Westen und lehren auf ihre Weise, und 30 Prozent haben noch alte Vorstellungen, wenn auch vielleicht nicht so dezidierte wie die Hochschulprofessoren alter Art? Gibt es oder gab es so etwas wie eine Dozentenweiterbildung, um eine gewisse Annäherung zu erreichen in der Weise, wie etwa wir hier im Westen versucht haben und versuchen, wissenschaftlich zu arbeiten, Bildung eben zu fördern, aber ganz konträr zu den Vorgaben, die in der ehemaligen DDR feststellbar gewesen sind? Da kommt es doch zu einem Konkurrenzunternehmen, und ich weiß gar nicht, wie wird das denn jetzt von Ihnen bewältigt im Hinblick auf die Studenten. Da haben also die Studenten eine Vorlesung von einem alten Kader; es gibt 40 Prozent neue Hochschulprofessoren aus dem Westen, und der Mittelbau steht dazwischen. Was haben Sie denn gemacht, um nun hier – Stichworte „Freiheit der Wissenschaft“, „Pluralismus“ – die Prinzipien stärker in den Mittelpunkt zu stellen von Forschung und Lehre, die bei uns dominant sind? Das wäre meine Frage, danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Kowalczyk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczyk: Ich habe erst eine Frage an Herrn Weiss. Mich würde interessieren, inwiefern bei den Professoren, bei den Berufungen, die in den achtziger Jahren erfolgt sind – speziell an der Leipziger Universität, da werden Sie das vielleicht am besten wissen –, die formale Qualifikation auch

tatsächlich eingehalten worden ist, das heißt, inwieweit waren diejenigen, die berufen worden sind, promoviert und vor allem habilitiert bzw. hatten die Dissertation B. Wir wissen ja aus den sechziger Jahren, daß in den fünfziger und sechziger Jahren ein dramatischer Rückgang in der formalen Qualifikation der berufenen Professoren einsetzte, so daß selbst in SED-internen Berichten festgestellt werden mußte, daß nur 50 Prozent derjenigen, die berufen worden sind, habilitiert waren. Das bedingte einen dramatischen Rückgang in der wissenschaftlichen Leistung.

Dann habe ich noch eine Bemerkung, die sich praktisch anschließt an eine Bemerkung von Ihnen. Sie sagten vorhin, wer vergessen worden ist, das wären diejenigen, die sozusagen aus den Forschungsinstituten herausgefallen sind und einen Karriereknick hatten. Ich möchte da noch anschließen, daß vor allem seit 1990 diejenigen vergessen worden sind, die niemals überhaupt an eine Universität gelangten bzw. die gar kein Abitur machen durften.

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Kiel: Inwieweit sehen Sie Unterschiede in der ideologischen Ausbildung von Lehrerstudenten zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten? Zumindest hatte man in der DDR immer den Eindruck, daß es da einen Unterschied gab. Danke schön.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Ich habe zwei Fragen an Herrn Weiss: Wenn ich Ihre Eingangsbemerkung richtig verstanden habe, waren sowohl die Hochschullehrer als auch die Angehörigen des Mittelbaus Nomenklaturkader. Vor dem Hintergrund dieser Feststellung wundert mich Ihre Wertung, daß die Erneuerung der Universität vom Mittelbau ausgegangen sei, der doch nach demselben System selektiert worden ist. Wenn ich hinzunehme, daß der Mittelbau in den DDR-Universitäten übermäßig stark besetzt gewesen ist – also an meiner Universität waren etwa 75 Prozent der Beschäftigten im Mittelbau tätig, während es normalerweise 20 Prozent an einer westdeutschen Universität sind, wobei es sich in der DDR um Lebenszeitstellen handelte –, dann erscheint es mir zumindest nicht plausibel, dort die Aufbruchstimmung zu wittern. Deshalb meine Frage an Sie: Haben Sie uns die Leipziger Erfahrung berichtet oder meinen Sie, daß das verallgemeinerungsfähig ist? Zum anderen haben Sie die Zahl von 30 Prozent verbliebenen Hochschullehrern hier in den Raum gestellt; dazu meine Frage: Ist die Zahl aus Ihrer Sicht aussagekräftig für alle Universitäten der neuen Länder? Ich darf gleich sagen, in Jena haben wir festgestellt, daß es etwa 15 Prozent sind oder sogar noch weniger. Besteht zudem nicht ein gravierender Unterschied zwischen dem naturwissenschaftlichen und dem geisteswissenschaftlichen Bereich, so daß die Zahl 30 Prozent eher als zufällig erscheinen muß?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Stephan Hilsberg bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Ich habe an beide Referenten Fragen, zuerst an Herrn Professor Weiss. Sie haben doch relativ eindrucksvoll geschildert, daß es entweder zum Teil gar nicht oder nur unter sehr schwierigen Bedingun-

gen möglich war, an die freiheitlichen demokratischen Traditionen in der Wissenschaft, in der Forschung anzuknüpfen. Besonders Ihr Beispiel, der Versuch einer Rehabilitierung, belegt das. Jetzt sind fünf Jahre nach dem Prozeß vorbei, wo man Freiheit von Forschung und Lehre versucht hat, wieder einzurichten. Kann man so etwas wie eine Bilanz ziehen? Es geht hier nicht um die Gruppe, die Sie schon geschildert haben, um diejenigen, bei denen man wirklich von politischer Verfolgung sprechen kann. Es gibt ja darüber hinaus noch sehr, sehr viele andere, wo das also nicht der erste Tatbestand ist, ich will nicht sagen „normale“, aber solche, bei denen man eben nicht unbedingt immer von politischer Verfolgung sprechen kann. Kann man so etwas wie eine Bilanz ziehen und sagen, das sind Gewinner und das sind Verlierer dieses Prozesses der Transformation, der Umstrukturierung? Wenn ich das so höre – 40 Prozent West, 30 Prozent ehemalige DDR-Professoren, 30 Prozent Mittelbau -, es gibt ja diesen Vorwurf der „Besatzung“, die „Wessis“ seien rübergekommen und hätten im Grunde alle Strukturen besetzt, und das ist von vielen als ein Stück Demütigung empfunden worden. Also auch diese Punkte spreche ich an und frage gleichzeitig in dem Zusammenhang nach Ihrer Einschätzung der Folgen dieses Prozesses, der ja sehr viele Entlassungen zur Folge hatte, Leute, die jetzt im Vorruhestand sind und die das vielleicht – subjektiv gesehen – berechtigt, andererseits vielleicht auch nicht berechtigt getroffen hat. Gibt es so etwas wie eine Kapazität an Leuten, an qualifizierten Wissenschaftlern, die auch jetzt sehr gut an der Universität arbeiten könnten, das aber nicht können, weil sie keine Stelle haben? Gibt es gewissermaßen Bedarf, der nicht finanzierbar ist? In einem Punkt beziehe ich mich auf eine Frage von Professor Jacobsen. Ich meine, die DDR und die SED haben es sehr gut verstanden, soziologisch und sozial auszuwählen, aber dann auch ganz gezielt – Herr Kiel hat darauf hingewiesen – eine massive Bildung in die Leute hineinzutrichern, um ein bestimmtes Bewußtsein zu formen. Ist es nicht in gewisser Weise eine naive Vorstellung – wenn man davon ausgeht, daß das Erfolg gehabt haben soll –, daß man jetzt durch Bildung diesen Prozeß wieder umdrehen kann? Ist so etwas überhaupt eine realistische Vorstellung?

Jetzt eine Frage an Professor Kiel – es sind subjektive Fragen, ich stelle sie mal ganz bewußt an Ihr subjektives Verhältnis. Ich weiß nicht, wie Sie sich selber verstehen, ich kann es mir ein bißchen vorstellen. Ich will Sie ganz einfach fragen, welches Verhältnis haben Sie persönlich eigentlich zu dem Prozeß, der 1989/90 eingesetzt hat? Wie kommt man sich vor? Können Sie so sagen, wir haben den Kalten Krieg verloren, oder welches Verhältnis haben Sie zu denen, die dann gekommen sind zu den Westdeutschen, und zu denjenigen, die die Wende gestaltet haben an der Universität? Und welches Verhältnis haben Sie zu Ihren ehemaligen Studenten, die Sie im Fach Staatsbürgerkunde ausgebildet haben, die heute entweder arbeitslos sind oder woanders arbeiten oder aber Politische Bildung unterrichten oder sogar, wie im Land Brandenburg zu erwarten, in das Fach Religionskunde drängen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Karl Wilhelm Fricke, hast Du auch so interessante Fragen?

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Also zunächst fällt mir zu dem Diskussionsbeitrag von Stephan Hilsberg ein Vers von Reiner Kunze ein unter der Überschrift „Dialektik“: „Unwissende – damit ihr unwissend bleibt, werden wir euch schulen.“ Aber meine Fragen, zunächst an Herrn Professor Weiss: Sie haben diese drei Gruppen genannt, und das knüpft eigentlich an das an, was Herr Professor Jacobsen schon gefragt hat, aber mehr ins subjektive zielend. Wie ist das Verhältnis dieser drei Gruppen zueinander? Kann man das kollegial bestimmen, oder gibt es da Isolierungstendenzen oder Abgrenzungen, könnten Sie das einschätzen?

Eine Frage an Herrn Professor Kiel: Sie haben mit Recht den Einfluß der SED auf den kaderpolitischen Entscheidungsprozeß hier erwähnt. Wie war das denn mit dem Apparat der Freien Deutschen Jugend? Und gab es nicht nur – was die FDJ angeht – Informationen in kaderpolitischer Hinsicht von oben nach unten, sondern auch von unten nach oben? Es gab ja an allen Oberschulen große Grundorganisationen der FDJ, so daß es also denkbar ist, daß auch Informationen aus den FDJ-Organisationen an den Schulen, die zum Teil sogar hauptamtliche FDJ-Sekretäre gehabt haben, von unten nach oben gingen, die Einfluß gehabt haben könnten auf kaderpolitische Entscheidungen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Mocek.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: An Herrn Kiel hätte ich eine Frage, die „Umlenkung“ betreffend: Ist diese „Umlenkung“ mit ideologischen Argumenten geschehen, oder war das ein rein auf die mitgebrachten Zensuren gerichtetes Gespräch? Auf wen richteten sich die Umlenkungsgespräche? Mir ist bekannt, daß etliche Fachkombinationen in Halle damals bis zu 30 Prozent „umgelenkte“ Studenten hatten?

Und an Herrn Professor Weiss: Zu den zu 90 Prozent der SED angehörenden Ordentlichen Professoren in Leipzig: Es kann möglicherweise an anderen Universitäten anders gewesen sein, denn es gab so ein Vorgabeziel, daß 50 Prozent bei Neuberufungen von Professoren und Dozenten SED-Mitglieder sein sollten – 50 Prozent. Das wurde an einigen Universitäten auch – das weiß ich von Halle – regelrecht als „Kampfziel“ betrachtet, weil man das in der Regel nicht durchbrachte. Ich bin über diese relativ hohe Zahl jetzt von Leipzig überrascht. Wissen Sie, wie das in anderen Universitäten im Vergleich mit Leipzig ausgesehen hat?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Faulenbach bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst zwei Fragen an Herrn Weiss. Sie haben aus Ihrer persönlichen Perspektive die Dinge dargestellt. Dennoch möchte ich fragen, wie gültig sind denn die Aussagen, die Sie machen? Also subjektiv sind Sie sicher gültig, aber müßte man nicht doch nach bestimmten Phasen differenzieren in der DDR-Entwicklung, bis dieses System sich eta-

bliert hat, und müßte man nicht Differenzierungen vornehmen, bezogen auf bestimmte Universitäten, bestimmte Fachrichtungen? Hängt das nicht auch von bestimmten Personalkonstellationen usw. ab? Also könnte man da nicht doch sagen, daß man es vielleicht für denkbar halten könnte, daß es anderorts etwas größere Spielräume oder Varianten gegeben hat, obgleich selbstverständlich die Partei versucht hat, diesen Wissenschaftsbetrieb dann zu lenken, zu kontrollieren?

Die zweite Frage: Wie stark waren denn die Erneuerungskräfte aus Ihrer Sicht an den Universitäten und in den Institutionen in diesem Transformationsprozeß, also bis zur Vereinigung? Wie weit waren sie gediehen bis dahin und, wenn die Teilung noch weiter gedauert hätte, wie wäre der Prozeß dann in diesen Institutionen und an den Universitäten gelaufen?

Dann Fragen an Herrn Kiel: Es sind in der Lehrerausbildung natürlich neben der Fachausbildung doch beträchtliche Teile gewesen, die sich nicht auf das Fach bezogen haben. Ist die spezifische politische Ausformung wirklich auf das Fach ML beschränkt? Bezieht sich dies nicht mit auf den Bereich der Pädagogik? Müßte man dies nicht auch in Rechnung stellen? Inwieweit gab es in diesem Bereich so etwas wie eine gewisse Selbständigkeit und inwieweit Anpassung? Sind diese beiden, das Mischungsverhältnis von Zielen, von Selbständigkeit des Denkens, Handelns, des Tuns und von Momenten einer gewissen Anpassung, des Gehorsams usw., vermittelt worden, im pädagogischen Bereich etwa? Gab es, bezogen auf die Lehrer, einen Druck, sich der Partei oder den Blockparteien anzuschließen, und in welchen Phasen der Lehrerbiographien ist das besonders stark gewesen? Kann man darüber etwas allgemeinere Aussagen machen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Drittlletzter ist Professor Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Im Nachgang zu meiner mehr systematischen Frage an Herrn Wagner, ob nicht das Spannungsverhältnis zwischen der Skylla der politischen Loyalität und der Charybdis der fachlichen Qualifikation auf den Ebenen vor allem unterhalb der Nomenklaturkader sich allmählich verschob oder wandelte, möchte ich Sie jetzt mehr in diachroner oder in chronologischer Absicht fragen, ob es vielleicht auch im Verlaufe der DDR-Geschichte Wandlungen gegeben hat in diesem Verhältnis – nicht nur aufgrund bestimmter Ereignisse, wie sie im Referat von Herrn Wagner im Zusammenhang mit dem 17. Juni herausgearbeitet wurden, wo dann eine Veränderung in der Kaderpolitik durch die Binnenspannung entstanden ist, sondern auch unter dem Gesichtspunkt, daß ja Generationenwechsel eingetreten sind. Wir müssen in Rechnung stellen, daß spätestens mit den achtziger Jahren Nachwuchskader in die Entscheidungspositionen gerieten, die in dieser DDR sozialisiert waren, also dort groß geworden sind. Ob das also nicht aus Ihrer Sicht auch ein Gesichtspunkt ist, den man berücksichtigen muß? Damit leite ich zu meiner zweiten Frage über. Ich bin nämlich der Auffassung, daß es spannend wäre zu untersuchen, ob dieses System nicht Technokraten erzogen hat. Technokraten sind in unserer Technokratiediskussion in den westlichen

Sozialwissenschaften Fachleute, die hochqualifiziert, die aber überall einsetzbar, und zwar normativ überall einsetzbar sind. Zu untersuchen wäre, ob es nicht in diesem System sozusagen systematisch angelegt war, diese Kategorie von Menschen heranzubilden, und es wäre die Frage zu stellen, wo sind die jetzt eigentlich heute geblieben. Es geht dabei nicht nur um den Bereich der Wissenschaften, sondern mir sind viele Berichte bekannt, wo im ökonomischen Bereich hohe DDR-Kader anschließend in der jetzigen Situation bestens funktionierende Wirtschaftskader geblieben sind. Ist dieser Typus nicht für uns interessant, ist er nicht auch im Bereich der Wissenschaften, etwa im naturwissenschaftlichen Bereich, genauer zu untersuchen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Kuhn bitte.

Abg. Werner Kuhn (CDU/CSU): Herr Professor Weiss, das, was Sie über den Lehrbetrieb an den Universitäten einschließlich der Strukturierung von Seminargruppen bis hin zum Direktorat E und A usw. dargestellt haben, war eine absolut exakte Analyse, und die kann ich voll nachvollziehen. Da war immer – wirst du ROA, dann kriegst du die Aspirantur, und machst du das, dann bekommst du das – immer dieses ideologische Geben und Nehmen. Mich würde folgendes interessieren: Die Personalbögen, die Bewerbungen, mit denen wir als Studenten uns bewerben mußten, die waren ja sehr detailliert über die eigene Person: gesellschaftliche Tätigkeit, dann die Familie, Verwandtschaft in der BRD, in den sozialistischen Ländern bis hin – also ich bin 1975 immatrikuliert worden – zu möglicherweise Mitgliedschaft des Vaters in der NSDAP, 2. Weltkrieg und und und. Sie haben vorhin einen anderen Fragebogen da genannt, den kannte ich zum Beispiel nicht. Gab es da irgendwo mal einen Bruch? Diese Direktorate für E und A – da gab es ja extra einen Professor, der das geleitet hat –, sind sie analog zur Kaderabteilung, wie wir sie in den Betrieben kannten? Ich habe nämlich selber eine Ablichtung meines Personalbogens nachher in meiner Akte wiedergefunden. Nochmal meine Frage diesbezüglich: Inwieweit waren da verwendbare Unterlagen in diesen Direktoraten vorhanden? Dann zur Neustrukturierung, zur Besetzung der Stellen, der Lehrstühle durch die Professoren – Sie haben gesagt: 30 Prozent ehemalige Ost-Professoren, 40 Prozent West, 30 Prozent neue. Was waren die Auswahlkriterien dafür – erst mal für die Abwicklung, dann für die Neubewerbungen um die einzelnen Lehrstühle – des Kultusministeriums, also der entsprechenden Personalstelle? Inwieweit hatten dort, auch z.B. an Ihrer Universität in Leipzig, Sie als Rektor ein gewisses Mitspracherecht bei der Auswahl der neuen Professoren, und welche Kriterien wurden zugrundegelegt bis hin zur Überprüfung entsprechend Stasiunterlagengesetz, Gauck-Behörde, Ehrenkommission? Das würde mich interessieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Abschließend Professor Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe eine Frage an Herrn Kiel. Sie haben ganz am Ende gesagt, daß von den Marxismus-Leninismus-Studenten es doch viele gegeben hat, die bereit waren, sich den Problemen des Lebens kritisch zu stellen. Meine Frage verbindet sich auch mit dem, was Herr Jacobsen versucht

hat herauszufinden. Wie müssen wir uns die geistige Ausbildung, Ausrichtung, das Suchen heutiger Studenten in Leipzig mit diesen verschiedenen Lehrtraditionen usw. vorstellen? Und hier komme ich auf einen Aspekt des Marxismus-Leninismus-Lehrers der späten SED-Zeit, und ich würde hier sagen, da gibt es eine wichtige Zäsur, die im Nachbarland im Süden stattgefunden hat, nämlich 1968. Da haben sie in der Auswertung des Prager Frühlings herausgefunden, daß der Marxismus-Leninismus, wie ihn die Tschechen damals verstanden haben, noch zuviel utopische Elemente enthält: das nach vorne Offene, das Zurückkommen auf die Versprechungen der Utopie. Und man hat – unübertroffen hat das Ulbricht gemacht – in der Auswertung dieser Erfahrungen den Marxismus-Leninismus kanonisiert, im Prinzip zu einem System entwickelt, wo es im Grunde keine Innovation von unten mehr geben darf, wo sozusagen das ganze Potential einer revolutionären Ideologie, die die Welt verändern will, stillgestellt wird. Im Grunde ist dieser Marxismus-Leninismus der späten DDR eine langweilige Scholastik, eine Begriffshuberei, mit der das Denken unter den ganzen Definitionsvorschriften geradezu erdrückt wird. Ich glaube, diese Dimension der Nachwirkung, das beißt sich nach meiner Überzeugung so ein bißchen mit dem Bild des kritischen ML-Lehrers, den Sie uns hier kurz angedeutet haben.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte Sie, Herr Professor Kiel, als ersten bitten, die Fragen, die Ihnen gestellt worden sind, zu beantworten, und danach Herrn Professor Weiss.

Prof. Dr. Siegfried Kiel: Ich will versuchen, auf die komplizierte Frage einzugehen, die Herr Meckel gestellt hat. Ich habe mir nach diesem gesellschaftlichen Umbruch permanent über Jahre hinweg, und ich betrachte für mich diesen Prozeß als nicht abgeschlossen, die Frage vorgelegt: Was hat in deinem Leben, in deiner Biographie Bestand, worauf kannst du stolz sein, was hat keinen Bestand? Wo mußt du ganz kritisch mit dir umgehen? Ich meine dieses kritische, auch selbstkritische, aber möglichst genaue – nun sage ich es mal philosophisch –, möglichst an Wahrheit orientierte Bestreben zur Beantwortung der Frage, also wie war es denn wirklich, und nicht, wie es einseitig war. Um diesen Ansatz bemühe ich mich, die Dinge zu sehen, wie man sie in einer kritischen Sicht, die man auch unbedingt hier haben muß in Anbetracht eines gescheiterten Systems. Das muß ich ausdrücklich sagen. Ich bemühe mich um diese differenzierte genaue Sicht, nichts zu vergessen, auch nichts zu verschweigen und das in Zusammenhang zu bringen. Ich habe auch heute in dieser kurzen Zeit versucht, diesen Ansatz einfach am Beispiel zu exemplifizieren.

Zur Frage von Ihnen, Herr Kowalczuk, zum Verhältnis PH (Pädagogische Hochschule) – Universität: Ich habe hier dazu schon einiges gesagt. Mir fällt zu Ihrer Frage zweierlei ein. Das eine ist, daß nicht wenige Studienbewerberinnen und -bewerber oft eine PH der Universität vorgezogen haben. Das weiß ich aus vielen Gesprächen, weil sie wußten, an der Pädagogischen Hochschule gibt es eben nur die Lehrerausbildung. Da kümmert man sich um unsere Aus-

bildung, das ist ein Lehrerprofil und nichts anderes. An der Universität – ich kann das am eigenen Beispiel sagen, ich habe in den fünfziger Jahren Chemie studiert, wir hatten daneben die Diplomchemiker, und wir waren ein bißchen randständig, ich sag es mal so aus meiner eigenen Erfahrung –, da war eben die Lehrerbildung eine Ausbildungsrichtung neben anderen. Aber immerhin an einer Universität wie in Halle war ca. ein Drittel aller Studenten Lehrerstudenten. Also die Zahl von Lehrerstudenten war beträchtlich. Ich nenne mal noch die Zahl der Studienbewerbungen im Jahre 1989: Über 22 Prozent waren Bewerber für das spätere Lehramt. Und das zweite ist natürlich – ich habe versucht, es darzustellen –, daß aufgrund dieses Profils „nur Lehrerbildung“ und dieser Unterstellung unter das Ministerium für Volksbildung und damit auch der Unterstellung der PH unter die Parteihierarchie die Dinge übersichtlicher, straffer verliefen und der Zugang der SED eher möglich war als an der Universität. Auch war die Zahl der Forschungsstudenten, die in der SED waren, an Pädagogischen Hochschulen offensichtlich (so sage ich mal, weil die Induktionsbasis da noch ein bißchen schmal ist) größer als an den Universitäten. Solche Indizien gibt es, die man nochmal nachprüfen muß.

Von Herrn Hilsberg kam die Frage, wie diese Wende erlebt wurde, diese Situationen, westdeutsche Professoren usw.. Ich will das sehr kurz machen, jetzt nicht auf die Wende oder diesen Umbruch selbst eingehen, das würde vielleicht zu philosophischen Erörterungen führen. Es gab auch bei uns und bei mir speziell gerade nach dem Herbst im Jahre 1990 eine große Aufbruchstimmung, nun etwas Neues zu versuchen, und ich kann für mich sagen, wir waren bemüht, gerade im Bereich der Erwachsenenbildung, der Erwachsenenpädagogik, auch etwas Neues zu machen, einmal unter Nutzung von eigenen Erfahrungen in der DDR (ich habe immer gesagt, auf eigene Stärken setzen) und zum anderen, indem wir uns den westdeutschen Standard erschließen. Das war in der Kurzfassung mein Herangehen. Es kam dann die Abwicklung. Ich will dazu nur soviel sagen – Herr Weiss hat das mit der Rasenmähermethode, wie ich denke, schon korrekt ausgedrückt: Es war halt so, daß dann, als die Abwicklung und nochmal so ein zeitbefristeter Vertrag kam, nur die Information zu mir kam: Dein Arbeitsvertrag wird nicht verlängert. Das war im Jahre 1991 – ohne ein Gespräch, ohne eine Begründung, ohne irgendwie eine Bewertung von Leistung. Man war sozusagen gleitend auf ganz elegantem Wege draußen. Mehr will ich dazu nicht sagen, so ist das praktisch gelaufen. Also auch z.B. der Gründungsdekan, der in meiner Fachdisziplin in Leipzig eingesetzt war – da gab es kein Gespräch oder einfach mal so ein Aufeinanderzugehen. Man war halt draußen, und so war es dann. So habe ich es ganz praktisch erlebt.

Herr Fricke hat gefragt nach dem Stichwort FDJ. Zunächst ist ganz klar, dieses System von Schule und Qualifizierung gab es in modifizierter Form wie in der SED auch in der FDJ-Anleitungen, Schulungen, dezentrale, auch zentrale Lehrgänge z.B.. Wenn Sie vermuten – das war ja die eigentliche Frage, wenn ich Sie richtig verstanden habe –, daß Einflüsse auch von unten nach oben in der FDJ Wirkungen hatten – ich habe die ganze Zeit überlegt, mir ist da nichts eingefallen, wo ich sagen könnte, das läßt sich so und so belegen. Nur dann

kam das zur Wirkung – das würde ich schon sagen, weil ich da auch viel Schicksal erlebt habe –, wenn jemand ganz deutlich aus moralischen oder, wie man es damals sah, aus politischen Gründen sich so verhalten hat, wie er sich nicht hätte verhalten sollen (ich will das mal so umschreiben), dann kam es zu Konsequenzen durch Informationen von unten. Aber von einer Beeinflussung generell der Kaderpolitik kann man, glaube ich, nicht sprechen.

Professor Mocek hat das Stichwort „Umlenkung“ in die Debatte geworfen. Es gibt eine Aussage generell für das Hochschulwesen, daß etwa 75 Prozent der sogenannten Erstbewerbungen der Studenten zur Zulassung geführt haben. Das ist die offizielle Version. Also 75 Prozent der ersten Wünsche auf Zulassung führten zum Hochschulstudium, das heißt 25 Prozent nicht. Und in den 75 Prozent stecken die sogenannten „Selbstumlenker.“ Dahinter steht praktisch ein Prozeß, in dem man im Laufe von Jahren auch an der Oberschule schon immer die Möglichkeiten mit den eigenen Chancen verglichen und dann oftmals ein Fach gewählt hat, das man ursprünglich nicht studieren wollte. Das gab es speziell auch im Lehrerstudium, zum Beispiel in der Fachrichtung Polytechnik, und es gab dort wirklich das Problem in der Arbeit der Lehrkräfte mit den Studenten, wie kann man mit Studenten, die ursprünglich dies nicht studieren wollten, nun sinnvoll umgehen, sie begeistern, motivieren. Das war so ein Punkt, wo wir uns als Pädagogen bemüht haben, wie man da Interessen möglicherweise wecken kann. Aber Fakt ist eben auch, daß mit all den Studentinnen und Studenten, die nicht angenommen wurden an den Universitäten, eben solche sogenannten „Umlenkungsgespräche“ geführt wurden mit dem Ziel, sie dorthin zu lenken, wo möglichst Bedarf bestand, wo die Zulassungszahlen nicht erfüllt waren. Das war diese Fürsorglichkeit, ich will es mal so beschreiben.

Es gab die Frage von Herrn Professor Faulenbach, was die ideologische Erziehung nicht nur durch marxistisch-leninistisches Grundlagenstudium betrifft. Ich stimme Ihnen zu. Es ist deutlich nachzuweisen, sowohl in Dokumenten als auch in der Praxis, daß über andere Ausbildungskomponenten über das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium hinausgehend Aufgaben der sogenannten ideologischen klassenmäßigen Erziehung gestellt wurden, auch und gerade in bestimmten pädagogischen Disziplinen, weniger in der Didaktik, aber sehr stark in der sogenannten Erziehungstheorie, in Grundlagen der Pädagogik. Und es gab ja, um nur ein ganz konkretes Beispiel zu nennen, für jeden Lehrerstudienten die Pflicht, ein sogenanntes Ferienlagerpraktikum zu absolvieren, also drei Wochen in den Ferien mit Schülern, mit Kindern (sagen wir aus einem Betrieb – Leuna – ich habe es selber erlebt) ein Ferienlager zu machen an der Ostsee oder wo es diese Ferienlager sonst gab, das ist wahrscheinlich bekannt. Das war eben diese ganze Verschlungenheit von ideologischer Beeinflussung oder Versuchung und ganz aktiver interessanter Freizeitgestaltung. Man kann das eine vom anderen nicht trennen. Es galt das Postulat „Einheit von Bildung und Erziehung“, es war durchgehend und hat die einzelnen Fächer und Disziplinen unterschiedlich tangiert. Aber die Aufgabe insgesamt, die stand.

Es gab die Frage, welchen Jahrgängen von Lehrern besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde, um sie für die SED zu gewinnen. Da will ich nach meiner Kenntnis folgendes sagen: Ich habe mich nochmal bemüht um Zahlen und viele Leute gefragt. Es war nach meinen Informationen etwa so, daß an den Schulen irgendwo zwischen 5 und 20 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer Mitglieder der SED waren und daß es – ich will es ausdrücklich so sagen – nach meinem Kenntnisstand keine Kampagnen gab, Lehrerinnen und Lehrer für die SED zu gewinnen. Im Gegenteil – das betraf nicht nur Lehrer –, es gab sogar Zeiten sogenannter Aufnahmesperre, weil man davon ausging im Sinne des ganzen Systems, vor allen Dingen den Anteil von sogenannten Arbeiter- und Bauernkadern zu sichern und nicht Angehörige der Intelligenz da in irgendeiner Weise in eine quantitative Vorzugsstellung zu bringen. Also es war, ich will das mal so deutlich sagen, für Angehörige der Intelligenz, selbst wenn sie das wollten, gar nicht so einfach, Mitglied der SED zu werden, es war für andere Bereiche viel, viel einfacher und unproblematischer.

Letzte Frage nochmals zu den ML-Lehrern: Ich habe dort nicht Staatsbürgerkunde, sondern Pädagogik unterrichtet. Ich habe einiges gesagt, was ich weiß und in Erinnerung habe von diesen Studenten. Bitte, ich kann Sie in einem Punkt vielleicht nicht überzeugen und will eines nur andeuten, auch aus Zeitgründen: Unter dem großen Oberbegriff „Marxismus-Leninismus“ steckte ja zumindest aus der Sicht von wissenschaftlich interessierten, engagierten jungen Leuten sehr viel drin. Ich meine jetzt Philosophie, Ethik, Ästhetik, Geschichte, verschiedene Etappen der Geschichte, Geschichte der Philosophie usw., wo man sich interessiert und engagiert hat und, wie ich formuliert habe, die Hoffnung oder die Illusion hatte, auch über solche Fragen, die über dieses Thema hinausgingen, mit künftigen Partnern möglichst da etwas im Geist zu bewegen und kritisches Denken auszuprägen. Ich bleibe dabei, ich habe nicht wenige dieser Studenten als ausgesprochen herausfordernde kritische Partner erlebt. Es war anstrengend, hat aber auch Spaß gemacht, mit ihnen zu streiten und zu debattieren. Dabei bleibe ich, trotz der Illusionen, die dabei sind. Danke schön. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Kiel. Ihre Bemerkung mit den Ferienlagern – ob wir das kennen – gibt mir die Möglichkeit, darauf zu reagieren. Vielleicht ist es für unsere anderen Gesprächspartner ja wichtig: Deutlich mehr als die Hälfte der hier sitzenden Mitglieder der Enquete-Kommission sind ehemalige DDR-Bürger, bloß damit Sie das einfach mal so mitbekommen. Herr Professor Weiss, bitte.

Prof. Dr. Cornelius Weiss: Vielen Dank, aber die andere Hälfte waren eben nicht ehemalige DDR-Bürger. – Herr Meckel, Sie fragten nach den Folgen der Kaderpolitik nach 1990, ob wir denn nicht alle dadurch geprägt seien und wie wir heute damit zurechtkämen. Wir sollten geprägt werden, ganz sicherlich, und dann haben einige versucht, sich dieser Prägung zu entziehen und wurden dadurch umgekehrt geprägt – das wäre meine Antwort. Sie haben sich dann selbst geprägt. In der Tat benehmen sie sich heute – das war nicht die Absicht,

aber es ist die Folge dieser Kaderpolitik und des daraus resultierenden Nischendaseins, des Familienlebens – in manchen Fragen in der Tat etwas anders als Westeuropäer. Wir haben innere Werte viel mehr verinnerlicht, bestimmte Werte. Ich behaupte auch, daß der Anteil an Zivilcourage im Osten höher ist. Spätestens ist das eigentlich sichtbar geworden, ich würde sagen, schon im August 1989. Ich erinnere mich, daß meine Frau in Niederdodeleben war und daß Sie ihr dort einen Entwurf eines SDP-Parteiprogramms überreicht haben, das sie mir nach Hause brachte, und ich tanzte im Zimmer rum und sagte: „Da gibt es ja welche!“ Und dann im Oktober 1989 wurde es ja ganz klar. Darauf bin ich eigentlich stolz, auf diese Eigenschaften, und ich glaube, mit denen kommen wir sehr gut auch heute zu Rande.

Abg. Markus Meckel (SPD): Wenn ich vielleicht eine kurze Rückfrage stellen darf: Ich rede jetzt nicht von der doch relativ kleinen Zahl derer, auf die das zutrifft, was Sie sagen. Ich glaube, es ist nicht die Mehrheit, auch heute nicht an den Hochschulen. Und wenn Sie jetzt von dem anderen Teil vielleicht auch noch reden?

Prof. Dr. Cornelius Weiss: Ach so, ich sprach jetzt allerdings ein bißchen aus meiner Sicht. Die anderen – ja, das vermischt sich dann schon fast ein wenig mit der Technokratenfrage. Technokraten fallen natürlich wie Katzen immer auf die Beine, und in der Tat hat die DDR Technokraten ausgebildet. Ich erinnere mich sehr genau, daß ein Kollege von mir, der bis dahin immer – entschuldigen Sie das Wort – Scheiß-DDR sagte, plötzlich die Chance hatte, Direktor eines Rechenzentrums zu werden, und da war Vorbedingung, daß er in die SED eintritt. Ich amüsierte mich etwas darüber, weil ich da einen Duz-Freund hatte in der SED und der sagte, ja, wir müssen diese Leute unter Kontrolle nehmen. Mit Glauben oder mit Idealen ist da nichts. Das ist eine Kontrollinstanz. Und diese Technokraten haben dann sehr schnell ihre Abzeichen rausgeschraubt, als sie merkten – es war so eine Art Entscheidungsfrage im Laufe des Herbst/Winter 1989 –, wann der richtige Zeitpunkt sei, und dann haben sie versucht, andere Abzeichen – in dasselbe Loch übrigens – reinzustecken; ich sage jetzt nicht welche, es sind die verschiedensten. Und die Technokraten sind natürlich bestens vorhanden, und da darf ich gleich, Kollege Faulenbach, auf Ihre Frage antworten. Diese Technokraten sind größtenteils in der Wirtschaft, und sie erledigen dort ihre Aufgaben zur allergrößten Zufriedenheit. Sie sind ja auch nicht gerade durch Bedenkenträgerei ausgezeichnet, wenn es etwa um Umweltgeschichten geht, um Chemiemüll und schräge Geschäfte mit Geldwaschcharakter, sie sind auch nicht mit Bedenken gesegnet, wenn es um sogenannte Inkassobüros geht oder wenn sie armen alten Omas Versicherungen andrehen sollen. Das alles funktioniert aufs beste, aber an die Hochschule gehören diese Leute nicht. Da ist mein Forderungskatalog etwas höher. Ich bin der Meinung, daß Hochschule etwas mehr ist als Forschungsstätte und Berufsbildungsanstalt, sondern daß sie im Idealfall geistiges Zentrum sein sollte, und wenn die Hochschule geistiges Zentrum sein soll, muß sie zutiefst moralisch irgendwann mal, hoffe ich, werden. Die letzten 60 Jahre war sie es natürlich nicht. (Beifall)

Die Evaluierungen, wie sind die gelaufen, war das ein Kahlschlag? Das muß ich doch verneinen. Es war kein Kahlschlag. Es wurde von einigen so empfunden, und ich muß natürlich der Ehrlichkeit halber sagen, es ist dabei auch Unrecht passiert. Ich denke dabei an den anständigen Hochschullehrer. Alle Professuren wurden ausgeschrieben. Wenn der Mann das Pech hatte, sehr neu an der Universität zu sein, also keine Lobby zu haben, zusätzlich das Pech, einen sehr renommierten Lehrstuhl innezuhaben – ich denke hier etwa an Physikalische Chemie, da war vor vielen Jahren mal Ostwald drauf –, dann bewerben sich 70 Leute, und wenn die dann alle Englisch/Französisch können und zwischendurch in Silikon Valley gearbeitet haben, und der arme ehemalige Inhaber hat nicht viel mehr als ein Vierteljahr Dubna vorzuweisen und Russischkenntnisse, zwar exzellent, aber sein Englisch ist einigermaßen blaß, dann fiel der bei der Berufungskommission hinten runter. Und da es keine vertikale Verdrängung gab, also der nicht in den Mittelbau übernommen werden konnte – da waren schon der Personalrat, aber auch die Gesetze vor –, mußten wir dem kündigen, obwohl er eigentlich nichts Böses verbrochen hatte. Das ist auch passiert. Und ich wiederhole auch nochmal: Ich bin zwar für die Abwicklung gewesen, weil es anders eine Erneuerung der Universitäten nicht gegeben hätte, das war der notwendige Anstoß, aber es ist dabei natürlich zu Fällen von Unrecht gekommen, denn es war ja keine Einzelfallprüfung, wie wir sie uns eigentlich in einem Rechtsstaat vorstellen, und das hat natürlich eine gewisse Belastung für den Neuanfang mitgebracht.

Die Wiedergutmachung, Herr Meckel, die Sie anfragten: Ich habe die Erfahrung gemacht, daß versucht wurde, denjenigen, denen wirklich schlimmes Unrecht passiert ist, sofern sie das überlebt haben, etwas an Wiedergutmachung zu leisten. Ich muß dazu sagen, es hat an der Universität Leipzig drei Todesurteile aus politischen Gründen gegen Studenten der Universität Leipzig gegeben, das letzte 1950 – Herbert Belter, ein Wirtschaftswissenschaftler. Und von diesem Extrem bis zu dem, was man heute Mobbing nennt – also Zurücksetzung, täglicher Kleinkrieg –, war das Spektrum kontinuierlich. Wir haben versucht, die schweren Fälle, soweit sie uns bekannt waren oder sofern die Betroffenen sich an uns gewandt haben, in einer speziellen von mir berufenen Kommission sorgfältig zu prüfen, und wir konnten in 105 Fällen eine sogenannte Rehabilitierung vornehmen. Es stellte sich dabei heraus, daß für die Betroffenen das wichtigste die moralische Rehabilitierung war, die Tatsache, daß sich ein Rektor endlich mal bei ihnen entschuldigt, sie eventuell zu einem Gespräch einlädt, oder die anderen Möglichkeiten, die wir hatten – Außerplanmäßige Professuren oder Ehrendoktor –, aber für viele ging das halt nicht. Trotzdem, in den meisten Fällen ging es um die moralische Rehabilitierung nach dem bitteren Schmerz der enttäuschten Liebe, von der Universität unter irgendwelchen dürftigen politischen Vorwänden sozusagen verstoßen worden zu sein. Das galt für Wolfgang Natonek, den ersten Studentenratsvorsitzenden, der 1948 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und davon den größten Teil absaß – ich glaube, in Torgau –, der dann nach Westdeutschland ging, dort zu Ende studierte und Gymnasiallehrer wurde. Der war so wahnsinnig erfreut,

daß wir an ihn dachten; wir haben ihn eingeladen, er hat zu den Studenten gesprochen. Es ging diesen Menschen wirklich darum, und da kann man noch viel Gutes tun. Das Materielle – diese Rechnung bleibt aber offen. Die Rechnung bleibt offen bei denen, die wir bisher nicht gefunden haben, es bleibt die Rechnung offen bei denen, die inzwischen gestorben sind, und bei denen, die umgebracht wurden. Und diese Schuld bleibt, die kann man durch nichts abwaschen, weder von der Leipziger Universität noch von den anderen Hochschulen, weder für die Zeit der DDR noch für die Nazizeit, das kommt noch dazu. Das sollte die Universität artikulieren, und das können Technokraten nicht.

Jetzt Herr Kollege Jacobsen: Die Handlungsspielräume, Abhängigkeiten, die waren in der Tat verschieden. Bei den Geistes- und Sozialwissenschaften waren die Abhängigkeiten sehr viel größer und die Handlungsspielräume sehr viel kleiner als bei den Naturwissenschaften und besonders bei den Medizinern. Insofern waren die Geistes- und Sozialwissenschaften stärker an die Zensurkette gelegt. Die größeren Publikationen mußten immer in Berlin eingereicht werden, und viele wurden abgelehnt. Es gab ja auch in den Geisteswissenschaften mutige Leute. Das Vorbild der SU galt in der DDR bloß bis 1987, und dann galt das Wort, das wir dann gerne zitierten – die Parteilosen –: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“ nicht mehr. Das war dann nicht mehr erwünscht, und das ging ja dann bis zum „Sputnik“-Verbot, was zu einem ersten kleinen Aufstand einiger weniger Leute an einigen Hochschulen führte. Ihre zweite Frage, Hochschullehrer aus der DDR seien mit den alten Methoden ausgebildet, und nun sollten sie neue Lehrinhalte vertreten, ginge das? Ich muß dazu sagen, in den Geistes- und Sozialwissenschaften, die besonders an der Kette lagen – ich sagte es gerade –, ist natürlich der Anteil westdeutscher Professoren sehr viel höher, hier liegt er bei 80 Prozent. In den Naturwissenschaften liegt dafür der Anteil an früheren ostdeutschen Professoren oder an ehemaligen Mittelbau-Vertretern höher. Allerdings die Frage, ob die verbliebenen Professoren – das beziehe ich jetzt auch auf mich ganz persönlich – einer Umschulung unterworfen werden sollten (Heiterkeit), muß ich doch zurückweisen. Wissen Sie, ich habe mich gegen jede Art von Schulung 40 Jahre lang gewehrt und habe das geschafft. Und diejenigen, die jetzt noch an den Universitäten sind – es gibt da auch ein paar schwarze Schafe, die durchgerutscht sind –, haben aber einen höheren Anteil an selbständigen Denkern, als es an jeder beliebigen anderen Hochschule im Moment auf der Welt gibt, denn diese Leute haben Zivilcourage bewiesen. Sie sind eben deswegen im Mittelbau geblieben, weil sie keine Kompromisse gemacht haben, sie waren ja exzellent. Ich wehre mich dagegen, daß uns allen Ostdeutschen jetzt Defekte sozusagen zugeordnet werden, möglicherweise therapeutische Behandlung als erforderlich bezeichnet wird – das ist genau das, was den Graben vertieft und was ich nicht mehr hören kann.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Von Umschulung war hier gar nicht die Rede. Bei allen Pädagogen hat es Lehrerfortbildung gegeben, auch

bei uns machen die Herren Pädagogen Fortbildungslehrgänge. Das müssen Sie erläutern; das ist völlig normal bei uns in der Bundesrepublik.

Prof. Dr. Cornelius Weiss: Ja, diese Fortbildung machen wir ja routinemäßig, also im normalen Rhythmus mit.

Zur Frage der Mischung: Wir haben 40 Prozent, in manchen Gebieten 80 Prozent westdeutsche Kollegen. Das beantwortet noch eine zweite Frage, wie das Verhältnis Ost-West an den Hochschulen sei. Ich kann ohne Erröten sagen, dieses Verhältnis ist ausgezeichnet. Es gibt jedoch Reibungspunkte. Durch die Weisheit der Landesregierung wurden die sächsischen Hochschullehrer z.B. nicht verbeamtet, wenn sie das Alter von 50 Jahren überschritten hatten, die anderen sind es, es gibt Gehaltsunterschiede, es gibt die Versorgungsunterschiede im Alter. Das kann manchmal zu Neid und Mißgunst führen, es gibt auch gelegentlich Mißverständnisse, aber es gibt keinen prinzipiellen Graben. Ich habe dafür auch eine Erklärung. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die nach Ostdeutschland gekommen sind zu einer Zeit, wo es dort nicht besonders schön war – da war Leipzig noch dreckig, und die Luft war grau und die Fassaden waren furchtbar, und es gab keine freien Sitze in den Cafés, und die Leute sahen auch noch einigermaßen elend und verhärtet aus –, sie sind gekommen, sie haben das auf sich genommen. Das ist eine positive Auswahl von Leuten, die auch mal ihre eigenen Interessen einen Moment zurücksetzen und die aus Neugier gekommen sind, die die Freiräume sahen, die Gestaltungsmöglichkeiten. Und die verstehen sich mit denen, die aus dem akademischen Mittelbau berufen wurden, aufs beste. Natürlich gibt es auch überall Ausnahmen – ich muß holzschnittartig arbeiten mit Blick auf die Uhr dort –, natürlich gibt es auch ganz andere Ostdeutsche und Westdeutsche und Ausländer. Aber sie arbeiten im Prinzip sehr gut zusammen, und wenn das nicht der Fall ist, dann greife ich ein und lade mir die Brüder mal auf eine Flasche Rotwein ein und, siehe da, am nächsten Morgen ist die Sache ausgestanden. (Heiterkeit)

Herr Kowalczyk, Sie fragten, ob die wissenschaftliche Qualifikation eingehalten wurde in den letzten DDR-Jahren. Nein, ganz gewiß nicht. Ich kenne genügend Leute, die wurden berufen aufgrund des Parteibuchs, sie waren nicht habilitiert, promoviert waren sie alle. Aber ich kenne genügend solche Leute, und die fielen dann bei den Fachkommissionen, die die fachlichen Qualifikationen zu evaluieren hatten, natürlich unangenehm auf, und sie sind inzwischen aber nicht mehr an den Hochschulen.

Ich habe vorhin die Vergessenen erwähnt – natürlich, ich habe ja das Beispiel meiner Tochter erwähnt, die, weil sie konfirmiert war, eben nicht zur EOS sollte und dann auch ihr musikwissenschaftliches Studium nicht hätte machen können. Und dann komme ich gleich auf eine Frage zurück, die in den Papieren stand. Damals in der EOS gab es, wenn man wahnsinnig kämpfte und geschickt war und Glück hatte, durchaus noch Korrekturmöglichkeiten für solche Kaderentscheidungen. Ich hatte das Glück, daß damals gerade Helsinki lief, und da stand in den von der DDR unterschriebenen Papieren drin, keine Dis-

kriminierung aufgrund der Hautfarbe, Religion etc. Trotzdem mußte ich über die Toppel-Toppel-Tour Stadtbezirksschulrat, Stadtschulrat, Bezirksschulrat und Staatsratseingabe gehen und außerdem noch die Lüge von mir geben, daß die Abteilung Inneres mir nach meiner Rückkehr aus Rußland – ich habe zehn Jahre in Rußland gelebt – versprochen hätte, daß meine Kinder und ich alle Entwicklungsmöglichkeiten haben würden, damit ich als Student in der DDR bleibe. Das war zwar gelogen, das hatten sie meinem Vater versprochen, aber sie haben es geglaubt. Und diese Benachteiligten sind natürlich nicht vergessen, aber da ist Wiedergutmachung nun besonders schwer, das ist ganz klar. Und ich sage Ihnen, meinem Sohn ging es genauso. Der war nämlich Totalverweigerer, der wollte nicht mal Bausoldat werden, Sie wissen, was das bedeutete. Der durfte dann nicht mal in eine ordentliche Lehre.

Herr Huber, Hochschullehrer und Mittelbau waren in der Regel nicht Nomenklaturkader. Also einzelne Hochschullehrer – es wurde gesagt vorhin –, die Dekane werden sollten, wurden möglicherweise in den letzten Jahren in diese Reihe dort eingeordnet, auf jeden Fall Rektoren und Prorektoren. Die Prüfung des Nomenklaturkaders „Rektor der Universität Leipzig“ dauerte eineinhalb Jahre trotz lupenreiner proletarischer Vorfahren. Trotz wirklich sehr bekannter ideologischer Haltung (übrigens ein sehr anständiger Mann) hatte er den kleinen Nachteil, daß er mit einer Adelligen verheiratet war. Das reichte schon, daß sein Kadervorgang eineinhalb Jahre in Berlin war, bevor er als Rektor gewählt werden konnte; er wurde ja bestimmt und dann gewählt. Natürlich gab es im Mittelbau auch Leute, die mit dem Regime voll und ganz d'accord waren, aber der Anteil der Leute, die mit dem Regime übereinstimmten, war im Mittelbau deutlich geringer als unter der Professorenschaft. Der Anteil der SED-Leute, wenn man das mal als grobes Kriterium – es stimmt nicht ganz – der Übereinstimmung mit dem Regime wählen will, dieser Anteil nahm natürlich in der Hierarchie deutlich zu. Und die Einspruchsmöglichkeiten wurden immer kleiner. Während man an der Schule noch mit Eingaben arbeiten konnte, als Student noch mit phänomenalen wissenschaftlichen Leistungen, so daß sie an einem nicht vorbei konnten, und mit untadeligem Lebenswandel – bei Professuren konnte man lebenswandeln, wie man wollte –, also da fehlten immer die „fünf Gramm“, so nannten wir das; „bin fünf Gramm zu leicht.“

Herr Hilsberg, die Frage nach der Bilanz der Demokratisierung und auch nach Gewinnern und Verlierern, das ist eine schwierige Sache. Es gibt Gewinner und Verlierer, aber da komme ich auf einen sensiblen Punkt, ich sage das deswegen mit aller Vorsicht und bitte, dies nicht zu verallgemeinern. Es gibt Gewinner, das waren Leute, die aus der alten Bundesrepublik von der sogenannten Dozentenhalde, wo sie nach ihrer Qualifikation bis zum Sankt Nimmerleinstag an und für sich hätten schmoren müssen, in der Eile nach Ostdeutschland berufen wurden. Das ist der Anteil – ich erwähne es nicht gern, und ich möchte es auf keinen Fall verallgemeinert wissen –, die uns auch das Leben sehr schwer machen mit ihren Rechten, sie sind z.B. die, die dauernd das Wort Wissenschaftsfreiheit im Munde führen und dann aber nie da sind, wenn man sie mal braucht und vielleicht fragen möchte. Die sind die Gewinner, das ist

aber, glaube ich, ein Verlust, der nicht so schlimm ist, also ein Reibungsverlust oder wie man das nennen soll. Etwas peinlicher und mir ans Herz gehend, das sind die Verlierer – ich habe einen solchen Fall schon genannt –, denn das sind Menschen, die zum Teil hochanständig waren und die nun aus fiskalischen Gründen keine Stelle mehr haben, denn, und das ist das Tragische am Hochschulumbau Ost, zugleich mit der angestrebten geistigen, strukturellen und personellen Erneuerung zur Vergangenheitsbewältigung kam ein drastischer Stellenabbau in Sachsen um 50 Prozent, bei der Universität Leipzig von fast 70 Prozent allein aus fiskalischen Gründen. Die Universität Leipzig umfaßte zusammen mit den mit ihr fusionierten Einrichtungen Pädagogische Hochschule, Deutsche Hochschule für Körperkultur und Sport, Kirchliche Hochschule etc. 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und wir hatten jetzt 2.400. Sie können sich vorstellen, daß das die personelle Erneuerung, auch die ideelle Auseinandersetzung um die Vergangenheit, ganz gewaltig belastet hat. Es fing ein Kampf mit den Ellenbogen an, die Angst grassierte, es gab natürlich dann auch Denunzianten, wir nannten sie die „Jäger und Sammler“, die versuchten, in uralten Universitätszeitungen irgendwelche kompromittierenden Artikelchen und Bildchen rauszuholen, etwa „ärztlicher Direktor in Kampfgruppenuniform“ oder so. Also da gab es alles mögliche – die armen Ärzte mußten das machen, es gehörte mit zur Rot-Kreuz-Ausbildung. Da ist vielen, vielen Leuten insofern Unrecht geschehen, als sie jetzt im Vorruhestand oder arbeitslos sind. Und das wiederum ist eine Vergeudung von menschlicher Kapazität, von wissenschaftlicher Kapazität, vom wichtigsten Kapital, das wir in Deutschland eigentlich brauchen, und es will mir nicht in den Kopf, daß das wahrscheinlich reichste Land der Welt – jedenfalls was das Privatvermögen in den Privathaushalten betrifft – es sich nicht leisten kann, diese – es mögen etwa 10.000 sein, nein, die Zahl ist zu hoch, ich nehme mal bloß die Integren – 5.000 integren und hochqualifizierten Wissenschaftler durch WIP-Programme oder analoge Konstruktionen weiter zu beschäftigen. Wir brauchen diese Leute im Osten ganz besonders, da wir keine Industrieforschung mehr haben, denn die Industrieforschung ist als erstes im Zusammenhang mit der Privatisierung abgebaut worden. Hier also gibt es eine große Kapazität, die wir jetzt verschleudern – sehr schade, eines meiner Schmerzthemen.

Herr Fricke, Ihre Frage nach dem „Verhältnis Wessis – Ossis“ darf ich als beantwortet betrachten. Herr Kollege Mocek: 90 Prozent Ordentliche Professoren in der SED, Sie zweifelten daran und meinten, 50 Prozent wären „Kampfziel“ in Halle gewesen. Vielleicht ja, ich weiß es nicht. Zu DDR-Zeiten war ich ein Nobody, ein Niemand, ich habe gar nicht gewußt, wie es an anderen Hochschulen zugeht, und wie es in Leipzig zugeht, darum habe ich mich tunlichst auch nicht gekümmert, ich wollte nicht gerne auffallen. Allerdings würde ich denken, daß in Merseburg an der Technischen Hochschule der Anteil noch höher war.

Sie sagten, Herr Kollege Faulenbach, ich sei unwissenschaftlich rangegangen – das stimmt, absolut unwissenschaftlich, ich bin theoretischer Chemiker, ich verstehe nichts von Soziologie, Geschichte und ähnlichen Vorgängen. Ich habe

das aber eingangs gesagt, es ist ein subjektiver Bericht. Natürlich gab es Entwicklungsphasen in der Kaderpolitik, aber die wurden bestens und wissenschaftlich untermauert von Herrn Kollegen Wagner vorgetragen. Ich konnte diese Phasen gar nicht bezeichnen, weil ich ja da mitgewachsen bin. Eine Phase ist mir in Erinnerung, das war 1968, nachdem die Panzer in der CSSR eingerollt waren. Damals machte sich eine Verhärtung breit, danach kam eine Reihe von Verschärfungen, auch an den Hochschulen, dann wurde die Universitätskirche schon im Vorfeld – damals war ja schon der Prager Frühling –, im Mai 1968 gesprengt, einmarschiert wurde am 21. August. Da gab es eine deutliche Zäsur, da war eine Eiszeit ausgebrochen, und jeder verkroch sich, so gut er nur konnte. Und ob man auch horizontal schichten müßte – das könnte ich mir vorstellen. Allerdings war die DDR ein zentralistischer Staat, ich glaube nicht, daß die SED große Abweichungen zugelassen hätte. Da wäre sofort der Parteauftrag rausgegangen, die Parteiorganisation Halle möge mal gefälligst ihren SED-Kader-Anteil raufsetzen – würde ich denken, aber das ist laienhaft.

Die Selbsterneuerungskräfte – wie groß die waren, wie stark die waren – ja, das ist schwer zu sagen. Zu DDR-Zeiten lebte jeder tunlichst in seiner Nische, man hatte seine Freunde, seine Bekannten, es gab ein paar Beziehungen, man tauschte, wenn man hatte, Westzeitschriften, man traf sich. Ansonsten war man aber doch ziemlich abgeschottet. Die erste Öffnung erfolgte eigentlich in Leipzig und den anderen sächsischen Städten und meinetwegen auch in Mecklenburg mit den Demonstrationen des Herbstes 1989. Das war ein Coming-out, denn dort sagte man: „Hach, dort der Kollege, den hatte ich immer für einen Scharfmacher gehalten, der ist ja auch unterwegs.“ Und nicht alle waren ohne Auftrag unterwegs, die erkannte man aber an ihren merkwürdigen Joggingschuhen, die hatten Joggingschuhe an. Haben Sie das nicht beobachtet? Die hatten Joggingschuhe an und Windjacken. Nein, nein, es waren also auch Kollegen dabei, die waren ernst zu nehmen. Und die fanden sich dann im Frühjahr 1990 – in der Universität Leipzig war es so, und in Halle war es auch so – in den Fluren zusammen und fragten sich besorgt, was passiert denn an der Uni – gar nichts – und gründeten flugs – in Halle zuerst, und wir haben es abgekupfert in Leipzig – sogenannte „Initiativgruppen zur demokratischen Erneuerung“ der jeweiligen Universität. Das waren zunächst Naturwissenschaftler. Es kamen aber sehr schnell auch ein paar zivilcouragierte Geisteswissenschaftler dazu und Mediziner. Und wir haben dann in stundenlangen Diskussionen Demokratie versucht zu erlernen, das mit der Moderation und so, haben Erklärungen verfaßt, haben die in die Presse gebracht, wurden bekannt allmählich in der Universität, wurden gewählt, und diese Leute sitzen jetzt im Rektorat, sind Dekane, sitzen im Personalrat und in der gesamten Universitätsverwaltung. Wir haben die ganze Universitätsverwaltung mit Naturwissenschaftlern und Geisteswissenschaftlern aus der Initiativgruppe bestückt, weil wir der Ansicht waren, daß die alte Verwaltung komplett ab Dezernentenebene – und dann gibt es darunter noch eine, die Sachgebietsleiterebene – substituiert werden muß, denn das waren Befehlsempfänger und -weitergeber; „durchstel-

len“ hieß das Wort in der DDR. Und das brauchten wir nicht für eine ordentliche Selbstverwaltung.

Ja, die Frage der Ebenen und Zeitabschnitte, die habe ich eben schon erwähnt, Herr Kollege Burrichter, die der Technokraten auch. Zu den Personalbögen der Studenten ganz kurz noch: Personalbögen der Studenten gab es, die mußte man ja selbst ausfüllen, wenn man sich einschrieb, die sind übrigens alle noch vorhanden, sie wurden aber nicht bei irgendwelchen Direktoraten geführt, sondern nach Ablauf des Studiums archiviert. Seit der Erneuerung der Universität wird das Archiv nach den Regeln, die für Archive gelten, geführt, das heißt, da kommt überhaupt niemand ran. Die Unterlagen sind aber komplett noch vorhanden. Sie haben das Recht, Ihre allernächsten Verwandten und einige Bevollmächtigte, sich diese Unterlagen anzusehen, sonst niemand. Damit, mit diesen Dingen, kann niemand spielen. Aber die Direkorate waren mehr die Verwaltung der aktiven vorhandenen Studenten.

Die Neubesetzungen, Herr Kuhn, erfolgten, wie es generell in Deutschland üblich ist, durch Ausschreibung, eine Berufungskommission wurde vom Senat bestätigt. Die Berufungskommission hatte die Zusammensetzung, vor allen Dingen in der Erneuerungsphase, von mindestens 50 Prozent Kollegen aus den alten Bundesländern, aber auch Kollegen natürlich von vor Ort. Vorher wurden die Voten der Personalkommission eingeholt. Wir hatten in Leipzig noch eine besondere Instanz, den Vertrauensausschuß, das war eine Gründung dieser Initiativgruppe. Wir hatten ein paar Leute aus dem Bürgerkomitee in Leipzig dabei, hatten dadurch gute Beziehungen zu Ihrer Behörde in Berlin, Herr Kollege Braun, und die haben uns frühzeitig schon Auskünfte gegeben, da war das durch Gesetz noch gar nicht so gefordert, erlaubt war es. Und mit diesen Auskünften versehen, hat dann die Berufungskommission eine Dreierliste gemacht, die geht in den Senat, nach Beschluß und mit Empfehlung in das Ministerium, und der Minister beruft. Also das ist so wie überall. Es gab einen „Sachsenbonus“; um gerade denen, die in der DDR zurückgesetzt wurden, eine faire Chance zu geben, wurden in solchen Fällen manche fachliche Anforderungen ein wenig zurückgeschraubt. Auf die Weise ist es zu den vorhin erwähnten Prozentzahlen gekommen.

Abg. Markus Meckel (SPD): Die Sachsen waren in der DDR nicht alle benachteiligt.

Prof. Dr. Cornelius Weiss: Ich bin Preuße. (Heiterkeit)

Und jetzt muß ich noch eine ungefragte Antwort geben. Mein Nachbar hat gesagt: Für die Intelligenz war es schwer, in die SED reinzukommen. Das stimmt nicht, im Gegenteil. Es wurde jetzt immer behauptet von den Leuten: „Ich mußte ja in der SED sein.“ Auch das stimmt nicht – reine Schutzbehauptung –, man wurde gefragt, ziemlich höflich, und wenn man dreimal nein sagte, möglichst unbegründet, damit es keine lange Diskussion gibt, dann wurde man als unverbesserlicher Fall eigentlich in Ruhe gelassen, so war das. Niemand wurde gezwungen, aber wer rein wollte, konnte. Es gab nur ganz kurze Zeiten, da

mußten mal wieder die Anteile von Arbeitern und Bauern raufgesetzt werden, aber das waren kurze Perioden. Vielen Dank. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ja, herzlichen Dank, Herr Rektor. Ich glaube, mit oder ohne Rotwein, in Leipzig kann man gewinnbringend an Ihrer Universität arbeiten und auch studieren.

Pause 20.15 bis 20.25 Uhr

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie bitten Platz zu nehmen. Herr Dr. Braun, ich bitte Sie, zu beginnen.

Dr. Matthias Braun: Ich spreche über den „Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf die Kaderpolitik an den Hochschulen der DDR.“

I. Zu Struktur und Aufgaben des Arbeitsbereiches Universitäten/Hochschulen im MfS.

Der Arbeitsbereich Universitäten/Hochschulen war von Anfang an in die für die Sicherung des „gesellschaftlichen Überbaus“ zuständige Struktureinheit des MfS integriert. In den fünfziger Jahren war das die Hauptabteilung V, ab 1964 die Hauptabteilung XX. 1981 entstand eine eigene Unterabteilung – die Hauptabteilung XX/8, der einzig und allein die operative Bearbeitung der Einrichtungen des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) und des Ministeriums für Volksbildung (MfV) oblag. Dieser Dienstseinheit fielen, wie auch ihren Vorläufern, im Sinne der Wissenschafts- und Bildungspolitik der SED an den Universitäten und Hochschulen u.a. folgende drei Schwerpunktaufgaben zu:

1. Gewährleistung einer ständigen Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage,
2. Abwehr der vermuteten Einflußnahme westlicher Geheimdienste auf den Hochschulbereich,
3. Sicherung von Auslands- und Reisekadern, Geheimnisträgern sowie spionagegefährdeter Bereiche und Prozesse.

Verantwortlich dafür war innerhalb der Hauptabteilung XX/8 das Referat I. Dort waren 1988 zehn hauptamtliche Mitarbeiter tätig. Diese führten 121 Inoffizielle Mitarbeiter (IM) und zehn Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit (GMS). Aus diesen beiden IM-Gruppen gehörten im übrigen 105 der SED an. Wegen der zentralstaatlichen Verantwortlichkeit des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen für die Berufung von Professoren und Dozenten an allen Hoch- und Fachschulen der DDR sowie in Anbetracht der politischen Relevanz von Auslandseinsätzen von Hochschulkadern und auch der Koordinierung des Geheimnisschutzes kam der Hauptabteilung XX/8, Referat I, eine prägnante sicherheitspolitische Aufgabe zu. Um diese erfüllen zu können, war das MfS stets bestrebt, die hierfür wichtigen Schlüsselpositionen möglichst mit inoffiziellen Kräften, vorzugsweise mit Offizieren im besonderen Einsatz (Oi-

bE), Experten-IM (IME), IM mit Feindberührung (IMB) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern Sicherheit zu besetzen. So waren z.B. die Stelle des Abteilungsleiters für Sonderaufgaben und die Stelle des Leiters der Reisestelle im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen mit OibE und wichtige Positionen in der Kaderabteilung, der Abteilung Forschung und der Auslandsabteilung mit IME, also Inoffiziellen Mitarbeitern/Experten besetzt. Auf der Ebene der Bezirksverwaltungen (BV) zeichneten für die geheimdienstliche Überwachung und Zusammenarbeit zwischen dem MfS und den einzelnen Universitäten und Hochschulen der DDR in der Regel die Referate XX/8 der Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen verantwortlich. In dem für die Berliner Humboldt-Universität zuständigen Referat der Bezirksverwaltung Berlin waren beispielsweise 12 operative Mitarbeiter, in der für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verantwortlichen Dienst Einheit der BV Halle sieben operative Mitarbeiter im Einsatz. Die operative Bearbeitung der theologischen Sektionen fiel in die Kompetenz des mit Kirchenfragen befaßten Referates XX/4. Die personalstarken medizinischen Bereiche der Universitäten bzw. die medizinischen Akademien wiederum wurden durch die für das Gesundheitswesen zuständigen Referate XX/1 bearbeitet. Einen Sonderfall stellte die Bezirksverwaltung Dresden dar. Dort wurde wegen „schwerpunktmäßiger Absicherung der Technischen Universität, der Verkehrshochschule und Ingenieurhochschule Dresden“ eine eigene Objektdienststelle „Technische Universität/Hochschulen“ gegründet und direkt dem Stellvertreter Operativ der BV Dresden unterstellt.

Unabhängig von der objektbezogenen Zuordnung konnten die annähernd 41.000 Mitarbeiter aus den Bereichen Lehre, Forschung und Erziehung der Hochschulen der DDR auch durch andere Struktureinheiten des MfS operativ bearbeitet werden. Dazu gehörten etwa die für die innere Abwehr zuständige Hauptabteilung II bzw. ihre entsprechenden Abteilungen auf Bezirksebene, die Auslandsaufklärung (Hauptverwaltung Aufklärung bzw. die Abteilungen XV) und die für den Wirtschafts- und Techniksektor verantwortlichen Dienst Einheiten, die Hauptabteilung XVIII bzw. die Abteilungen XVIII auf der Bezirksebene.

Als Grundsatzdokumente für die fachspezifische „politisch-operative Arbeit“ im Sicherungsbereich Bildungswesen gelten die Richtlinie 1/56 „Über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen der Deutschen Demokratischen Republik“ und die Dienstanweisung 4/66 „Zur politisch-operativen Bekämpfung der politisch-ideologischen Diversion und Untergrundtätigkeit unter jugendlichen Personenkreisen in der DDR.“ Sind in dem erstgenannten Dokument besonders die grundlegenden Aufgaben und Methoden der geheimdienstlichen Arbeit an den Universitäten festgelegt, so versuchte das MfS mit der Dienstanweisung 4/66 und ihren Durchführungsbestimmungen besonders der Durchsetzung des „Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ von 1965 und der nachfolgenden Dritten Hochschulreform Rechnung zu tragen. Im Kern ging es dem MfS dabei um eine intensivere operative Aufklärung, Überwachung und Absicherung aller schuli-

schen und wissenschaftlichen Einrichtungen bzw. Kader im Bereich der Hochschulen und Einrichtungen der Volksbildung.

II. Einflußnahme des MfS auf die Kaderentwicklung an den Hochschulen der DDR

Der Einfluß bzw. die Einwirkungsmöglichkeiten des MfS auf die Kaderentwicklung an den Universitäten/Hochschulen entfalteten sich einerseits auf einer inoffiziellen und insofern besonders wirksamen Ebene, die gelegentlich auch als die „unsichtbare Front“ bezeichnet wird, andererseits auf der offiziellen Ebene als reguläres staatliches Organ des Ministerrates der DDR.

Aus Zeitgründen muß ich die Schilderung der offiziellen Einflußmöglichkeiten auf drei Stichworte zusammenfassen. Es waren dies

- Einspruchsmöglichkeiten des MfS bei Vorlagen des Ministerrates zu Kadernomenklaturen sowie zu Kader- und Forschungsverordnungen,
- offizielle Kontaktgespräche von MfS-Mitarbeitern mit den Rektoren und der gesamten ersten Leitungsebene einer Hochschule,
- die Existenz eines Beauftragten für Sicherheit und Geheimnisschutz (in der Regel ein OibE) in jeder Hochschuleinrichtung, der in bezug auf die Kadersicherung „die Auswahl, Überprüfung und Bestätigung von Kadern zu beeinflussen (hatte), die für Aufgaben mit spezifischen sicherheitspolitischen Anforderungen eingesetzt werden.“

Das MfS hat variantenreich inoffiziellen Einfluß auf die Entwicklung von Studenten, Mitarbeitern des Lehrkörpers und der Verwaltungsangestellten im DDR-Hochschulwesen genommen. Dabei gilt es generell zwischen zwei sehr unterschiedlichen Methoden zu unterscheiden. Zum einen handelte es sich hierbei um die Methoden der Überwachung von Personen durch das MfS und zum anderen um die nicht minder vielfältigen Formen der inoffiziellen Zusammenarbeit mit Personen.

Zu den wirkungsvollen repressiven Maßnahmen des MfS gegenüber widerständigem Verhalten einzelner Personen an den Hochschulen der DDR liegen bereits Zeitzeugenberichte und auch erste Forschungsergebnisse vor.

Ich möchte mich deswegen ausschließlich darauf konzentrieren, die subtileren Einflußmöglichkeiten des MfS bei der Kaderentwicklung der großen Gruppe systemloyaler bzw. SED-getreuer Hochschulangehöriger zu skizzieren. Dazu gehörten in erster Linie die Sicherheits- und Reisekaderüberprüfungen.

Sicherheitsüberprüfungen waren einzuleiten, wenn

1. eine staatliche Institution durch entsprechende staatliche Anordnungen bzw. durch Vereinbarungen mit dem MfS verpflichtet war, für den vorgesehenen Einsatz seiner Mitarbeiter in sicherheitsrelevanten Bereichen die Zustimmung des MfS einzuholen,

2. nach Einschätzung des MfS „spezifische sicherheitspolitische Erfordernisse“ eine entsprechende Überprüfung notwendig machten.

Zum ersten Maßnahmenkomplex: Sicherheitsüberprüfungen konnten durch staatliche Leiter oder Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen beantragt werden. Dies war der Fall bei:

- Kadervorschlägen bzw. Bewerbungen auf sicherheitsrelevante Funktionen,
- vorgesehenen Verpflichtungen zu Geheimmissschutz.

Ich beschränke mich hier auf den Fall eines Kadervorschlages für eine „sicherheitspolitisch bedeutende staatliche Funktion.“

Um bei Kadervorschlägen durch den staatlichen Leiter möglichst von vornherein einen etwaigen Dissens mit dem MfS zu vermeiden, waren die staatlichen Leiter gehalten, schon bei der Vorauswahl von potentiellen Kadern eine „Vorabstimmung“ mit dem MfS herbeizuführen.

Vorgeschlagene Kader, „die Entscheidungsbefugnisse bzw. Einflußmöglichkeiten auf bestimmte gesellschaftliche Bereiche übertragen bekommen“ sollten, hatten folgende sicherheitspolitische Anforderungen zu erfüllen:

- „– Bereitschaft und Fähigkeit zur konsequenten Durchsetzung der Politik der Partei und Staatsführung,
- konsequentes und unduldsames Verhalten gegenüber Rechtsverletzungen und sie begünstigenden Bedingungen, politische Wachsamkeit gegenüber feindlich-negativen Aktivitäten, gegnerischen Kontaktversuchen und Erscheinungsformen der politisch-ideologischen Diversion,
- vorbildliches und moralisch sauberes Verhalten im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich,
- kaderpolitische Eignung gemäß der vorgesehenen Funktion.“

Sicherheitsüberprüfungen zu Personen in besonderer Geheimhaltung unterliegenden Positionen fielen strenger aus. Dieser Personenkreis mußte z.B. zusätzlich „zum Verzicht bzw. zur Meldung und zum Abbruch privater Verbindungen und Kontakte nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin sowie Bereitschaft zum Verzicht auf private Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, ... einschließlich durch im Haushalt lebende(n) Angehörige(n)“ bereit sein, um den Segen der Staatssicherheit zu erhalten.

Das MfS führte seine Sicherheitsüberprüfungen jeweils im engen politisch-operativen Zusammenwirken mit Vertretern anderer offizieller staatlicher Organe und Einrichtungen bzw. gesellschaftlicher Organisationen durch. Dieses „Zusammenwirken“ hatte nur mit „überprüften und zuverlässigen Personen“ zu erfolgen. Zielstellung und Aufgabe des MfS in diesem Verfahren war es – ich zitiere weiter –, auf den jeweils konkreten „Einsatz bzw. die Erlaubnis oder Genehmigung durch die zuständigen staatlichen Leiter ... durch Zustimmung bzw. Nichtzustimmung Einfluß zu nehmen.“

Der Richtlinie 1/82 ist zu entnehmen, daß der antragstellende staatliche Leiter bei seiner Entscheidungsfindung stets von der vom MfS getroffenen Entscheidung ausgehen sollte. Die Staatssicherheit teilte in jedem Falle ihre Entscheidung nur mündlich mit.

Bei der Sicherheitsüberprüfung eines Hochschulmitarbeiters entschied der Leiter der „für die Arbeitsstelle des Kaders objektmäßig zuständigen operativen Dienst Einheit“ über Zustimmung oder Ablehnung des Antrags durch das MfS. Im Falle der Berliner Humboldt-Universität war das bis 1988 der Leiter der Abteilung XX/3 der BV Berlin oder etwa für die Martin-Luther-Universität in Halle der Leiter der Abteilung XX/8 der BV Halle.

Der antragstellende staatliche Leiter war in seiner Eigenschaft als Staatsfunktionär verpflichtet, die vom MfS getroffene Entscheidung stets als seine eigene Entscheidung auszugeben. Für den Fall, daß dieser sich über die vom MfS getroffene „Nichtzustimmung“ hinwegsetzen wollte, sollten alle Möglichkeiten des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ genutzt werden, um den „Uneinsichtigen“ von der Entscheidung des MfS doch noch zu überzeugen. Zitat: „Die im Ergebnis der Sicherheitsprüfungen zu treffenden Entscheidungen“, so hieß es in der Richtlinie 1/82, „tragen einen zutiefst politischen Charakter und können zugleich weitgehende Auswirkungen auf die persönliche Entwicklung und die Realisierung persönlicher Interessen der überprüften Person haben.“

In jedem Falle zog eine Sicherheitsüberprüfung für die überprüfte Person weitere sicherheitspolitische Maßnahmen nach sich. Verlieh die Überprüfung „positiv“, unterlag die überprüfte Person, bedingt durch ihre neue Funktion, z.B. als Sektionsdirektor, zusätzlichen Sicherheitsauflagen. Verlieh die Überprüfung „negativ“, dann leitete das MfS von sich aus weitere Überprüfungsmaßnahmen, häufig eine Operative Personenkontrolle, gegen die überprüfte Person ein. Für den Fall, daß ein staatlicher Leiter sich über das Veto des MfS hinwegsetzte, mußte sowohl der staatliche Leiter als auch die überprüfte Person erst recht mit weiteren Maßnahmen des MfS rechnen. In diesem Sonderfall „hat der Leiter der zuständigen Dienst Einheit des MfS seinen übergeordneten Leiter zu informieren und weitere erforderliche Maßnahmen vorzuschlagen.“

Wurde eine Person, die sich bereits in einer „sicherheitspolitisch bedeutsamen Position befand“, bei einer erneuten Überprüfung durch den Staatssicherheitsdienst nicht bestätigt, so hatte der Leiter der zuständigen Dienst Einheit des MfS durch „politisch-operative Einflußnahme zu sichern“, daß diese Person aus ihrem bisherigen Arbeitsumfeld „herausgelöst oder umgesetzt bzw. die entsprechende Erlaubnis oder Genehmigung entzogen wird.“ Gängige Praxis war es, daß der zuständige MfS-Mitarbeiter offiziell mit einem Vertreter der ersten staatlichen Leitungsebene der Universität über solch eine „Herauslösung“ sprach.

Mit dem geheimdienstlichen Instrument der „Sicherheitsüberprüfung“ operierte der Staatssicherheitsdienst auch im studentischen Bereich der Hochschulen sehr intensiv. Damit die SED ständige Gewißheit darüber hatte, daß

während des Studiums möglichst nur die „richtigen Kader“ gefördert wurden, arbeiteten Partei- und FDJ-Organisation sowie die zuständige Dienststelle des MfS bei der Kontrolle und Überprüfung der Studentenschaft eng zusammen. Zu diesem Zweck hatte sich das MfS einen ganzen Katalog operativ interessanter Situationen innerhalb des Studienablaufs vom Studienbeginn bis zur Leitung eines Studentenklubs zurechtgelegt, anlässlich derer es „vorbeugende Sicherheitsüberprüfungen“ unter der Studentenschaft durchführen wollte.

Auch die Abteilungen I der Deutschen Volkspolizei, die Direktorate für Studienangelegenheiten, die stellvertretenden Sektionsdirektoren, zuständig für Erziehung und Ausbildung, die Studienregistratur in den Hochschulen, die Leiter der Internate und die jeweiligen FDJ-Leitungen wirkten bei der Sicherheitsüberprüfung von Studenten mit. Hierbei gewann der „zielgerichtete und personenbezogene Einsatz“ der Inoffiziellen Mitarbeiter und Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit seine eigene Bedeutung. Sie sollten jene Informationen erarbeiten, die eben nur mit konspirativen Mitteln und Methoden erreichbar waren. Dazu zählten Informationen zum Freizeitverhalten genauso wie mögliche Motive der Bewerbung für die vorgesehene Aufgabe, aber auch politisch-ideologische Einstellung und Persönlichkeitseigenschaften.

Um die Studentenschaft einer Hochschule zu jeder Zeit umfassend aufklären zu können, wurde beispielsweise an der Berliner Humboldt-Universität in den achtziger Jahren durch das MfS zusätzlich ein OibE, offiziell als wissenschaftlicher Mitarbeiter/ZbV, also zur besonderen Verfügung, beim Prorektor für Erziehung und Ausbildung plazierte, der „alle Struktureinheiten der Universität frequentieren und mit verantwortlichen Sektionsangehörigen sprechen“ konnte.

Sicherheitsüberprüfungen von Assistenten, Dozenten und Professoren verliefen nach dem gleichen Muster.

III. Zu den Reise- und Auslandskaderüberprüfungen

Die Begriffe Reise- und Auslandskader stellen in der deutschen Sprache sogenannte Wort-Neuprägungen dar, die erst in der DDR entstanden. „Reisekader“ waren Dienstreisende mit einer Aufenthaltsdauer bis zu sechs Monaten im sozialistischen und nichtsozialistischen Ausland. „Auslandskader“ waren ebenfalls Dienstreisende mit einer Aufenthaltsdauer von mehr als sechs Monaten. Dazu konnten auch mitreisende Ehepartner und Kinder bis zu 14 Jahren zählen.

Mit der Überprüfungspflicht dieser Kader, einer Spezialvariante der Sicherheitsüberprüfung, besaß das MfS ein weiteres, sehr wirkungsvolles geheimdienstliches Steuerungsmittel. Abweichend von den allgemeinen Sicherheitsüberprüfungen wurden bei den Reise- und Auslandskaderüberprüfungen zur Durchsetzung der politisch-operativen Interessen des MfS in den Arbeitsstellen der Betroffenen zusätzlich Beratungs- und Kontrollgruppen tätig, deren personelle Besetzung verbindlich festgelegt war. An einer Hochschule ge-

hörten für gewöhnlich dieser Gruppe der Prorektor des jeweiligen Fachbereichs, der Direktor Kader/Weiterbildung, der 2. Sekretär der SED-Grundorganisationsleitung und der Beauftragte für Sicherheit und Geheimnisschutz, also zumindest ein OibE, IME oder GMS, an.

Bei der Entscheidung durch das MfS wurde in jedem Einzelfall das Interesse an der – ich zitiere

- „– konsequenten Durchsetzung der Politik der Partei und Staatsführung,
 – Gewährleistung der staatlichen Sicherheit,
 – Durchsetzung objektiver Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung,
 – vorbeugenden Verhinderung von politischen, ideologischen und materiellen Schäden“

zugrunde gelegt.

Als jeweils aufzuklärende Bereiche bei den zur Überprüfung eingereichten Personen wurden genannt:

- „– Politisch-ideologisches Gesamtverhalten, Entwicklung des sozialistischen Staatsbewußtseins, politische Zuverlässigkeit,
 – Verbindungen in der DDR und deren Charakter,
 – familiäre Verhältnisse, Vermögensverhältnisse,
 – Charaktereigenschaften, persönliche Eigenheiten, moralische Festigkeit, Korruptionsanfälligkeit,
 – Verbindungen, einschließlich die der Familienangehörigen, zu Personen außerhalb der DDR, insbesondere in nichtsozialistische Staaten und Westberlin sowie deren Charakter.“

Bei Wiederholungsüberprüfungen von Reisekadern griff das MfS auf offizielle und inoffizielle Einschätzungen bereits durchgeführter Auslandseinsätze zurück. Zu diesem Zweck wurden bestätigte Reise- und Auslandskader auf der Grundlage der 3. Durchführungsbestimmung des Befehls 299/65 in die Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien des MfS aufgenommen. Da im Verständnis des MfS Dienstreisen in den Westen am effektivsten durch Inoffizielle Mitarbeiter politisch-operativ gesichert werden konnten, hatten jene häufig auch bessere Aussichten, Reise- bzw. Auslandskader zu werden. „Die Auswahl von IM und die Gewinnung von IM unter Reisekadern“, so notierte die Dienstanweisung 4/75, „hat unter der Beachtung der Entwicklung der Auslandsbeziehungen zu nichtsozialistischen Staaten und Westberlin planmäßig, langfristig und schwerpunktmäßig zu erfolgen.“

Ein IM konnte jedoch nicht automatisch Reisekader werden. Auch dieser wurde auf seine „politisch-operative Zuverlässigkeit“ hin überprüft und hatte sich häufig zunächst „bei der Lösung von Aufgaben im Rahmen der politisch-operativen Sicherung im Innern der DDR“ zu bewähren. Kamen bei den Über-

prüfungsmaßnahmen „Zweifel an der politisch-operativen Zuverlässigkeit des Reisekader-IM“ auf, so wurde dieser unter einer entsprechenden Legende aus dem Kreis der Reisekader wieder „herausgelöst.“

Den Akten von Auslandsreisekader-IM ist zu entnehmen, daß diese durchaus mehrfach in ihrem Einsatzgebiet überprüft und bei sogenannter „operativer Notwendigkeit“ im Zusammenwirken mit staatlichen Stellen wieder nach Hause geschickt wurden. Bei langfristigen Auslandsaufenthalten von IM waren diese für die Dauer ihres Aufenthaltes an die Hauptverwaltung Aufklärung zu übergeben. Diese Praxis ist bei Wissenschaftlern mit längeren Forschungsaufenthalten bzw. Gastprofessuren im westlichen Ausland aktenkundig nachweisbar.

Eine kurze Schlußbemerkung: Im vielzitierten „engen politisch-operativen Zusammenwirken“ mit den jeweiligen Partei- und Staatsinstanzen im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und an den Hochschulen der DDR leisteten die für Hochschulfragen verantwortlichen Diensteinheiten des MfS also einen wichtigen Beitrag zur Durchsetzung der kader- und sicherheitspolitischen Maximen der SED.

Von den Hochschulen der DDR ging letzten Endes keine substantielle Gefahr für das SED-Regime aus. Die sozialistischen „Bildungs- und Denkfabriken“ leisteten ihren von der SED erwarteten staatstragenden Beitrag. Die Staatssicherheit hat mit ihrer eifrigen Durchsetzung kader- und sicherheitspolitischer Standards einen wesentlichen Beitrag zur allgemeinen „Friedhofsruhe“ an den Universitäten geleistet.

Ich danke Ihnen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Braun. Ich möchte Sie bitten, hier vorne zu bleiben, und bitte nun Herrn Tietz, seinen Vortrag zu halten.

Detlef Tietz: Als mich Herr Hilsberg vor drei Wochen anrief und fragte, ob ich einen Beitrag für die Enquete-Kommission liefern möchte, war ich erst eher skeptisch, ob ich das tun soll, weil ich denke, mein Thema bezieht sich wohl mehr auf die Schulen der DDR. Das ist fünf Jahre nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands aus meiner Sicht für das Thema „Schulen“ schon zu spät. Ich habe es dann doch gemacht, weil ich denke, daß es ein wenig Klarheit bei denjenigen hervorruft, was da eigentlich los war oder was auch los ist, die vielleicht nicht in dieser Situation waren. Ich habe gehört, daß die Hälfte der hier Sitzenden doch aus dem Ostteil des Landes stammt. (Heiterkeit)

Ich trete hier als Zeitzeuge auf, mein Vortrag ist denn auch nicht wissenschaftlich, er erhebt nicht diesen Anspruch. Ich war in den siebziger Jahren Schüler der Berliner Schule, in den achtziger Jahren also Lehrer der Ost-Berliner Schule und bin dann eigentlich durch einen Zufall 1990 zum Schulrat geworden in Berlin-Mitte, dem zukünftigen Regierungsbezirk, und ich will Ihnen

dann auch hier aus meiner Lehrtätigkeit bzw. Schulfachlehrertätigkeit ein paar Dinge offerieren. Ich möchte vorwegschicken, daß sich dies auf meinen persönlichen Erfahrungsbereich beschränkt, es kann natürlich nicht generalisiert werden für alle Schulen in Ostdeutschland und ist auch nicht auf alle Verwaltungen, die damit im Zusammenhang stehen, zu übertragen.

Damit Sie sich vielleicht einmal in so eine DDR-Schule hineinversetzen können, möchte ich an den Anfang Ausführungen meiner ehemaligen Direktorin in einem Pädagogischen Rat zum Schuljahresarbeitsplan der 29. Oberschule Prenzlauer Berg in Berlin im Schuljahr 1989/90 stellen. Sie hatte den Pädagogischen Kongreß heiß erlebt – ich auch, allerdings nur aus weiter Entfernung – und daraus nun Zielstellungen für das Lehrerkollegium artikuliert, und zwar für die politisch-pädagogische Arbeit. Es gab da drei Zielstellungen, davon waren zwei recht interessant, die will ich ihnen jetzt hier vortragen:

Für alle Lehrer gilt erstens die „Arbeit an der Erhöhung des theoretischen Niveaus durch regelmäßige und inhaltlich gut vorbereitete Teilnahme an der politischen und fachlichen Weiterbildung und durch qualitative Verbesserung des Selbststudiums“ – das war die erste Zielstellung, und die zweite war dann „konsequentes Auftreten und Handeln vom Standpunkt der Arbeiterklasse als politischer Funktionär und Leiter eines sozialistischen Schülerkollektivs, Schaffung eines politisch motivierten, vertrauensvollen Lehrer-Schüler-Verhältnisses.“ Wenn man so etwas geboten bekommt, so als Lehrer und vielleicht als nicht ganz unkritischer Lehrer, kriegt man schon das Grinsen, und ich habe damals geginst, das muß ich schon sagen.

Begreift man die Kaderrekrutierung, den Kadereinsatz und die Kaderaus- und -weiterbildung „wesentlich als einen allmählichen, aber ständigen Prozeß der Sozialisierung und Erziehung“ – ich denke, das muß man so machen –, so begann die Entwicklung von Kadern in der DDR mit Übernahme eines jeden Kindes in die staatliche Erziehung – das wurde vorhin schon mal angedeutet. Die Pionierorganisation und die Freie Deutsche Jugend spielten hier eine große Rolle. Durch eine bewußt gelenkte politische Einflußnahme auf jedes Kind und die regelmäßige politisch-ideologische Schulung und Anleitung der Funktionäre in der Kinder- und Jugendorganisation wurde der Grundstein für spätere Kaderentwicklung gelegt. Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Ich war nämlich bis zur 10. Klasse in der Grundorganisation der FDJ an den jeweiligen Schulen, erst an der POS, dann an der EOS, also an der Erweiterten Oberschule. Da merkte man schon, wieviel Wert man an der jeweiligen Schule auf das richtige Bild eines sozialistischen Kadern in den Funktionen der FDJ legte, als man mich von meiner Sport-Funktion – ich war damals Sportverantwortlicher, habe also organisiert – in der Grundorganisationsleitung der FDJ in der 10. Klasse entband, weil ich mich gegenüber dem FDJ-Sekretär der Schule weigerte, als politischer Agitator in meiner Funktion zu wirken. Es wurde mir damals ganz klar gesagt, du mußt hier jetzt ein bißchen offensiver politisch agitieren, und du bist in erster Linie politischer Funktionär. Da habe ich dann gesagt, das mache ich nicht, und da war es dann vorbei. Wie ich später fest-

stellte, widersprach die Forderung des FDJ-Sekretärs in keiner Weise der grundlegenden Kaderdefinition der DDR. Das kann man im Kleinen Politischen Wörterbuch der DDR nachlesen, da ist eine umfassende Definition dazu drin.

Eine zentrale Rolle spielten die Direktoren in den DDR-Schulen, für mich die untere Kaderebene bei der Gewinnung und Entwicklung von Nachwuchskadern und der politisch-ideologischen Erziehung und Bildung der Lehrkräfte und Schüler. Und damit komme ich auf mein Eingangszitat zurück. Der Lehrer, also der normale Lehrer an der Schule, wurde vom Direktor, obwohl meist nicht Mitglied der Pionierorganisation oder der FDJ, zum politischen Leiter und Funktionär dieser Organisationen bestimmt. So waren die Klassenleiter aus meiner Sicht eigentlich diejenigen, die die grundlegende Kaderentwicklung in der Schule hauptsächlich durchführten. Lehrer, die sich weigerten, diese Funktion für die FDJ oder Pionierorganisation auszuüben, wurden in der Regel aus dem Schuldienst entfernt. So verschwand an unserer Schule damals, 1988, ein Lehrer, der sich aufgrund seiner konfessionellen Bindungen geweigert hatte, die FDJ-Arbeit seiner Klasse zu leiten. Der ist inzwischen aber wieder drin, er ist rehabilitiert worden, Gott sei Dank. Wir Lehrer befanden uns an der Schule unter ständigem politischem Druck und ständiger Kontrolle durch die Schul-Partei- und -Gewerkschaftsleitung, die FDJ und oft auch durch die Mitglieder des Elternaktivs der Klasse – das kam vorhin auch schon mal zum Ausdruck –, die möglichst Genossen-Eltern sein sollten. Es war nämlich so, wenn man eine Elternaktivwahl durchführte als Klassenleiter – ich war auch einer –, dann wurde vorher schon verlangt, daß man die Namen bei der Direktion der Schule abgab, und dann wurde heiß darüber diskutiert. Ich habe es nicht gemacht, habe mich davor gedrückt, aber das war recht schwierig. Also der Normalfall war, daß man das halt vorher abgab, und dann wurde darüber diskutiert, ob man den oder den nimmt usw.. Um diesen Druck zu erzeugen, bediente man sich der Parteiversammlungen, der Dienstversammlungen, der Pädagogischen Räte, der Gewerkschaftsversammlungen, des Parteilehrjahres, das für alle Lehrer eine Pflichtveranstaltung war, der vormilitärischen Ausbildung, der Fachberater und Schulinspektoren. Darüber hinaus kontrollierte man punktuell die Arbeit mit den Pionier- und FDJ-Gruppen. Als Lehrer ohne politische Funktion oder Mitgliedschaft in der SED, wobei man, wenn man eine politische Funktion hatte, sicherlich Mitglied war, wurde man von der Schulleitung, der Schulpartei- und -Gewerkschaftsgruppe mit fast ähnlichen Mitteln politisch erzogen wie die Schüler der Schule; also das sehe ich so. Auch mir versprach meine Schulleiterin 1988, daß man mich noch erziehen werde. Die hat es Gott sei Dank nicht geschafft. Zumindest bei den Lehrern wurde in der Schule immer ein Unterschied gemacht zwischen Genossen und Kollegen, es gab da immer Genossen und Kollegen.

Dienstversammlungen, Pädagogische Räte und Gewerkschaftsversammlungen liefen nach ähnlichen Mustern ab. In der Regel wurde jede Versammlung mit einer aktuell-politischen Stunde begonnen, in der die Schul- und Parteileitung den Lehrkräften die Meinung der Partei- und Staatsführung zu politischen Er-

eignissen mitteilte und – was sehr interessant war – Stimmungen und Meinungen aus dem Schülerkollektiv erfragte. Daran schlossen sich dann organisatorische, pädagogische und andere politische Themenbereiche im weiteren Verlauf der Veranstaltung an. Pädagogische Räte und Dienstversammlungen dienten aber auch zur Bloßstellung von Kollegen, die die politische Arbeit nicht im gewünschten Maße durchführten, aber man lobte natürlich die Kollegen, die ihre Arbeit besonders gut machten.

Am deutlichsten wurde für mich Kaderpolitik in der Schule jedoch im Rahmen der sogenannten „Offizierswerbung“, das wurde heute überhaupt nicht thematisiert. Jede Polytechnische Oberschule und jede Erweiterte Oberschule hatte eine bestimmte Quote an Offiziersbewerbern zu erbringen. Im Arbeitsplan der Schulparteiorganisation der 18. Oberschule Berlin-Mitte aus dem Jahre 1987/88 ist deshalb folgendes zu lesen: „Jeder Genosse trägt eine hohe Verantwortung für die militärische Nachwuchsgewinnung. In Zusammenarbeit mit den Fachlehrern ist in den Klassenleiterplänen auszuweisen, welche Schüler für einen militärischen Beruf in Frage kommen, und es sind detaillierte Maßnahmen festzulegen, wie das Gespräch mit den Schülern und Eltern zielstrebig und kontinuierlich geführt wird. Zweimal im Jahr finden Zusammenkünfte mit den Verantwortlichen des Wehrkreiskommandos, der Volkspolizei, mit dem Direktor, dem Parteisekretär und den verantwortlichen Klassenleitern statt, um die individuelle Arbeit mit dem einzelnen Schüler und das weitere Vorgehen abzustimmen.“ Leistung, Eignung und Interessen der Schüler spielen hierbei eine untergeordnete Rolle. Jeder Schüler, der aufgrund seines Elternhauses in Frage kam, wurde spätestens ab Klasse 9 in Offizierswerbegesprächen massiv unter Druck gesetzt, das habe ich auch erlebt. Kam der Klassenleiter seiner Verantwortung nicht in genügendem Maße nach, führten Schul- und Parteileitung unter Beteiligung des örtlichen Wehrkreiskommandos oder der Volkspolizei die Gespräche durch. Das wurde an der EOS dann auch ständig praktiziert, das habe ich erfahren. Auf die Funktionäre der FDJ übte man bei der Offizierswerbung besonderen Druck aus, da man ihnen ihre Vorbildfunktion verdeutlichte und erklärte, daß sie aus Einsicht in die Notwendigkeit aufgrund ihrer politischen Überzeugung vorrangig die gesellschaftlichen Interessen über die eigenen Interessen stellen müßten. Das war so üblich, auch bei anderen Gelegenheiten. Oft machte man sich die Situation im Elternhaus zunutze. Bei Partei- und Staatsfunktionären konnte man über die Partei größeren Druck ausüben. Viele, die Abitur machen und studieren wollten, verpflichteten sich nach solchen Gesprächen wenigstens für eine dreijährige Ausbildung in der NVA, wobei – das kam vorhin ebenfalls schon zum Ausdruck – dies zum Teil sogar Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums war. Sie können an diesem Beispiel die enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen staatlichen Institutionen sehr deutlich erkennen.

Es hing sehr vom einzelnen Lehrer und vom jeweiligem Direktor ab, mit welchem politischen Engagement die politische Doktrin der SED in der Schule ihre Umsetzung fand. Der überwiegende Teil der Lehrkräfte identifizierte sich inoffiziell nur wenig mit den politischen Vorgaben von Schulleitung sowie

Partei- und Staatsführung, aber die meisten waren wahrscheinlich Technokraten. Den Mut, offen politische Vorgaben der Schulleitung in Frage zu stellen und sich in Versammlungen zu politischen Themen kritisch zu äußern, brachten nur sehr wenige Lehrer auf. Die meisten gaben es irgendwann auf und sagten nichts mehr, weil es keinen Sinn hatte; es hatte wirklich keinen Sinn.

Nach dem Fall der Mauer fand in Berlin eine umfangreiche „Aktualisierung“ der damals noch an den Schulen geführten Personalakten der Lehrer statt. Wir, also ich auch, wurden von der Schulleitung aufgefordert, unsere Personalakten durchzusehen und nicht mehr Aktuelles zu entfernen. Dies taten viele, wie ich in meiner Tätigkeit als Schulrat in der Folgezeit feststellen konnte, sehr gründlich. Ich weigerte mich damals und bestand darauf, daß alte von der Direktorin verfaßte Dienstleistungsberichte in meiner Personalakte auch weiterhin verbleiben. So wurde, ohne mich zu informieren, meine Personalakte von für die Schulleitung unangenehmen Schriftstücken bereinigt und diese durch neue ersetzt. Ich bekam sie dann hinterher noch mal in die Hand, und da war etwas ganz anderes drin. In fast allen Personalakten waren Ende 1990 neue Beurteilungen, die keinerlei Aussagen zur geleisteten gesellschaftlichen Arbeit und zu politischen Standpunkten mehr enthielten, sowie neue Lebensläufe zu finden. Das habe ich dann festgestellt als Schulrat. Nur selten verblieben alte Dienstleistungsberichte in den Akten, wirklich nur sehr, sehr selten. Wie ich später als Schulrat auch feststellte, fand die Vernichtung und Säuberung von Akten in der Schulverwaltung in einem noch weit größeren Ausmaß statt. 1990 haben wir versucht, Akten zu sichern. Wir hatten unwahrscheinlich viel zu tun, wir mußten neue Strukturen aufbauen und dachten, wir machen das ein bißchen später, wenn wir soweit sind. Es waren noch alte Kollegen dort tätig in den Verwaltungen, und nach einem Jahr war wirklich nichts mehr vorhanden. Es waren riesige Aktenschränke voll, und als wir nach einem Jahr nachsahen, haben wir noch eine Akte gefunden, und die war noch halbvoll. Da war nichts drin.

Meine Erfahrung als Schulrat mit der Nomenklatura der DDR: Als ich 1990 in der Abteilung Volksbildung im Bezirk Mitte von Berlin meine Arbeit aufnahm, war noch ein großer Teil der ehemaligen Leitungskräfte in der Abteilung Volksbildung tätig. Nach und nach setzten wir diese Mitarbeiter an die Schulen oder in andere Bereiche der Bezirksverwaltung um. Uns erschien es problematisch, ehemalige Leitungskader wieder als Lehrer einzusetzen. Deshalb bildeten wir eine Personalkommission – diese wurde vorhin auch schon mal genannt – und führten Einzelfallprüfungen in diesem Personenkreis durch, um die persönliche Eignung bzw. mangelnde persönliche Eignung festzustellen. Hierbei spielten im besonderen Maße die Biographie, die Qualifikation, vorliegende Beschwerden von Schülern, Eltern und Lehrern und die persönliche Entwicklung des einzelnen seit November 1989 eine Rolle. Die Personalakten waren aus den genannten Gründen dafür oft kaum noch verwendbar. Hauptbestandteil der einzelfallbezogenen Prüfung – zumindest bei uns, das ist auch für Berlin insgesamt nicht repräsentativ, weil es in manchen Bezirken anders gemacht worden ist – war das persönliche Gespräch mit dem ehemaligen

Kader. Oft waren Direktoren und Mitarbeiter in der Schulverwaltung Unterstufenlehrer und Freundschaftspionierleiter mit einem zusätzlich erworbenen Diplom ohne Fach – das gab es ja, Diplompädagoge – oder mit einem Diplom im Fach Staatsbürgerkunde und über die SED – ich habe hier noch ein paar Lebensläufe angesehen – in diese Funktion gekommen. Uns wurde in dem Gespräch mit diesem Personenkreis deutlich, daß bei fast allen ein Unrechtsbewußtsein nicht vorhanden war, daß man sich vielmehr von der DDR-Spitze hintergangen, betrogen und im Stich gelassen fühlte. Manche betrachteten allerdings das Gespräch auch als Hilfestellung für die eigene Vergangenheitsaufarbeitung, das muß man ebenfalls sagen. Nur selten war es möglich, anhand der Personalakte oder von Elternbriefen den ehemaligen Leitungskadern der Schule eine besondere Systemnähe nachzuweisen.

Zwei Beispiele aus Elternbriefen, die uns in die Lage versetzten, eine besondere Systemnähe zu beweisen und arbeitsrechtliche Konsequenzen einzuleiten, seien hier genannt. Diese Beispiele stammen allerdings aus der wirklich schlimmsten Schule, soweit ich erfahren habe, in Berlin-Mitte. Erstes Beispiel aus einem Elternbrief: „Unsere Tochter Susanne winkte während des Schulgartenunterrichts beim Säubern der Anlage vor der Schule vorbeifahrenden westlichen Bussen. Dies wurde mit dem Hinweis verboten, 'Feinden winkt man nicht.' Mein Protest in der Schule wurde dahingehend beantwortet: 'In der Schule erziehen wir, und danach haben Sie sich zu richten.'“, Zweites Beispiel: „Im Jahr des Zwangsumtausches 1980 hat die Klassenlehrerin unseres Sohnes folgenden Aufsatz schreiben lassen: 'BRD-Sprecher behaupten, daß die DDR die zwischenmenschlichen Beziehungen störe. Der beste Beweis dafür sei die Erhöhung des Umtauschbetrages für Einreisende in die DDR. Aufgabe: Versuche, diese Behauptung an Hand von Beispielen zu widerlegen.' Wir haben die Lehrerin gebeten, diese Aufgabe nicht zu behandeln, weil damit die Kinder zur Unwahrhaftigkeit und Heuchelei erzogen werden. In unserem Brief stand außerdem, daß unser Sohn die Aufgabe nicht bearbeiten werde. Die Direktorin stellte sich jedoch ganz hinter die Lehrerin und sagte, daß wir gegen die Schulordnung verstoßen hätten.“ Die Motivation von Lehrerin und Direktorin, mit Kindern auf eine solche Weise pädagogisch zu arbeiten, ist aus heutiger Sicht, zumindest aus meiner, sehr schwer nachzuvollziehen.

Im Zusammenhang mit der Überprüfung der persönlichen Eignung stellten wir uns natürlich auch die Frage, inwieweit Schulleitungsmitglieder, Parteisekretäre und Pionierleiter an den Schulen gleichzeitig Mitarbeiter der Staatssicherheit waren. Es stellte sich mit den Jahren heraus – es gab ja dann dankenswerterweise die umfangreiche Überprüfung durch die Gauck-Behörde –, daß in diesen Funktionen kaum Mitarbeiter der Staatssicherheit zu finden waren. Da haben wir nicht schlecht gestaunt, muß ich sagen. Dies ist aus meiner Sicht durchaus plausibel, da es in den DDR-Schulen ein umfangreiches Berichtswesen gab. Die Staatssicherheit hatte wahrscheinlich nur wenig Mühe, über die Kreis- und Bezirksleitungen der SED und FDJ und über die Bezirksschulräte regelmäßig die notwendigen Informationen zu erhalten. Es hing jedoch auch hier vom einzelnen Lehrer, Direktor, Parteisekretär und Pionierleiter oder FDJ-

Sekretär ab, ob personenbezogene oder allgemein formulierte Berichte ohne Namensnennung an die nächsthöhere Instanz geliefert wurden, da gab es wirklich Unterschiede.

Nach dem Zusammenbruch der SED-Regierung strömten zum 1.1.1990 aus vielen Institutionen und aus dem Ausland die sogenannten „Modrow-Lehrer“ zurück in die Berliner Schulen. Diese waren z.B. vorher im Ministerium für Volksbildung, im ZK der SED, in den Kreis- und Bezirksleitungen der SED und an den Botschaftsschulen im Ausland tätig gewesen. Wir konnten diesen Rückstrom nicht verhindern – wir hätten es gerne getan –, da bis Mai 1990 noch die alten Strukturen in den Bezirksämtern herrschten. Ein großer Teil dieser Nomenklatur-, Reise- und Auslandskader, bei denen man offensichtlich mehr Wert auf eine höhere Qualifikation gelegt hatte, wurde zum 1.1.1990 sogar neu eingestellt; also das waren nicht mal Leute, die einen Vertrag hatten, der sie berechtigte, in die Schulen wieder hereinzukommen. Hier begegneten uns überwiegend Lehrer mit fachwissenschaftlicher Ausbildung in ein oder zwei Fächern. Auch bei diesen Kadern konnten wir in den Gesprächen ein Unrechtsbewußtsein kaum feststellen. Sie seien eben im Staatsdienst tätig gewesen, hätten niemandem wesentlich oder ernsthaft Schaden zugefügt, und sie betrachteten sich eher als Opfer des SED-Staates. Bei fast allen bestanden weniger Zweifel darüber, daß sie sich mit den Inhalten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sofort identifizieren könnten, als darüber, daß sie in absehbarer Zeit begreifen würden, was da unter DDR-Verhältnissen mit ihnen geschehen war und welche Auswirkungen ihre Tätigkeit tatsächlich hatte. Ich erinnere daran, daß die Lehrer, zumindest in Berlin, 1990 am Ende alle unterschrieben, sie stehen zum Grundgesetz, und sie können sich auf dieser Grundlage auch prima bewegen. Jeder hat unterschrieben, jeder, egal welche Funktion er auch vorher hatte, das haben sie alle gemacht, das steht in jeder Personalakte wunderbar drin. Ein Nomenklaturkader, der im ZK der SED tätig war und von uns gefragt wurde, wie er denn in eine solche Position geraten konnte (er leitete die Parteisekretäre an den Schulen in einem DDR-Bezirk an, in Neubrandenburg, glaube ich), antwortete sinngemäß, daß er immer gefragt wurde und nie gewagt habe, nein zu sagen. Eigentlich habe er das alles gar nicht gewollt, und geschadet habe er schon gar keinem.

Nomenklatur-, Reise- oder Auslandskader mit hohen Positionen im Partei- und Staatsapparat, die aus unserer Sicht nicht in der Lage waren, ihre Vergangenheit in genügendem Maße zu reflektieren, oder die nachweislich schon durch ihre Position im Staatsapparat der DDR eine besondere Systemnähe haben mußten, wurden von uns aus dem Schuldienst entlassen. Das geschah allerdings nicht auf die Art und Weise wie früher, sondern ich habe mir dann immer die Zeit genommen, bin in die Lehrerkollegien gegangen und habe erklärt, warum der Kollege nun wirklich nicht mehr da ist, soweit ich das konnte, das war ja früher anders. Es war bei diesen Personen kaum anzunehmen, daß sie sich aufgrund ihrer starken Einbindung in das System der DDR in absehbarer Zeit so entwickeln würden, daß sie den Schülern ein pluralistisches Weltbild

auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vermitteln können.

Die Situation der DDR-Kader und Lehrkräfte in den Schulen nach der Wende aus der Sicht meiner Tätigkeit als Schulaufsicht: Im Zeitraum November 1989 bis Juli 1990 stellten an vielen Schulen die Direktoren an das jeweilige Kollegium die Vertrauensfrage, und meistens wurde daraufhin ein neuer Direktor gewählt. Bei einigen mußte zweimal die Vertrauensfrage gestellt werden, weil beim ersten Mal die Kollegen noch nicht so richtig wach waren, sie sich nicht so richtig trauten und dachten, beim zweitenmal klappt das dann schon besser. Direktoren, die nicht die Vertrauensfrage stellten, wurden entweder durch die Lehrerkollegien oder durch die politisch Verantwortlichen in den sich neu bildenden Kommunalverwaltungen Ost-Berlins bis Juni 1991 ihres Amtes enthoben. Da gab es ein Rundschreiben von der Senatsinnenverwaltung, wie das zu geschehen hat, nicht von der Senatsschulverwaltung. Ein politischer Einfluß der Leitungskader an den Schulen war jedoch aus meiner Sicht Ende 1989 schon nicht mehr zu spüren. Einige traten die Flucht nach vorn an und orientierten sich sehr schnell im westlichen Teil der Stadt – das war ähnlich wie an den Hochschulen wahrscheinlich. Andere verhielten sich ruhig, waren desorientiert und zogen sich in den Unterricht zurück. Trotz der Überprüfungen zur persönlichen Eignung für den öffentlichen Dienst bleiben viele, die in leitenden Funktionen waren, an den Schulen, da ihnen eine direkte Schädigung anderer nicht nachzuweisen war und sie glaubhaft machen konnten, daß sie seit November 1989 eine persönliche Entwicklung, die sie dazu befähigte, mit Schülern unter den neuen Bedingungen zu arbeiten, vollzogen haben, und weil uns die Arbeitsgerichte einen ziemlichen Strich durch die Rechnung gemacht haben. Viele, die wir rausgesetzt haben, haben sich dann wieder reingeklagt.

Letzteres war und ist ebenso problematisch wie der Verbleib der ehemaligen Staatsbürgerkundelehrer, Pionierleiter, FDJ-Sekretäre und ehrenamtlichen Parteisekretäre an den Schulen – an die kam man nämlich wirklich nicht ran. Durch eine langjährige politische Indoktrination geschaffene Denkstrukturen und Weltbilder können aus meiner Sicht auch fünf Jahre nach dem Mauerfall nicht beseitigt sein. Eine intensive Beratung und Begleitung dieser Lehrkräfte war aufgrund der Fülle von zu bewältigenden organisatorischen Aufgaben während des Aufbaus des neuen Schulsystems im Ostteil der Stadt Berlin nicht möglich. Der Versuch einzelner Bezirksverordnetenversammlungen, in Berlin Staatsbürgerkundelehrer mit einer Ausbildung in Geschichte nicht in den Fächern Gesellschaftskunde, Sozialkunde, Geschichte und Politische Weltkunde einzusetzen, war weder stellenwirtschaftlich noch arbeitsrechtlich durchsetzbar.

Im Januar 1994 begannen in Berlin die Feststellungen der Bewährung im öffentlichen Dienst bei Lehrkräften auf der Grundlage des 3. Gesetzes zur Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts. In diesem Rahmen führte ich etwa 300 Hospitationen an Berliner Oberschulen, u.a. auch bei ehemaligen Leitungskräften, Staatsbürgerkunde- und Geschichtslehrern, durch. Es stellte sich

gerade bei diesen Lehrkräften ein großes Bedürfnis nach fachlicher Fortbildung heraus. Es gab bei nur sehr wenigen Lehrern Unterrichtssituationen, die noch an die alte DDR-Indoktrinationspädagogik der Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde erinnerten. Nach der Wende waren viele Lehrkräfte sehr verunsichert. Der tolerante Umgang mit Schülermeinungen mußte von der Mehrzahl der Lehrer ebenso erlernt werden wie die Erziehung der Jugendlichen zu mündigen Bürgern. Man hat es ja geschafft, die DDR-Bürger zu unmündigen Bürgern zu erziehen, wenn man es denn in der Schule geschafft hatte und dann auch in den weiteren Institutionen. Fünf Jahre nach der Wende ist aus meiner Sicht dies kaum noch ein Problem. Die ehemalige Kaderpolitik und ihre Auswirkungen spielen, zumindest vordergründig oder bemerkbar, in den Schulen keine Rolle mehr.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Karl-Wilhelm Fricke ist der erste Fragesteller.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine kurze Frage an Herrn Dr. Braun. Sie erwähnten vorhin in Ihrem Vortrag, daß verschiedene Dienstseinheiten des MfS Hochschuleinrichtungen, Universitäten bearbeitet haben, unter anderen nannten Sie auch die Hauptverwaltung Aufklärung. Mich würde interessieren, welche Interessen die Hauptverwaltung Aufklärung an den DDR-Hochschulen und -Universitäten verfolgt hat, ob das nur um die Werbung von Nachwuchs ging oder um Gewinnung von Experten oder ob die HV A zuständig war für die Überwachung von Reisekadern im sogenannten Operationsgebiet usw.. Das heißt also, welches konkrete Interesse hatte die HV A an den Hochschulen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Ortleb bitte.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Meine Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Dr. Braun. Ich habe in rund 20 Jahren Mitarbeitertätigkeit an Hochschulen der DDR den Eindruck gewonnen, daß es brave und weniger brave Hochschulen und auch Fachrichtungen im Sinne der DDR gab. Hat sich das in irgendeiner Weise in verschärfter oder weniger verschärfter Aufsicht durch die Staatssicherheit ausgedrückt, auch in Strukturfragen? Ich wurde hellhörig, als Sie sagten, daß es in Dresden eine andere Struktur gab als sonst üblich.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Kollegin Brudlewsky bitte.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Tietz. Ich bin eigentlich sehr froh, daß auch das Thema Schule angesprochen wurde, denn es konnten ja nicht alle studieren, und für mich ist das Thema Schule näher dran, denn ich z.B. durfte nicht studieren nach dem Abitur, weil ich einmal einen Brief geschrieben habe nach dem Bau der Mauer, der wurde beschlagnahmt, und da war meine Karriere dann zu Ende. 1961 war so ein richtiger Schnitt bei mir in der Schule. Ich bemerkte das, denn ich war gerade damals, bevor dieser Brief beschlagnahmt wurde, in die ZSGL, das nannte sich Zen-

trale Schulgruppenleitung, gewählt worden. Ich wurde natürlich sofort entfernt, als dieser Brief gefunden wurde. Damals wurde die Post überprüft, wahrscheinlich aus dem Grund, weil man versucht hatte, auch bei den Schülern etwas zu organisieren. Ich hatte zufällig ein Gespräch mit einem Mitschüler aus einer anderen Klasse, der gefragt wurde, ob er denn bereit wäre, über die anderen Mitschüler mal etwas zu erzählen, worüber sich sich so unterhalten, das wäre gar nichts Schlimmes. Das erzählte er mir eben, und wir haben dadurch mitbekommen, daß man dort schon versucht hat, in der 10. Klasse die Schüler zu Spitzeln auszubilden oder zumindest einen in jeder Klasse zu haben. Wir haben auch in unserer Klasse ein Mädel festgestellt, die uns bespitzelt hat, und in der Parallelklasse war ein Mädel, die in der katholischen Jugend diese Funktion übernommen hat. Das ist mir jetzt bloß noch so in Erinnerung. Das war nur ein Vorspann zu dieser Frage, die ich habe. Haben Sie das auch mitbekommen, solche Dinge an Ihrer Schule, einmal als Schüler und dann später als Lehrer, und wenn ja, haben Sie das offiziell mitbekommen oder zufällig, weil man ja sicher nicht das größte Vertrauen in Sie gesetzt hat? War so etwas mehr inoffiziell an den Lehrern vorbei gelaufen, die nicht so richtig mitspielten, oder war das offiziell bekannt? Und wie lange ging das, wenn Ihnen so etwas bekannt war? Das würde mich sehr interessieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Hartmut Koschyk bitte.

Abg. Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Dr. Braun. Aus Ihrem Vortrag gewinnt man den Eindruck, daß sowohl der Staat als auch das „Schild und Schwert der Partei“ die Hochschulen ganz schön im Griff hatten, so sage ich es jetzt mal etwas salopp. Ergibt sich denn für Sie aus dem, was Sie an Akten gesehen haben, das Ergebnis, daß der Repressionsapparat für Ruhe gesorgt hat, oder war es einfach so eine gewisse Lethargie, Anpassung; wie würden Sie das einschätzen? War es der Repressionsapparat, der die Hochschulen als nichtproblematische Zone hat erscheinen lassen? Also war es der Repressionsapparat oder war es einfach Lethargie und innerer Rückzug? Und wo gab es vielleicht Ansätze, auch welchen Grades, von oppositionellem und widerständischem Verhalten im Hochschulbereich, sowohl was Studenten als auch was den Mittelbau und die Professoren anbelangt? Wir haben ja hier von Herrn Professor Weiss gehört, daß es in einigen Phasen und zu verschiedenen Zeiten immer auch mit sehr bemerkenswertem Mut, mit Courage und auch mit sehr gravierenden Folgen für die Betroffenen bis hin zu Todesurteilen Opposition an der Universität Leipzig gegeben hat.

Dann eine Frage an Herrn Tietz: Sie haben den DDR-Schulalltag sowohl als Schüler als auch als Lehrer erlebt. Wenn Sie vergleichen – ich weiß, es ist sicher eine schwierige Frage –, würden Sie sagen, in der Zeit, als Sie Schüler waren, oder in der Zeit, als Sie Lehrer waren, haben Sie da eine gewisse Verstärkung der Ideologisierung bemerkt? Hat es unterschiedliche Phasen gegeben, beispielsweise, daß Sie sagen könnten, als ich in die Schule gegangen bin, war es stärker, oder als ich selber Lehrer war, habe ich den Eindruck gehabt, daß die Ideologisierung schwächer ausgeprägt war? Dann erscheinen mir Ihre

Ausführungen sehr wichtig zu der Frage, wie man nach 1990 mit Lehrern, auch mit belasteten Lehrern und ihrer Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, umgegangen ist. Da entdeckte ich einen Widerspruch. Auf der einen Seite sagen Sie, die haben alle sehr leichtfertig das Bekenntnis zur Bundesrepublik Deutschland unterschrieben. Viele konnten wir nicht loswerden, die wir loswerden wollten. Die sind uns über gewonnene Arbeitsgerichtsprozesse wieder hereingeklagt worden. Dann am Schluß sagen Sie aber, fünf Jahre danach habe ich den Eindruck, das spielt alles keine große Rolle mehr. Es würde mich interessieren, wie Ihre Einschätzung der Wirklichkeit heute ist – das kann man sicher nicht quantifizieren –, aber glauben Sie, daß sich bei der Mehrheit der Lehrer, die in dem Bereich, in dem Sie für die Schulaufsicht verantwortlich sind, auch wenn sie vor dem 3. Oktober 1990 schon als Lehrer tätig waren, wirklich eine Änderung der inneren Einstellung vollzogen hat? Würden Sie das bei der Mehrheit bejahen oder nicht? Ich weiß, das ist eine sehr schwierige Frage, aber ich glaube, wenn wir nach fortwirkenden Strukturen gerade in einem so zentralen Bereich wie Schule fragen, dann müssen wir uns auch mit dieser Frage auseinandersetzen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Tietz, manchmal tut erinnern weh. Mir geht es heute abend so, und zwar deswegen, weil ich ja auch Schüler in dieser DDR gewesen bin. Student konnte ich nicht werden, weil ich DDR-Recht und DDR-Gesetz in Anspruch nahm, bin Bausoldat gewesen, das schloß mich von der staatlichen Universität aus. Und ich bin Vater von fünf Kindern. Vier davon haben die DDR-Schule erlebt, und die hatten nicht das Glück, daß ihr Vater Offizier war oder Betriebsleiter oder IM, sondern der war Pfarrer.

Ich hätte ein paar Fragen an Sie. Einmal – können Sie mir sagen, was hat denn das für den Lehrer als Menschen bedeutet, der möglicherweise mit einer Fülle von Idealen Lehrer wurde und auf einmal feststellte, daß er das nicht kann, wie er will, sondern daß er da vorgeschrieben bekommt, wie er mit Kindern umgehen muß, daß er die nicht zum Meinungsstreit, zum Wachsamsein erziehen soll, sondern zur Doppelzüngigkeit und zum Opportunismus? Was hat das, dieses Verhalten, das er ja im Normalfall beachten mußte, wenn er Lehrer sein wollte –, was hat das für sein Verhältnis zu den Schülern bedeutet? Eine nächste Frage: Die Wende kam – zum Teil sind das ja dieselben Lehrer gewesen. Was hat das für den Lehrer A bedeutet nach der Wende, wenn der auf einmal vor den gleichen Schülern stand? Möglicherweise redete er – unterstelle ich mal – jetzt völlig anders, als er vorher geredet hat, weil er das entweder als Befreiung erlebte oder den Eindruck hatte, jetzt muß er anders reden. „Vorher mußte ich so reden, und jetzt muß ich so reden.“ Was bedeutete das für den Lehrer, nicht nur für das Verhältnis Schüler-Lehrer, sondern auch für den Lehrer selbst, der, das unterstelle ich mal, sich ein Stück weit wenigstens mit dem, was er da gelehrt und gemacht hat, auch identifiziert hat – alles auf einmal völlig anders? Was bedeutete das – und für mich auch besonders kraß, wir haben das heute gehört – für einen Staatsbürgerkundelehrer, der heute Religionsunterricht unterrichtet?

Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Tietz, Sie haben dargestellt, daß während und nach der Wende die meisten Lehrer, oder fast alle, keine moralischen Bedenken hatten, in das neue System sich transformieren zu lassen, wenn ich das so ausdrücken darf. Sind Ihnen eigentlich Diskussionen bekannt oder hatten Sie selber das Gefühl, moralische Bedenken zu haben, in der DDR Lehrer zu sein, Lehrer zu werden?

Einige Fragen an Herrn Braun. Erstens: Sie haben das Beispiel von der Humboldt-Universität gebracht mit dem Offizier im besonderen Einsatz, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter zbV beim Prorektor gearbeitet hat. Mich würde nun interessieren, ob es auch andere Strukturpositionen an den Universitäten gab, auf die das MfS einen besonderen Zugriff hatte. Ich denke insbesondere an das sogenannte DIB, das Direktorat für Internationale Beziehungen. Die zweite Frage ist, ob es Erkenntnisse gibt über die Zahlen von IM und GMS und anderen MfS-Mitarbeitern an den Universitäten der ehemaligen DDR. Bisher sind ja vor allem Untersuchungen zur Humboldt-Universität bekannt, wo Zahlen vorliegen, die allerdings alle meines Erachtens daran krankem, daß dort vor allem mit Zahlen gearbeitet wird, die aus der Überprüfung 1990/91 stammen, das heißt, alle diejenigen, die bis zum Zeitpunkt der Überprüfung schon selber aus eigenem Entschluß gekündigt haben, kommen in diesen Zahlen gar nicht vor, und das sind durchaus Größenordnungen. In diesem Zusammenhang interessiert mich auch noch mal die Frage, die Herr Ortleb schon stellte, nach den Fachdisziplinen, ob der Trend ein allgemeingültiger war, wie an der Humboldt-Universität, daß die IM-Dichte in den naturwissenschaftlichen Fakultäten, in den technikwissenschaftlichen Fakultäten, in der medizinischen Fakultät weitaus höher war als in den gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen, was natürlich damit zu tun hatte, daß man die gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche ja von vornherein, gewissermaßen a priori, viel stärker unter Kontrolle hatte und die SED-Dichte hier, wie wir das heute schon von Herrn Weiss gehört hatten, gegen 100 Prozent ging. Und die letzte Frage: Gibt es Erkenntnisse darüber, in welcher Dichte Reisekader für das MfS arbeiteten, und vor allem für welche Abteilungen des MfS – also auf die Frage zurückkommend, die Herr Fricke auch schon gestellt hat –, inwieweit hatte die HV A sozusagen hier vor allem ihr Standbein?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Martin Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Eine erste Frage an Herrn Braun: Mich interessiert – Sie sprachen über die Sicherheitsüberprüfungen der Kader –, mal etwas an Zahlen zu hören. Wenn ich mir die Universitäten anschau, haben Sie von einzelnen Funktionen, Bereichen geredet, da hätte ich gern Zahlen, bezogen auf so einen Bereich, um sich das noch plastischer vorstellen zu können, wer da alles davon betroffen war. Ein weiteres – das knüpft an unsere erste Runde heute abend noch mal an –, die Einbeziehung der Staatssicherheit bei Sicherheitsüberprüfungen von Nomenklaturkadern, also direkt in Nomenklaturkaderentscheidungen. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen. Herr Tietz hatte berichtet,

daß die Zahl von Inoffiziellen Mitarbeitern nicht so groß war. Ich denke, im Bereich Mitte wird das bei personalrechtlichen Konsequenzen so bei ein bis zwei Prozent der Mitarbeiter liegen, jedenfalls nach den Statistiken, die mir vorliegen, und das heißt also, irgendwelche Belastungen gab es bei so um die fünf bis sechs Prozent, wo dann nichts folgt. Das ist die Statistik; es klang so, als ob da nichts wäre –, das ist ungefähr so der Durchschnitt in Berlin, in einem Bezirk mehr, im anderen weniger. (Zwischenruf **Detlef Tietz**: Ich meinte die Leitungskader.)

Da knüpft die nächste Frage an Herrn Braun an: Wir hatten gehört, daß gerade bei Sicherheitsüberprüfungen nicht nur Inoffizielle Mitarbeiter im Einsatz waren, sondern daß hier die politisch-operative Zusammenarbeit einsetzte. Das ist ein besonderes Problem, weil Personen in Leitungsfunktionen, die eigentlich mit dem, was sie taten, Mitarbeitern, Schülern usw. mindestens in gleicher Weise geschadet haben wie die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS, völlig aus der Schußlinie sind, weil dieser Bereich der politisch-operativen Zusammenarbeit in der Absicherung ganzer Bereiche ignoriert wird, jedenfalls bei personalpolitischen Angelegenheiten, und das betrifft auch wieder Herrn Tietz und seine Leitungskräfte. Vielleicht könnte Herr Braun noch mal etwas über die Bedeutung der politisch-operativen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen sagen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Markus Meckel bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich bin in Berlin Mitte zur Schule gegangen, direkt neben dem ZK-Gebäude, und hätte Lust, so manche Frage zu stellen aus dem konkreten Verantwortungsbereich von Herrn Tietz, aber ich will Ihnen und mir das ersparen. Leider war ich da nicht sehr lange, weil ich dann von der Schule gehen mußte. Aber das kann hier nicht Thema sein.

Sie haben in Ihrem letzten Satz gesagt – und Herr Koschyk hat darauf schon hingewiesen –, heute sei das eigentlich alles bereinigt. So ungefähr habe ich es verstanden, vielleicht ist das etwas überspitzt gesagt. Ich weiß, daß natürlich wie alle Menschen auch Lehrer unterschiedlich sind, sowohl früher als auch heute. Aber trotzdem sage ich aus eigener Erfahrung – und ich glaube, daß es letztlich bis 1989 so war –, daß diskursives Denken und eine sachliche Auseinandersetzung an der Schule nicht üblich waren. Es herrschte eine Trichterpädagogik, wie ich es damals immer genannt habe, das heißt, da werden eine festgestellte Wahrheit und Wissensstoff in den Kopf getrichtert, und eine eigene Auseinandersetzung mit den Vorgaben ist nicht erwünscht. Wie ist Ihr Eindruck: Hat die Art des Denkens und des Umgehens mit den Inhalten sich wirklich geändert, oder hat man jetzt eben einfach nur „demokratische Inhalte,“ die man jedoch in der altbekannten Weise zu vermitteln versucht? Das scheint mir ein ganz zentrales Problem zu sein.

Das zweite: Gibt es Fälle, die Ihnen bekannt sind, wo Lehrer vor der Klasse versuchen, ihre Situation, daß sie vorher so geredet haben und nach 1989

plötzlich ganz anders, vor der Klasse zu thematisieren? Kennen Sie solche Fälle? Ich würde das für sehr ermutigend halten.

Dritte Frage an Sie: In Berlin hat man versucht, was sonst in anderen Teilen Ostdeutschlands schwieriger ist, Ost- und West-Lehrer zu mischen, weil es nun mal eine Stadt ist. Ein paar Worte über die Erfahrungen damit und die Bereitschaft dazu wären ganz interessant.

Letzte Frage an Sie zum Lehrmaterial, insbesondere in geisteswissenschaftlichen Bereichen, etwa zum Geschichtsunterricht oder zur Literatur: Was ist Ihr Eindruck, welche Art Material wird benutzt? Meine Erfahrung mit meinen eigenen Kindern ist, daß sehr viel mit losen Blättern gearbeitet wird. Gibt es etwas, woran sich Lehrer gemeinsam orientieren, gibt es einen Diskurs darüber unter Lehrern? Gibt es Bereiche, wo Sie dies zu fördern versuchen?

Eine Frage noch geht an Herrn Braun; vielleicht hätte ich sie vorher aber auch Herrn Professor Weiss stellen müssen in bezug auf den Einfluß des MfS an der Universität: Ich weiß aus anderen Bereichen als der Universität – die staatliche habe ich nicht kennengelernt –, daß Leute, die für die Staatssicherheit als IM oder in anderer Funktion gearbeitet haben, im unmittelbaren Umgang mit den Studenten nicht unbedingt und nicht immer die schlimmsten waren. Daneben gab es andere, die zwar formell nicht fürs MfS gearbeitet haben, aber in der operativen Ausführung des ideologischen Wahrheitsanspruches der SED in der Personalpolitik und im Umgang mit Studenten sehr viel problematischer und repressiver waren. Heute spielt in der öffentlichen Diskussion und im Dienstrecht nur MfS-Mitarbeit eine Rolle. Da hat man durch die Aktenöffnung klare Fakten. Mit den anderen Bereichen und Erfahrungen dagegen ist es schwer umzugehen. Können Sie darüber etwas berichten? Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der nächste ist Stephan Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Wenn wir über die Folgen der Kaderpolitik an den Schulen sprechen, heißt das auch, nach dem Klima zu fragen, was dort jetzt herrscht, und nach den Folgen dieses Klimas. Es gibt ja da Leute, die malen Horrorszenarien an die Wand, und andere, die sagen, das ist völlig unerheblich. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann würden Sie eher beruhigend wirken – im Grunde genommen ist das Problem als solches bewältigt. Nun weiß ich natürlich nicht, ob Sie dies zum Teil darauf zurückführen, daß in Mitte, eben was die Erneuerung betrifft, sehr viel mehr gemacht wurde als in vielen anderen Ecken. Das wäre die erste Frage, die ich stelle.

Die zweite ist: Wie verhalten sich die ehemaligen MfS-Leute unter den Lehrern, die sich beispielsweise wieder eingeklagt haben? Ist da irgendwas auffällig, spürt man das? Sind sie eher unauffällig, zurückhaltend?

Die dritte Frage: Wie wird reflektiert unter Schülern oder Lehrern, oder wird überhaupt reflektiert, daß da ein ungeheurer Bruch stattgefunden hat? An der gleichen Schule, wo die gleichen Lehrer und die gleichen Schüler noch sind – wird darüber geredet, gibt es da Reibungspunkte? Die Schüler – zumindest war

es so, als ich noch in der Schule war, und ich repräsentiere auch den Ostteil der Stadt an dieser Stelle wie meine drei Vorredner –, die waren sich in der Regel völlig im klaren und haben in einer sehr nüchternen Art und Weise über ihre Schulsituation geredet. Zum Beispiel hat eine Schwester von mir eine relativ gute Beurteilung gekriegt in der 7. oder 8. Klasse, als es um die Frage der Delegation an die Erweiterte Oberschule ging. Die Note war dem Direktor so gut, daß er sie auch nicht mit einer entsprechenden Gesamtverhaltensnote relativieren konnte, die stand aber schon im Zeugnis drin; also hatte er dann ein Problem. Das Problem hat er dann so gelöst, daß – wir hatten damals Zeugnishefte, das war Mitte der siebziger Jahre – einfach die Seite zugeklebt wurde, und auf der nächsten Seite hatte die Lehrerin eine neue Einschätzung zu liefern, die dann entsprechend bewertet wurde und die dann auch dazu führte, daß sie nicht weiter delegiert zu werden brauchte. Das war Gesprächsthema, man hat deswegen ja auch nicht alle Lehrer verteufelt, man hat sie sozusagen einsortiert, und selbst zu denjenigen, die als besonders systemtragend erschienen – Staatsbürgerkundelehrer und so –, selbst zu denen gab es ein ganz normales Verhältnis, man hat sie irgendwie ganz normal eingeschätzt. Als Kind ist das nicht dramatisiert worden. Also wie wird darüber reflektiert?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Professor Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Meine Frage an Herrn Tietz schließt an das an, was schon mehrere Vorredner angesprochen haben. Die Fakten sprechen für eine sehr große personelle Kontinuität im Ostteil der Stadt. Sie hatten etwa 14.000 Lehrer oder ein bißchen mehr zu Beginn des Jahres 1991. Es gibt heute noch 13.000, die in den östlichen Bezirken eingesetzt werden, aus der DDR stammen und dort ihre Lehrbefähigung erhalten haben. Nur 975, Herr Meckel, so hat mir die Senatsverwaltung mitgeteilt, haben sich bereiterklärt, in den Westen zu wechseln, also 1.000 von 14.000. Dies die Fakten. Herr Tietz, Sie haben gesagt, die 14.000 hätten alle unterschrieben, sie stünden jetzt auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Psychologisch habe ich ähnliche Schwierigkeiten wie Herr Eppelmann, mir vorzustellen, daß man von heute auf morgen sozusagen sein ganzes Weltbild ändern kann, von dem man zunächst ja überzeugt war. Und dann sagen Sie als Resümee, im Prinzip könnten Sie „Entwarnung“ geben. Wie können Sie das feststellen? Wie können Sie feststellen, daß in den Klassen nicht doch indoktriniert wird, daß nicht doch in einem Nebensatz, aber das dreimal in der Stunde, die „richtige Message“ übergebracht wird?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich habe 1951 in Mecklenburg Abitur gemacht, in Bad Doberan, und ich gehöre zu dem Abiturjahrgang, der dann fast geschlossen Lehrer werden mußte, weil zum damaligen Zeitpunkt die Schulen keine Lehrer mehr hatten, die waren alle weg, das heißt, der erste Neulehrerjahrgang, wie er hier heute dargestellt wurde, der über Wochenausbildung und so etwas in die Schulen hereinkam, war inzwischen wieder weg, zum größten Teil in Westdeutschland. Ich habe 1953 versucht, ebenfalls diesen Weg zu ge-

hen – ab in den Westen –, wurde in West-Berlin dann von der dortigen Schulverwaltung gebeten, wieder zurückzufahren, denn man bräuchte in der DDR Lehrer und Lehrerinnen, die dem System nicht treu waren. Ich sage das hier, um mal die Facetten der Entwicklung dieses Bildungswesens etwas deutlicher zu machen oder anzureichern. Ich frage mich bis heute, ob tatsächlich diese sozialistische Pädagogik als solche, oder vielleicht die sozialistische Pädagogik mit diesen vielfältigen Lehrern, eigentlich das erreicht hat, was sie erreichen wollte. Bisher ist für mich nur eines ablesbar, daß es dem DDR-System gelungen ist, die Entkonfessionalisierung oder sogar die Säkularisierung bis heute sichtbar durchzuführen. Dasselbe würde ich für das Bildungswesen nicht feststellen wollen. Ich frage mich, wie kommt das eigentlich. War das System wirklich so geschlossen, wie es meistens dargestellt, empfunden wird von außen? Ich habe heute auch bei Herrn Weiss als Hochschulprofessor daran gedacht, er war dort auch tätig, aber sicher nicht in dem Maße und in dem Sinne, wie man es eigentlich von ihm wollte. Das heißt also, ich glaube, wir sind gut beraten, dieses Thema, das wir als Enquete-Kommission sicher nicht abschließend behandeln können und wollen, weiter im Auge zu behalten. Ich glaube, es bedarf noch vieler Untersuchungen, um herauszubekommen, wie die Wirkung solch zentralstaatlich gelenkter Pädagogik eigentlich zu bewerten ist, notwendig ist es aber. Ich könnte an meiner Geschichte das noch weiter ausführen, nur sind wir in zu großem Zeitdruck, um diese Einzelheiten zu darzulegen. Ich will nur noch der Kollegin dort sagen – bei uns in Rostock war es dann 1956 so, daß erneut eine Lehrerberwanderung einsetzte. In meiner Schule, wo ich war, sind von den Lehrern 75 Prozent abgetürmt, 75 Prozent in diesem Jahr allein, und zwar deshalb, weil wir auf einmal Schüler bekamen, die wir alle gar nicht kannten. Auf einmal hatten wir einen Schülerzustrom über alle Klassen verteilt, und die haben nichts weiter gemacht, als Berichte zu machen über uns. Also damals schon, 1956, ein massiver Einsatz von Schülerinnen und Schülern zur Überwachung von Lehrern. Die haben gemeldet, daß ich westdeutsche Schulbücher in der Schule hatte, und das war dann mein Aus. Also das gab es tatsächlich schon. Es war Biologie, Mendel'sche Vererbungslehre, die ich unterrichtet habe, statt Mitschurin und Lyssenko zu unterrichten, und das ging gut, bis auf einmal diese Schülerzuströme dort kamen. Das war dann das Ende auch dieser Schule.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich muß jetzt die Rednerliste formal schließen. Professor Faulenbach, bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Tietz, wenn Sie das Schulklima in West- und Ost-Berlin vergleichen würden – gibt es signifikante Unterschiede zwischen West- und Ost-Berlin? So herum kann man ja auch mal fragen. Gibt es in dem einen oder anderen Bereich spezifische Konflikte und Unterschiede?

Zweite Frage: Würden Sie es für nötig halten, daß man gesonderte Politik- und Geschichtslehrbücher gleichsam für die neuen Bundesländer entwickelt oder gesonderte Konzepte, die sich signifikant unterscheiden von den Konzepten für die alten Bundesländer?

Dritte Frage, die ich auch noch mal stellen will, obwohl sie hier schon angeklungen ist: In der DDR wurde Anpassungsverhalten in besonderer Weise honoriert, ganz offensichtlich nach allem, was wir hier gehört haben. Würde man die Bejahung der neuen demokratischen Ordnung durch große Teile der Lehrerschaft geradezu als eine Funktion dieses Anpassungsverhaltens werten müssen, und wie würden Sie dann den Stand des Prozesses einer stärkeren Verwurzelung, einer stärkeren Internalisierung demokratischer Lebensformen und Denkweisen bei der Lehrerschaft heute beurteilen? Vielleicht geben Sie eine Einschätzung einmal dazu ab, denn Sie haben sowohl von fortwirkenden Denkstrukturen gesprochen als auch von Überwindung vorhandener oder älterer Strukturen; vielleicht können Sie es noch präzisieren.

Noch eine Frage an Herrn Braun: Sie haben den Eindruck vermittelt, daß im Grunde genommen dieses System der Überwachung flächendeckend oder institutionenüberdeckend war. Aber gab es nicht auch besondere Brennpunkte der Tätigkeit der Stasi? Wo lagen diese Brennpunkte in den letzten Jahren?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Faulenbach. Professor Maser bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Nur eine Vorbemerkung zunächst: Vorhin wurde nach einem passenden Begriff gesucht in Bezug auf die konfessionellen Verschiebungen. Ich glaube schon, man sollte von Entchristianisierung sprechen, im Gegensatz zu Säkularisierung, die ja letzten Endes ein selbstgesetzter Prozeß ist, der auch selbst gesteuert werden kann, während im Begriff der Entchristianisierung zum Ausdruck gebracht wird, daß hier eine ganz gezielte ideologisch gesteuerte Politik eben doch tiefgreifende Wirkung erzielt.

Meine Frage geht natürlich auch an Herrn Tietz, weil die letzten Bemerkungen über den jetzt offensichtlich eingezogenen Frieden und die Tendenz hin zu einem Normalzustand mir genau so querliegen. Da habe ich die ganz schlichte Frage: Ich lese und höre, daß in Berlin, das hier schon verschiedentlich apostrophiert worden ist, die PDS im besonderen Maße Wahlerfolge feiert. Nun mag es natürlich sein, daß der Bezirk Mitte da eine besondere Rolle spielt, aber Sie sind als Schulrat einer, der einen weiteren Überblick hat. Ich möchte also fragen: Wie sieht das aus mit PDS-Mitgliedern in den heutigen Schulkollegien, wie sieht das aus mit der Wählerschaft der PDS unter Lehrern heute und dann – auf Fragen noch einmal zurückgreifend, die auch schon gestellt worden sind, aber dann etwas konkreter –, wie sieht das aus mit den berühmten Nebensätzen, dreimal in der Stunde? Wir wissen alle, ein Lehrer oder eine Lehrerin, der als Persönlichkeit etwas darstellt, solche Leute brauchen tatsächlich bei korrektester Darstellung dann nur ein oder zwei Sätze hintendranzuhängen, durch die sie für Schüler sehr eindrücklich und deutlich signalisieren – liebe Leute, so und so ist es. Wir haben es ja in der DDR-Zeit umgekehrt auch erlebt, daß uns Lehrer den Schulstoff offiziell dargeboten und uns signalisiert haben – liebe Leute, es gibt aber so eine Art von innerem Einverständnis zwischen uns, daß wir hier jetzt eine Pflichtübung hinter uns gebracht haben, Gott sei Dank. Und welche Rolle spielen solche Lehrer als Mitglieder der PDS oder als Wäh-

ler der PDS auch innerhalb des Kollegiums? Es gibt da ja eine ganze Reihe von vorstellbaren Mechanismen, wie solche Mitglieder eines Lehrerkollegiums, wenn sie denn nur wollen, ihre Ziele – ich will es jetzt mal allgemein formulieren – ein Stück voranbringen können.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollegin Gleicke bitte.

Abg. Iris Gleicke (SPD): Es ging jetzt die ganze Zeit um Strukturen und um ziemlich klare Fakten. Ich habe den Eindruck, daß auch die Art und Weise des Unterrichts – das hat jetzt nichts mit dem politischen Denken oder mit irgendwelchen Gesinnungen zu tun –, die Art und Weise der Wissensvermittlung eine andere war, denn das Schulsystem der DDR war nun eher autoritär als in irgendeiner Form partnerschaftlich. Ich möchte gerne von Herrn Tietz wissen, welche Erfahrungen Sie damit haben, denn die Eltern der betroffenen Schülerinnen und Schüler denken ja das eine oder andere Mal an früher, kennen den einen oder anderen Lehrer und haben da irgendwie eine Gefühlswelt. Wie sieht es da aus mit den schulpsychologischen Diensten, denn es geht auch darum, welche Auswirkungen das bis in die weitere Zukunft hat? Gibt es da irgend etwas Greifbares, wo Sie da aktiv werden, oder läßt man das so laufen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Letzter: Martin Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Ich hatte vorhin einen Punkt vergessen, vielleicht auch nicht ansprechen wollen. Aber da jetzt sehr viel über diesen letzten Satz von Herrn Tietz noch geredet wurde, möchte ich dazu Stellung nehmen, weil das auch den Bereich betrifft, in dem ich tätig bin. Ich habe sämtliche Volksbildungsstadträte Berlins, Ostteil und Westteil, besucht und ihnen kritische Fragen gestellt, wie es denn heute aussieht, und da sind die Antworten natürlich recht unterschiedlich gewesen. Es gab Volksbildungsstadträte, die sich eher vor ihre Lehrer gestellt haben, deswegen kann ich in gewisser Weise verstehen, was Herr Tietz hier sagt. Es gab andere, die haben das kritischer genommen und dann gerätselt – gerade in der Wendezeit –: Was ist denn passiert? Sie sagten, es wäre nur ein Drittel der Lehrer, die die Chance begriffen haben, etwas Neues zu machen. Für ein Drittel galt, daß die Lehrer nicht diejenigen gewesen sind, die durch diesen Umbruch finanzielle Nachteile gehabt haben, sondern sie haben eine sehr gute Situation; sie haben dann erst auch mal ihr Privatleben geführt und sich ansonsten in einem gewissen Trott befunden. Dann gibt es welche, die haben sich wohl mental auch noch nicht so recht umgestellt. Ich denke, wenn man sich Berlin anschaut, von der Bildung her, dann geht immer noch eine Mauer durch die Stadt, und das zeigen nicht zuletzt jene Schwierigkeiten des Transfers von Lehrern von Ost nach West, aber zum Teil auch von West nach Ost, und teilweise die Probleme, die die Kollegen dann hatten. Auch die Zusammenarbeit zeigt, daß da sehr, sehr viel noch nicht bewältigt ist, also so jedenfalls meine Erfahrung.

Auch die personalpolitische Aufarbeitung ist in den Bezirken unterschiedlich gelaufen. Wenn ich mir Hellersdorf anschau, da sind 1.600 Lehrer, und da waren, glaube ich, drei Kündigungen wegen MfS-Tätigkeit, davon zwei

Hauptamtliche, mehr nicht. Und dann gab es das Hickhack, daß erst mal der Volksbildungsstadtrat belastet war und sich dann wieder reingeklagt hat usw. usw.. Wenn ich mir dieses ganze Feld dort anschau, dann sieht das schon nicht so einfach aus, und es ist unter unseren rechtsstaatlichen Verhältnissen auch nicht so einfach. Manche Volksbildungsstadträte haben versucht, gewisse Nester durch Umsetzung zu klären, aber so einfach ist dieses ganze Geschäft nicht. Und ich würde sagen, diejenigen, die dort in entsprechenden Funktionen sind, haben es auch nicht so einfach, wenn sie das jetzt offenlegen. Wer soll das machen angesichts unserer Wahlergebnisse? Ich denke, in Mitte hat die PDS bald an die 40 Prozent, dann ist das sozusagen wie ein Stochern im Wespennest.

Ich will jetzt mal als Vater eines Sohnes, der noch 1990 in Mitte aufs Gymnasium gegangen ist, meine Folgerung schildern. Nehmen wir den Deutschunterricht. Es ist ja so, wir hatten den sozialistischen Realismus, und dann wurde eben der deutsche Realismus behandelt. Ich weiß nicht, inwieweit hier tatsächlich eine Veränderung stattfand – ich denke, es gibt da Fortschritte. Hat aber der Geist sich tatsächlich schon geändert? Ich persönlich habe die Schlußfolgerung gezogen und meine Tochter nach Kreuzberg aufs Gymnasium geschickt. Das machen auch andere. Ich will jetzt nicht den Osten und die Ost-Lehrer generell diskreditieren, keinesfalls, ich will bloß darauf hinweisen, daß wir hier meines Erachtens noch einen gewaltigen Weg vor uns haben. Wenn wir von Berlin reden, dann sind wir eigentlich noch glücklich dran. Die ganzen Umstrukturierungsprozesse konnten angesichts der Tatsache, daß hier doch Verwaltungskapazitäten da waren, die das entsprechend machen konnten, und daß dann hier auch auf junge Kräfte zurückgegriffen werden konnte, ablaufen; da ist einiges passiert. Aber ich denke, wenn man den ganzen Bereich der neuen Bundesländer nimmt, dann ist das noch viel, viel komplizierter.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Braun, ich würde Sie bitten, Ihr Thema zu beantworten und die Fragen, die ihnen gestellt worden sind, und danach Sie, Herr Tietz.

Dr. Matthias Braun: Ich werde versuchen, diese vielen Fragen einigermaßen zu beantworten, und möchte vorweg sagen, daß mein Thema hier war, über die Einflußmöglichkeiten des MfS auf das Hochschulwesen zu sprechen. Daß natürlich auch andere Institutionen darauf eingewirkt haben, habe ich zumindest versucht zu erwähnen, so daß hoffentlich bei Ihnen nicht eine falsche Optik entstanden ist. Das grundsätzlich vorweg und damit gleichzeitig zu dem, was Herr Meckel und auch andere angefragt haben. Natürlich haben auf die Kaderpolitik an den Hochschulen, wie in allen gesellschaftlichen Bereichen der DDR, nicht nur die Staatssicherheit bzw. ihre Dienstseinheiten Einfluß genommen. Man könnte versucht sein, Zeitzeugen hier im Saal zu befragen, die wissen, daß natürlich die Partei, die FDJ, ja sogar die Gewerkschaft Einfluß genommen haben. Bei diesen sogenannten Beratungs- und Kontrollgruppen zur Bestätigung von Auslands- bzw. Reisekadern ist z.B. im Bereich Medizin der Humboldt-Universität auch ein Vertreter der Gewerkschaft dabei gewesen, und

alle, die an solchen Sitzungen teilgenommen haben, waren zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Es war, wenn man so will, ein zusätzlicher konspirativer Zirkel, der vorab die Dinge schon abgeklärt hat, und nach dieser gründlichen Vorabklärung ging der Vorgang überhaupt erst an das MfS, wo alles dann noch einmal aufgrund der speziellen konspirativen Informationen des MfS überprüft wurde. Es ist ein sehr, sehr umfangreicher Prozeß, der sich da vollzogen hat, der auch bei allen anderen kaderpolitischen Maßnahmen stattfand.

Zu den Fragen von Herrn Fricke: Die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS hat in sehr vielfältiger Form an den Hochschulen gearbeitet bzw. Interesse an den Hochschulen gehabt. Wir müssen da ein paar Formen voneinander unterscheiden. Das eine ist, daß die Hauptverwaltung Aufklärung aufgrund der Regelungen innerhalb des MfS, also z.B. in Fragen der Reisekaderüberprüfung, mit einbezogen wurde, wenn ein Kader sich eine längere Zeit im Ausland aufhielt. Das heißt, die eigentlich bearbeitende Abteilung – sagen wir mal, es handelt sich um einen Reisekader aus einer Hochschule, dann wäre es die Abteilung XX/8 – ist dann verpflichtet, zunächst den entsprechenden Leiter in der HVA darüber zu informieren, daß dieser Kader für ein Jahr z.B. in Amerika ist. Wenn dieser Kader so lange im Ausland ist, wie es beispielsweise bei einem sehr exponierten Mediziner aus dem Norden der DDR der Fall war, dann ist dieser ganz konkret für diesen Zeitraum, in dem er sich im kapitalistischen Ausland aufhielt, von der Hauptverwaltung Aufklärung betreut worden, ganz klar, ganz deutlich, da hatten die anderen Abteilungen ganz hinten anzustehen. Es war dann sozusagen die Freundlichkeit des Inoffiziellen Mitarbeiters, wenn er seinen Führungsoffizier, der ihn in der DDR immer betreut hat, auch informiert hatte.

Es hat natürlich ein Interesse der Hauptverwaltung Aufklärung daran gegeben, bereits gezielt in speziellen Studienrichtungen Nachwuchskader anzuwerben. Der bekannteste Fall ist Werner Stiller, der in Leipzig Physik studiert hat und dort angeworben worden ist, der eine Überprüfungsphase beim MfS durchlief und schließlich für das MfS als hauptamtlicher Mitarbeiter gearbeitet hat.

Dann hat das MfS auch versucht, nicht nur im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht über Reisekader informiert zu werden und diese abzuschöpfen, sondern die Hauptverwaltung Aufklärung war auch bemüht, eine eigenständige Informationsbasis zu entwickeln, besonders bei Leuten, die häufig im Westen waren. Man hat zum Teil versucht, schon im Vorfeld diese Leute an sich zu binden, was in dem einen oder anderen Fall dazu geführt hat, daß dann jemand z.B. von dem zuständigen MfS-Mitarbeiter für Hochschulfragen angesprochen wurde und der Angesprochene glattweg erklärt hat, mit ihnen rede ich nicht, ich rede hier schon mit anderen. Solche Vorgänge lassen sich aktenkundig belegen.

Es gab dann auch Vorgänge, wo mehrere Hauptabteilungen des MfS an Überwachungs- und Überprüfungsvorgängen beteiligt waren. Ein klassisches Beispiel hierfür ist ein Vertrag zwischen amerikanischen Hochschulen und dem

Ministerium für Hochschul- und Fachschulwesen der DDR, das sogenannte IREX-Programm. In diesem Fall hatten DDR-Wissenschaftler mit amerikanischen Wissenschaftlern zunächst den Vertrag ausgehandelt. Für die Überwachung war die Bezirksverwaltung Berlin zuständig, jedoch absolut überfordert, weil die Mehrzahl der beteiligten DDR-Wissenschaftler bereits entweder von der Abwehr, also von der Hauptabteilung II, oder von Gliederungen der Hauptverwaltung Aufklärung angeworben war. In diesem Fall wurde dann die Entscheidung getroffen, daß die für den Hochschulbereich zuständige Hauptabteilung XX/8 koordinierend wirken sollte.

Es tauchte mehrfach die Frage auf, ob es bestimmte Interessengebiete gab – im MfS-Deutsch heißt das dann immer „Schwerpunktarbeit“ –, wo man besonders Kräfte eingesetzt hat; die Frage kam von Herrn Professor Ortleb und von Herrn Kowalczuk. Und Sie sagten auch, brave und nicht brave Hochschulen usw.. Das war nicht so sehr eine Frage von braven und nicht braven, sondern das war eine Frage, was war für die DDR vor allen Dingen im volkswirtschaftlichen Sinne von Wichtigkeit. Primär aus diesem Grunde ist in Dresden eine eigene Objektdienststelle gegründet worden, weil dort eine starke Konzentration von Technikwissenschaften war, und ein zweiter Punkt – der war relativ sekundär –, weil es in Dresden eine hohe Konzentration von Studenten gab, nämlich 17.000 Studenten schon in den siebziger Jahren an den Dresdener Hochschuleinrichtungen. Um das noch ein bißchen zu untermauern: 1981 erhielt im Rahmen einer Umstrukturierung das Hochschulwesen innerhalb des MfS eine größere Bedeutung, indem eine eigenständige Abteilung mit neuen Bearbeitungsschwerpunkten gegründet wurde. Schwerpunkte waren die Mathematik und die naturwissenschaftlichen Bereiche, die technischen Wissenschaften, die mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Forschung und der Bereich Planung/Ökonomie. Besonders in den achtziger Jahren hat sich dann noch eine zusätzliche Konzentration auf Forschungsschwerpunkte innerhalb der Universitäten, die mit Militärtechnik zu tun hatten, ergeben. Um Ihnen das zu verdeutlichen: Die Friedrich-Schiller-Universität Jena ist zahlenmäßig eine relativ kleine Universität gewesen, hat aber unter den Lehrkräften 1986 62 Inoffizielle Mitarbeiter gehabt, die ausschließlich auf der Strecke Hochschulwesen arbeiteten. Ich kann immer nur sagen, was die Hauptabteilung XX/8 und nicht, was die Abwehr (Hauptabteilung II) oder die HV A noch zusätzlich gemacht haben, insofern sind die IM-Zahlen eigentlich immer weit aus höher. Nur das kann man nicht feststellen, weil dafür noch nicht einmal die Anzahl der Personen hier im Saal ausreichen würde, um das aus den zahlreich vorhandenen Materialien rauszukriegen. Also es gab an der Universität Jena 62 Inoffizielle Mitarbeiter unter den Lehrkräften und 30 unter den Studenten. An der Martin-Luther-Universität Halle ist es 1986 so gewesen, daß 70 Lehrkräfte und 110 Studenten Inoffizielle Mitarbeiter waren. Das sind die absoluten Zahlen. (Zwischenruf **Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber:** Also für Jena, das kann ich sagen, sind es etwa 50 Prozent.) An der Technischen Hochschule Ilmenau z.B. waren es 1986 62 Lehrkräfte, die als Inoffizielle Mitarbeiter tätig waren, und 34 Studenten. Sie müssen aber, wie gesagt, immer noch hinzuzählen, wer für die HV A bzw. für andere Dienststellen des MfS tätig war. (Zwischenruf

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Bei Lehrkräften meinen Sie auch den Mittelbau?) Ja, natürlich. – Ich kann Ihnen noch eine Vergleichszahl sagen: An der Charité in Berlin sind 1986 insgesamt 8.600 Beschäftigte gewesen, und da gab es, wieder geführt von der entsprechenden Abteilung für die Humboldt-Universität, 80 IM, das sind 0,9 Prozent der Gesamtbelegschaft.

Zu einer weiteren Frage: Das MfS war „Schild und Schwert der Partei“ und hat einfach das durchgeführt und erfüllt, was die Partei verlangt hat. Ich würde da vorsichtig sein mit der Aussage, daß das MfS der einzige Apparat in der DDR gewesen sei, der Repression ausgeübt hat. – Über oppositionelle Erscheinungen an Universitäten haben wir hier im Kreis zwei sehr berufene Leute; Herr Kowalczuk und Herr Ammer haben sich erst kürzlich umfassend dazu geäußert. Oppositionelle Erscheinungen hat es gegeben, aber nicht in erheblichen Größenordnungen, das kann man wohl sagen. – Das jeweilige Direktorat für Internationale Beziehungen spielte für das MfS eine Rolle, weil über diese Direktorate sämtliche Auslandsverbindungen gehalten wurden, das heißt also, auch diejenigen, die aus dem Ausland an eine Universität kamen, wurden von diesem Direktorat bearbeitet, und gleichfalls alle Studenten und Universitätsmitarbeiter, die von der jeweiligen Universität mit dem Ausland zu tun hatten.

Zu der Frage der ausländischen Mitarbeiter und der ausländischen Studenten an DDR-Universitäten: Das war eine sehr brisante Frage für das MfS, die sich nicht nur auf Studenten aus dem sogenannten nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet bezog, sondern z.B. Anfang der achtziger Jahre im Rahmen der Polen-Krise auch auf polnische Studenten. Für diese ausländischen Studenten und ausländischen Lehrkräfte an den Hochschulen gab es jeweils ein eigenes Referat im MfS, was in den einzelnen Bezirksverwaltungen oder auf Hauptabteilungsebene gearbeitet hat, übrigens mit einem sehr hohen IM-Anteil, und unter diesen IM waren nicht nur Leute aus der DDR, sondern auch eine ganze Reihe ausländischer Studenten bzw. ausländischer Universitätsmitarbeiter.

Zu der Dichte von IM bei Reisekadern bin ich leider nicht aussagefähig. Es ist auch schwer, eine solche Aussage zu treffen, weil man dann zunächst einmal alle Reisekader ermitteln und sie dann auf eine IM-Tätigkeit überprüfen müßte. Das wäre ein eigenes Forschungsprojekt. (Zwischenruf **Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk:** Ihnen wird vielleicht bekannt sein, daß es eine Anweisung Mielkes gibt, Reisekader sollten prinzipiell für das MfS arbeiten.) Nein, das stimmt nicht, da würde ich vorsichtig sein. Um das noch einmal ganz klar zu sagen: Nicht jeder Reisekader war IM, wie auch nicht jeder IM Reisekader wurde, das muß man ganz deutlich festhalten.

Herr Gutzeit, zu den Zahlen der Sicherheitsüberprüfungen: Ich kann Ihnen da im Moment nur eine Zahl anbieten, daß 1980, quasi auf der Hauptabteilungsebene, und das ist ja mehr oder weniger die zentrale Ebene, sich dieses Referat beklagt hat, daß es vollkommen damit eingedeckt ist, nur noch Sicherheitsüberprüfungen durchzuführen, das sind in dem Jahr 1.000 gewesen. Das ist durchaus eine stattliche Größenordnung, wenn man bedenkt, was für ein Aufwand für jede Sicherheitsüberprüfung betrieben worden ist. Zu den No-

menklaturkadern, von denen der Kollege Wagner gesprochen hat: Wenn man ein Nomenklaturkader war, dann hatte das MfS diesen Kader nicht mehr zu überprüfen. Ab einer bestimmten Ebene wurden Kader nicht mehr überprüft, also nicht sicherheitsüberprüft. Wer Nomenklaturkader war, wurde in der Regel vom MfS nicht bearbeitet. Es gab nur eine sehr begrenzte Möglichkeit, daß manchmal Stellen angefragt haben (z.B. bei Richtern am Obersten Gericht, die auch schon Nomenklaturkader waren), liegt etwas gegen diese Person vor, und dann hat das MfS gesagt, nein oder ja, aber dazu wurde nicht extra ermittelt, das verbot sich durch einschlägige Bestimmungen. Die stellvertretenden staatlichen Leiter waren überwiegend in solche Sicherheitsüberprüfungen mit einbezogen, also die Stellvertreterebene ist häufig in offizieller Eigenschaft tätig geworden, so, wie ich es in meinem Vortrag anzudeuten versucht habe.

Zum Abschluß noch zu den Schwerpunktaufgaben: Die Objektdienststelle Technische Universität / Hochschulen in Dresden bestand aus einem Referat für „Auswertung“, aus einem Referat „Studentische Jugend“, aus einem Referat „Wissenschaftliche Einrichtungen“, dann aus einem Referat „Vorgangsmäßige Sicherung“ – also das, worüber wir jetzt ständig gesprochen haben –, und aus einer Arbeitsgruppe „Ausländische Studenten.“ Im Jahre 1976 verfügte diese Objektdienststelle in Dresden über 28 Planstellen. Die genannten Referate stehen für die Bearbeitungsschwerpunkte der geheimdienstlichen Tätigkeit im Bereich Hochschulwesen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Braun. (Beifall) Und jetzt zu seinen abschließenden Bemerkungen für uns heute Herr Tietz bitte.

Detlef Tietz: Ich möchte vorausschicken, daß ich zwar in Mitte arbeite, aber in Prenzlauer Berg wohne, das heißt, ich gehöre nicht zu den potentiellen PDS-Wählern in Mitte. (Heiterkeit) Prenzlauer Berg hat, glaube ich, eine wesentliche geringere Quote an PDS-Wählern.

Ich will auf die erste Frage kurz eingehen: Mir ist nicht bekannt, daß Schüler andere Schüler irgendwie im Auftrag ausgespitzelt haben, aber es kann durchaus sein. Innerhalb der Pionierorganisation oder in der FDJ gab es bestimmt Gespräche mit den Pionierleitern oder FDJ-Sekretären, wo man gefragt hat, wie es in der Klasse ist, das gab es mit Sicherheit. Es gab aber Verfahren an der Schule – das haben wir gefunden, kurz nachdem ich meine Tätigkeit aufgenommen habe –, die hießen „Kontrollberatungen“, und diese dienten u.a. auch dazu, Schüler, die politisch auffällig wurden, dann in ein bestimmtes Verfahren hineinzuziehen. Dazu gab es eine Anweisung, aber mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Zum Lehrer-Schüler-Verhältnis: Das Problem war 1990/91 in Berlin dann schon nicht mehr so kraß, weil die Schulen in Berlin sich völlig umstrukturiert haben. Es ist ja am 1.8.1991 das neue Schulgesetz in Kraft getreten, dadurch sind die Schulstrukturen völlig verändert worden. Wir haben innerhalb von vier Wochen über 1.000 Lehrer verteilt, wie ich mich erinnere, und auch zum

Teil bewußt verteilt, so daß die Frage Schüler-Lehrer dann eigentlich nicht mehr so stand, weil die Schüler meistens die Lehrer nicht kannten, manchmal schon, aber meistens nicht. Das war ein Platzvorteil für die Lehrer. 1990 stand diese Frage allerdings, und mir sind wirklich auch Fälle bekannt – viele Fälle übrigens –, da mußten die Lehrer auch, um glaubwürdig zu bleiben, sich vor der Klasse zu den Dingen äußern, das haben sie dann auch getan, in welcher Art und Weise allerdings, da war ich nicht dabei. Aber es ist passiert, das weiß ich auf jeden Fall. Wer das nicht gemacht hat, der hatte überhaupt keine Chance, an vielen Stellen zumindest nicht.

Die zentrale Frage ist eigentlich die gewesen, wie das nun jetzt ist mit den Lehrern. Der Widerspruch in meinen Äußerungen ist hier nicht ganz ungewollt. Ich denke, daß formal, nach außen hin, alles in Ordnung scheint, und das ist auch schlecht meßbar. Wenn ein Schulaufsichtsbeamter in einen Unterricht hineingeht, und ich habe das wirklich über 300 mal, wenn nicht öfter gemacht, und sich das ansieht, dann wird der Lehrer sich entweder so verhalten, wie er sich immer verhält, oder er wird sich hüten, sich anders zu verhalten, zumal in § 10 des Schulverfassungsgesetzes von Berlin auch eindeutig drinsteht, daß ein Lehrer die Schüler nicht in seiner Richtung zu beeinflussen, sondern ein pluralistisches Meinungsbild zu entwickeln hat usw.. Aber ich weiß nicht, ob man sich so vorstellen kann. Ich habe es sehr selten festgestellt. Bei einigen habe ich festgestellt, die hatten diese alte Pädagogik drauf, da gab es ein Ziel für eine Meinung, und die wurde erarbeitet, es wurde zwar wunderbar angefangen – pluralistisch –, aber irgendwann lief es dann immer wieder darauf hinaus. In der Regel, da war ich dann auch nicht besonders fein, sind die beim ersten Mal, zumindest bei der Bewährungsfeststellung, durchgefallen und hatten Auflagen, sich noch mal fortzubilden bzw. sich mit anderen Leuten zu beraten, wie man das besser machen kann. Ich habe jetzt übrigens nächste Woche wieder so eine Bewährungsfeststellung bei einem Kollegen, die muß jetzt abgeschlossen werden 1996, und er ist somit der letzte. Also es ist schlecht meßbar; vielleicht sollte man mal eine wissenschaftliche Untersuchung dazu machen, aber ich weiß nicht, ob man das rauskriegen würde. Wer wird das schon erzählen? Wenn die Klassentür zu ist, das war schon immer so, dann ist sie zu, und dann macht der Lehrer eigentlich das, was er machen will. Allerdings gibt es meiner Ansicht nach eine Kontrolle, die erfolgt ganz massiv durch die Eltern und auch durch die Schüler selbst, und die sind ja in den letzten fünf Jahren auch anders geworden, massiv anders geworden, die haben ein ganz anderes Selbstverständnis. Lehrer, die versuchen – das erlebe ich auch –, dort auf einer ganz platten Art und Weise die Schüler mit irgendwelchen Meinungen zu überziehen, wenn sie das nicht ganz raffiniert machen, fliegen sie sofort auf, und dann sind die meistens nicht besonders hoch angesehen und haben es auch sehr, sehr schwer. Also ich denke, daß Schüler da schon ein Korrelativ bilden und sicherlich auch Eltern. Ich habe keine Elternbeschwerden erhalten in den letzten Jahren. Ich denke, daß die Schüler das schon sehr stark beeinflussen.

Andererseits darf man sich auch nicht wundern, wenn eine Unzufriedenheit da ist und viele Lehrer in der PDS sind. Ich weiß nicht, wer in der PDS ist, das

wird ja nicht mehr erfaßt, die Parteizugehörigkeit; in alten Personalakten war das ja immer noch drin, da war klar, wer in der SED ist und wer nicht. Also ich kann das nicht beurteilen, ich kann mir aber vorstellen, daß es mit Sicherheit noch eine Reihe von Lehrern ist. Wenn in Mitte 40 bis 41 Prozent PDS-Wähler sind – obwohl die auch wieder aus bestimmten Wohngebieten kommen, das darf man nicht vergessen –, da ist schon sicher der eine oder andere Lehrer dabei. Andererseits, ich habe den letzten Satz einem Schulleiter gezeigt, und zwar in einem Bezirk, wo die PDS wirklich sehr stark vertreten ist, hinten am Köllnischen Park. Er meinte, daß viele Lehrer – vielleicht nicht viele, aber einige – sich doch vielleicht „alte Verhältnisse“ zum Teil wieder zurückwünschen, weil die Bedingungen in den Berliner Schulen sich verschlechtern. Und wenn ich an meine eigene Lehrtätigkeit denke – ich hatte eine Schülerfrequenz in meiner Klasse von 14, 15, 20, mehr war es eigentlich nicht, es ist ein Traum. Jetzt sind 27, 30, 33 Schüler, man muß die Klassenraumtür aufmachen, um da noch einen reinzusetzen, um noch einen Stuhl hineinzustellen. Es ist wirklich manchmal so, in den Gymnasien ist das ganz extrem. Unter diesen Bedingungen zu arbeiten, ist für den Lehrer natürlich nicht einfach, da wünscht man sich schon sicherlich ab und zu die alte DDR-Schule wieder. Auch natürlich die kontinuierliche Entwicklung von eins bis zehn wünschen sich viele wieder, weil, wenn die Schüler von sechs nach sieben übergehen, Riesenprobleme existieren. Es gibt wirklich ein Riesenproblem, da finden Rankämpfe statt, und da muß man sich erst wieder behaupten und durchsetzen, die siebten Klassen sind in der Regel immer die problematischsten Klassen. Das sehen die Lehrer natürlich auch.

Dann darf man nicht vergessen – das ist vielleicht auch ein Grund, um PDS zu wählen –, daß die Ost-Berliner Lehrer ja immer noch benachteiligt sind insofern, daß sie weniger Geld verdienen als die westlichen Kollegen. Die leitenden Funktionen – außer die Schulleitungsfunktionen, das ist abgesichert –, z.B. Fachbereichsleiter usw., die werden ja nicht mit Geld vergütet, das macht man manchmal nicht einmal mit einer Stundenabminderung quasi nur so, weil man denkt, das ist ja vielleicht wichtig; da hängt eine Menge Arbeit dran. Das sind alles so Dinge, die Gefühle verursachen, sicher vielleicht auch in eine ganz andere Richtung, als man will.

Herr Eppelmann hat gefragt, wie das mit Doppelzüngigkeit und Opportunismus bei den Lehrern war, wie man sich da gefühlt hat. Vielleicht sollte man erst mal die Frage stellen: War nicht die ganze Gesellschaft doppelzünftig und opportunistisch? Da ordnen sich die Lehrer mit Sicherheit ziemlich stark mit ein. Ich denke, es war sehr entscheidend, wie weit man opportunistisch war – also war man sehr systemtreu oder war man es nicht – und wie man Positionen bezogen hat an vielen Stellen. Es ging bis zu einer gewissen Grenze, zumindest bei mir. Es wäre wahrscheinlich auch Schluß gewesen 1989, wenn die Mauer nicht gefallen wäre, das kann ich ganz ehrlich sagen; es hat mir nachher jemand gesagt, daß da umfangreiche Sachen gelaufen sind. Es ging bei mir bis zu einer gewissen Grenze, man hat sich als Lehrer entwickelt, ich zumindest

habe mich entwickelt. Beim Studium, da ging es um die Frage der ROA. Ich mußte das unterschreiben, sonst hätte ich nicht studieren können, das hat nichts mit Aspirantur und dergleichen zu tun. Da war schon die erste Konzession für mich zumindest da, obwohl ich das eigentlich nicht wollte, und als Lehrer kam ich dann wirklich zu einem Widerspruch, es ging einfach nicht. Gut, da konnte man die Klassenraumtür wieder zumachen und mit den Schülern dann auch eigene Süppchen kochen. Das hing von jedem Lehrer selber ab, wie weit er sich da hereinbegeben hat, wie weit er das machen konnte, wie weit er selbst bereit war, das zu machen, und wie weit er es auch ausgehalten hat.

Zwischenfrage Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der Schüler interessiert mich noch, der den Eindruck hat, der Lehrer erzählt mir etwas, wo ich den Verdacht habe, da glaubt er selbst nicht ganz dran.

Detlef Tietz: Das kann ich nicht beurteilen, Herr Eppelmann, da müßte man vielleicht auch eine Schülerbefragung machen, aber das ist, glaube ich, zu spät, das hat sich wirklich mit 1991 fast erledigt.

Ob ich moralische Bedenken hatte, in der DDR Lehrer zu sein – ich denke erst mal, nein. Ich bin nicht umsonst Lehrer geworden, ich wollte das schon. Ich glaube nicht, daß ich mir darüber im klaren war, als ich das Studium begann, was im Studium auf mich zukommt, in der Pädagogik vor allem. ML war für mich, auch für viele andere, nicht so wichtig, das hat ja keiner so ernst genommen – keiner, will ich nicht sagen, aber der größte Teil hat es nicht ernst genommen.

Diskussionen unter den Lehrern wegen der veränderten Verhältnisse gab es mit Sicherheit, aber nicht offiziell, weil man sich nicht so richtig getraut hat. Es ging ja auch eine Angst um in Berlin, selbst unter den Bedingungen, daß keiner entlassen wird, aber es ging trotzdem eine Angst um, und spätestens, als die Gespräche zur persönlichen Eignung stattfanden, da ging die Angst dann sehr konkret um, und als Leute dann noch aus dem Schulbetrieb verschwanden, ging noch mehr Angst um. Ich glaube, die Lehrerschaft war, zeitweise zumindest, ziemlich verängstigt, und ich glaube nicht, daß man darüber offen diskutiert hat; inzwischen wird man sicherlich wesentlich offener über bestimmte Dinge diskutieren.

Die Mischung von Ost- und West-Lehrern, das ist ein sehr interessantes Thema. Der Bezirk Mitte war eigentlich während meiner Arbeit dort der Bezirk, der die meisten Lehrer, als das Austauschprogramm 1992 anging, auszutauschen versucht hat. Wir haben beim ersten Schwung 40 Lehrer herüberschickt, fast 40 Lehrer in den Wedding und nach Kreuzberg, also in die Nachbarbezirke. Das war einfach, weil die Lage günstig war, und wir haben auch 10 oder 12 Lehrer aus diesen Bezirken zurückbekommen. Das ist aber fast eingeschlafen in den letzten Jahren, und irgendwann kam der große Personalausgleich – das war im letzten Jahr –, und dann wurde zwangsversetzt, aber nicht

von West nach Ost, sondern von Ost nach West. Das war im letzten Jahr, und da sind 350 Lehrer letztes Jahr rübertransferiert worden in die West-Berliner Schulen von allen Ost-Berliner Bezirken; von Bezirk Mitte waren es, soweit ich weiß, etwa 30. Das ist immer sehr interessant, wie die Lehrer dann im Westteil der Stadt einschlagen, die Ost-Lehrer, die so indoktriniert waren, sofern sie sich gebessert haben. In der Regel haben die sehr gut eingeschlagen, muß ich sagen, und waren oft sogar besser angesehen, gerade in den Anfangsjahren, haben sehr oft mehr Feedbacks, wenn jemand mal so für ein Jahr rübergegangen ist, als die Kollegen an der eigenen Schule. Es gab natürlich auch andere Fälle, wo es Riesenprobleme gab innerhalb des Westkollegiums, mit den Ostkollegen umzugehen, also da gab es auch unwahrscheinliche Schwierigkeiten. Da gibt es Unterschiede zwischen Ostkollegen und Westkollegen, und ich habe den direkten Vergleich jetzt, weil ich auch in Wedding zuständig bin als Schulrat. Die Lehrer im Westteil der Stadt haben ein völlig anderes Selbstbewußtsein und Auftreten und zum Teil andere Motive als die Ostkollegen, so mein Eindruck. Das ist eine ganz andere Situation. Die treten mir ganz anders gegenüber als meine Ostkollegen, also mit viel mehr Forderungen an vielen Stellen, was auch nicht schlecht ist, das machen die Ostkollegen zum Teil nicht. Ob die Pädagogik nun besser oder schlechter ist, da wage ich zu bezweifeln, daß man da so richtig ein Urteil abgeben kann. Ich sehe sehr schlechte Unterrichtsstunden im Westteil und sehe sehr schlechte Unterrichtsstunden im Ostteil der Stadt, ich sehe auch sehr gute Unterrichtsstunden im Westteil und sehr gute im Ostteil der Stadt. Das ist nicht repräsentativ, was ich sage, aber mit Sicherheit gibt es da gute Leute und da gute Leute, und umgekehrt eben auch. Insofern kann man nicht unbedingt von einer Kluft sprechen, aber es gibt Unterschiede, große Unterschiede. Die Kluft, die vielleicht vorhanden ist von Seiten der Ostkollegen, hat ihre Ursache darin, daß dort doch noch Unterschiede bestehen in der Besoldung oder Vergütung, das ist das Hauptproblem, was da besteht. Man fühlt sich irgendwie zurückgesetzt, und dann wird man zum Lehrer ernannt, wenn man verbeamtet wird – man verbeamtet ja auch Lehrer –, man wird zum Lehrer ernannt. Was war man denn früher eigentlich? Ja, solche Fragen stellen sich dann. Da fühlt man sich schon ein bißchen auf den Schlipps getreten. – Ich weiß nicht, wie es weitergehen wird mit dem Personalausgleich, ich denke mal, das wird sich irgendwann vielleicht zwangsweise vermischen.

Herr Hilsberg hat zur Personalerneuerung in Mitte gefragt. Das war mit Sicherheit auch ein Punkt, der Mitte ein bißchen anders aussehen läßt als andere Bezirke. Die Schulverwaltungen haben wir innerhalb eines Jahres völlig geräumt von alten Mitarbeitern, das ist in anderen Bezirken lange nicht so. Der Bruch in dem System Volksbildung macht sich wahrscheinlich am besten an den Schülern fest. Jetzt normalisiert es sich langsam, wir hatten doch erhebliche Schwierigkeiten in den ersten zwei bis drei Jahren nach der Wende mit den Schülern. 1990, da kann ich mich noch gut erinnern als Lehrer, fand zum Beispiel kaum Unterricht statt. Es war so, daß die Schüler ständig irgendwo unterwegs waren, vor der Mauer saßen und sonstwo waren. Es fand also nicht

sehr kontinuierlich Unterricht statt, und es machte sich auch bemerkbar, man ist dann in Widerspruch geraten zu seinen Eltern vielleicht, ist man in Widerspruch geraten zu den Lehrern natürlich, und es gab so ein Loch, man kriegte das nicht mehr so richtig in den Griff. Dann kam die ganze Umstrukturierung 1991, und das ging ja durch alle Klassen durch. Was normalerweise nur in der 7. Klasse passierte, passierte in allen Klassen, so daß also für gewisse Jahrgänge – ich denke für die, die damals in der 8. oder 9. Klasse waren – zwei, drei Jahre kaum so richtig Unterricht stattfand, zumindest nicht in geregelten Bahnen. Ständig neue Lehrer, das war natürlich ein ganz schöner Hammer, auch für die Schüler. Inzwischen hat es sich ein bißchen normalisiert dadurch, daß die Grundschule nun auch langsam begreift, was Grundschule ist, und weil die Schüler aus der Grundschule in die Oberschule mit mehr oder weniger guten Kenntnissen rüberkommen, aber doch zumindest als betreute und ein bißchen gehaltene Schüler in der Grundschule.

Hat die sozialistische Pädagogik das erreicht, was erreicht werden sollte? Gott sei Dank nicht, kann ich da bloß sagen, mehr kann man dazu eigentlich nicht sagen.

Gesonderte Geschichtsbücher für den Osten, das ist ein interessantes Thema. Wie soll denn so ein gesondertes Geschichtsbuch aussehen? Es gibt in Berlin den Katalog der zugelassenen Schulbücher. Danach haben sich alle Lehrer, alle Schulen in Berlin zu richten. Ich denke, das reicht eigentlich aus. Es sind überall die gleichen Bücher, allerdings bis auf die begleitende Belletristik und was so gebraucht wird für den Unterricht. Das ist dann abhängig von der Schule selbst, wobei auch innerhalb dieses Kataloges natürlich gewählt werden kann – es gibt ja nicht nur ein Buch für jedes Fach, Gott sei Dank -, so daß also die Fachkonferenzen in den Schulen darüber entscheiden, welche Bücher gekauft werden. Die Fachkonferenzen – da setzen sich z.B. alle Englischlehrer in den Schulen zusammen und überlegen, welches Englischbuch dann gekauft wird. Das ist sinnvoll, auch für die nachfolgenden Jahrgänge. Aber es sind nicht die alten DDR/Ost-Bücher, wobei 1991 in der Schule immer noch welche vorhanden waren, ich habe selber welche herausgenommen, die waren wirklich „vom Feinsten.“ Vielleicht vermissen einige DDR-Lehrer aber auch einiges – da gab es zu DDR-Zeiten neben den Büchern ja noch die Unterrichtshilfen. Die sind jetzt nicht mehr verwendbar, weil die Rahmenpläne völlig anders strukturiert sind, weil man natürlich auch etwas mehr nachdenken muß, was man macht. Das fehlt wahrscheinlich dem einen oder anderen, um sich daran festzuhalten.

Ich denke schon, daß der größte Teil der Lehrer in den Schulen Ost-Berlins sich wiederum angepaßt, vielleicht noch nicht darüber nachgedacht hat, noch nicht darüber nachdenken konnte, was da in den letzten 40 Jahren und mit ihnen selbst auch passiert ist. Man muß sich so einen Lehrer einmal vorstellen. Er bekommt nun im Grunde genommen alles neu, die Schüler auch noch. Er bekommt alles neu, muß alles neu machen, sich in die neuen Strukturen eindenken, nicht nur den Unterricht realisieren, sondern eine Vielzahl von rechtli-

chen Bestimmungen beachten, die er vorher nie zu beachten brauchte. Darüber stöhnen ja alle, daß sie auf einmal so viel wissen müssen. Ich denke, in den letzten Jahren – das beruhigt sich jetzt wohl ein bißchen –, in den letzten Jahren mußte eine Menge getan werden von jedem einzelnen Lehrer, um überhaupt den Unterricht zu bewältigen. Am schlimmsten hat es die getroffen, die an der gymnasialen Oberstufe eines Gymnasiums gearbeitet haben oder an einer Gesamtschule, weil da Forderungen in den Rahmenplänen drinstecken, die man mit den Studieninhalten nur geradeso hinkriegt. Was in Biologie gefordert wird in der Klasse 13, ist das, was ich im Studium gerade mal so hatte, muß ich sagen. Obwohl es auch übertrieben ist an manchen Stellen, aber da muß man sich schon ganz schön anstrengen, um das zu erreichen.

Die Art der Wissensvermittlung ist ein interessanter Fall. Es wird immer so ein bißchen pauschal gesagt, die Ost-Lehrer haben alle Frontalunterricht gemacht, da stand der Lehrer vorne und hat dann vom Katheder aus möglichst einen Lehrervortrag gehalten, und die West-Lehrer haben alle wunderbare Gruppenarbeit gemacht und waren ganz lieb usw.. Dieses ist nicht so, das muß ich ganz ehrlich sagen. Ich erlebe auch im Westteil der Stadt größtenteils Frontalunterricht, und man muß natürlich sehen, welche Funktionen hat ein Frontalunterricht, der ist ja nicht schlecht, wenn man ihn richtig einsetzt. Ich denke aber, daß gerade die Kollegen im Ostteil der Stadt an den Schulen – nicht alle, aber doch viele, ich denke mal, nicht der überwiegende Teil, eine Minderheit ist das – doch versuchen, andere Formen des Unterrichts zu praktizieren. Dabei muß ich aber sagen, daß die pädagogische Ausbildung – nicht die Grundlagen pädagogischer Ausbildung, sondern die Ausbildung an der Universität – in den achtziger Jahren sehr stark auf eine schülerzentrierte Arbeit des Lehrers abhob, und daß man auch wirklich darauf orientiert war, schülerbezogen zu arbeiten, also nicht nur frontal. Es war allerdings bequemer, wenn man es nicht machte in der täglichen Arbeit, das ist klar.

Zu den Stadträten noch eine Bemerkung: Volksbildungsstadträte zu befragen in Sachen innere Schulangelegenheiten, ist sicher nicht sehr effektiv, weil die Volksbildungsstadträte zwar in die Schulen dürfen, aber sie dürfen nicht in den Unterricht. Das haben die wenigsten gemacht, denke ich, es ist mir nicht bekannt. Es gab auch einen Streit in den vergangenen Jahren – inzwischen ist der nicht mehr vorhanden –, wie weit darf der Staat sich überhaupt in die Schulaufsicht einmischen, und an dem Punkt war es dann zu Ende. Der Stadtrat ging nicht in den Unterricht, also er kann das mit Sicherheit nicht so beurteilen. Da sollte man denn doch vielleicht ein paar Schulräte aus dem Ostteil ranholen und die fragen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte Ihnen herzlich danken. Ich möchte auch der noch anwesenden Öffentlichkeit ganz herzlich danken, die hier bis kurz vor 3/4 11 ausgehalten hat.

Mein ganz herzlicher Dank gilt den fünf Experten aber, die heute unserer Einladung freundlicherweise gefolgt sind und uns mächtig geholfen haben (Bei-

fall), auch auf eine Art und Weise – so habe ich jedenfalls den Eindruck –, die es uns möglich gemacht hat, gut zu folgen. Herzliches Dankeschön Ihnen allen. Sie bekommen sicher ein Protokoll, das Sie dann autorisieren müssen, damit das, was Sie heute hier vorgetragen haben, öffentlich gemacht werden kann. Ein besonderer Dank gilt noch der Gruppe, die das hier alles vorbereitet, die Referenten ausgesucht, angesprochen und das Programm zusammengestellt hat. (Beifall)

(Ende der Sitzung: 22.50 Uhr)